BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Januar 1962 DM 2,–
Postverlagsort Köln - G 1800 E

INHALT

- Chronik des Jahres 1961 S. 1
- Die Lage S. 7
- Kommentare S. 15
- Prof. Dr. Renate Riemeck: Berlin und die vier Mächte S. 19
- Dr. Ernst Schwarz: Der Friede und die Idee der Neutralität S. 26
- Nobelpreisträger Chief Albert J. Luthuli: Afrika und die Freiheit S. 32
- Klaus Ehrler, M. A.: Rußlands zweiter Großer Oktober S. 35
- Gerd Lauschke: England und die EWG (II) S. 42
- Dr. Gustavo Davidson San Juan: Die Erziehungsreform in Kuba S. 47
- Heinrich Steege: Rettet den Menschen! (Zu M. Niemöllers 70. Geburtstag) S. 55
- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften S. 59
- Buchbesprechungen S. 65
- Dokumente zum Zeitgeschehen S. 73

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VII. Jahrgang Heft 1

Vorgesehen sind u. a.:

Fenner Brockway, M.P.:
Kolonialismus und Rassismus

Dompfarrer Ragnar Forbech, Oslo:
Notizen aus Norwegen

Peter J. Loewenberg:
Der Rechtsradikalismus in USA

Dr. Hermann Rauschning:
Die amerikanische Politik am Jahresbeginn

Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl:
EWG und Neutralität

Zur Geschichte der westdeutschen Aufrüstung (Dokumentation)

In den letzten Heften u. a.:

Earl Bertrand Russell:
Sollte Großbritannien einseitig abrüsten? (5/61)

Prof. Dr. Erich Kahler:
Kapitalismus, Sozialismus und der Weltfriede (7/61)

Prof. Dr. Geoffrey Barraclough:
Das Ende einer Illusionspolitik (9/61)

Prof. Dr. Erich Fromm:
Das neue kommunistische Programm (10/61)

Prof. Dr. Linus Pauling:
Dringender denn je: Allgemeine und totale Abrüstung (11/61)

Prof. Dr. Anton Neuhäusler:
Der Papst und das christliche Gewissen (12/61)

Dr. Hermann Rauschning:
Danzig, Berlin und die deutsche Frage (12/61)

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.
Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.
Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon 21 53 36; Postscheckkonto Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank, Köln.
Erscheinungsweise Anfang jeden Monats zum Preise von DM 2,—, zuzüglich DM —,15 Porto oder DM —,03 Postzustellgebühr.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe.
Sprechstunde der Redaktion: Montags von 15 bis 17 Uhr.
Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VII. Jahrgang **Januar 1962** **Heft 1**

Chronik des Jahres 1961

Januar

1. 1. — Kuba. Von einer „bevorstehenden Invasion Kubas durch die USA" spricht Ministerpräsident Castro in einem Telegramm an den UN-Sicherheitsrat. Zwei Tage später geben die Vereinigten Staaten den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kuba bekannt, weigern sich aber, ihren dortigen Marinestützpunkt Guantanamo zu räumen.

2. 1. — Laos. Prinz Sihanouk von Kambodscha lädt die vier Großmächte, die VR-China und neun weitere Staaten zu einer Laos-Konferenz ein, um den Bürgerkrieg und jede ausländische Einmischung zu beenden.

3.—7. 1. — Afrika. In Casablanca bilden die Staats- und Regierungschefs Marokkos, der VAR, Ghanas, Guineas, Malis, Libyens und das algerische Exilkabinett ein einheitliches militärisches Oberkommando. „Sobald die Verhältnisse dies erlauben" — so heißt es in der verabschiedeten „Afrikanischen Charta" soll eine gemeinsame Konsultativversammlung einberufen werden.

16. 1. — Algerien. Die Provisorische Regierung erklärt in Tunis ihre Bereitschaft, mit Paris „Verhandlungen über die Bedingungen für eine freie Konsultation des algerischen Volkes" aufzunehmen.

20. 1. — USA. John F. Kennedy tritt die Nachfolge Präsident Eisenhowers an. Zu seinen wichtigsten Aufgaben zählt er, „zum erstenmal ernsthafte und präzise Vorschläge für die Inspektion und Kontrolle der Rüstungen zu formulieren — und die absolute Macht, andere Nationen zu vernichten unter die absolute Kontrolle anderer Nationen zu bringen." In einem Telegrammwechsel mit Chrustschow drücken beide Politiker ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über die strittigen Weltprobleme aus. — Kennedy bezeichnet in seiner ersten „Botschaft über die Lage der Nation" die amerikanische Wirtschaftslage als äußerst beunruhigend und gibt neben einer Erhöhung des Rüstungsbudgets die Beschleunigung des militärischen Raketenprogramms bekannt.

22. 1. — Portugal. Unter Führung Hauptmann Galvaos setzen sich 40 Angehörige des Revolutionären Iberischen Befreiungskomitees im Caribischen Meer in den Besitz des portugiesischen 21 000-t-Passagierdampfers „Santa Maria". Nach 10 Tagen übergibt Galvao das Schiff brasilianischen Behörden. Mehrere Oppositionspolitiker fordern aus diesem Anlaß von Salazar eine „demokratische Regierungsform".

23. 1. — Belgien. Der seit dem 20. Dezember 1960 andauernde Streik gegen das von der Regierung beschlossene „Loi unique" (das Gesetz brachte Steuererhöhungen von 8,6 Mrd. b. Fr. und die Schließung einiger Kohlengruben) geht zu Ende. Bei Zu-

sammenstößen zwischen Streikenden und der Polizei hatte es fünf Tote und viele hundert Verletzte gegeben.

Februar

12. 2. — Kongo. Der vom Parlament gewählte Ministerpräsident Patrice Lumumba und zwei seiner Kabinettsmitglieder, die sich zuletzt in der Gefangenschaft Katangas befanden, werden ermordet. Die asiatisch-afrikanische Staatengruppe und die Delegationen des Ostblocks in den Vereinten Nationen rufen den Sicherheitsrat an. Die Sowjetunion fordert die Einstellung der UNO-Aktion am Kongo, Guinea legt Hammarskjöld den Rücktritt nahe. Antoine Gizenga bildet in Stanleyville eine neue Regierung, die von 22 afrikanischen, asiatischen und sozialistischen Staaten anerkannt wird. Der Sicherheitsrat ordnet in einer von der VAR und Liberia eingebrachten Resolution an: „Rückzug und Abtransport allen belgischen und anderen ausländischen militärischen, paramilitärischen Personals und aller politischen Berater und angeworbenen Söldner."

17.2.— Deutschlandfrage. Botschafter Smirnow überreicht in Bonn ein Memorandum. Der Kreml nennt darin den Abschluß des deutschen Friedensvertrages „zur Zeit das Hauptelement der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen", da „alle Fristen abgelaufen" seien.

28. 2. — Fernsehstreit. Als verfassungswidrig bezeichnet das Bundesverfassungsgericht die Gründung der „Deutschland-Fernsehen GmbH", für die die Bundesregierung bereits mehr als 100 Mill. DM aus Haushaltsmitteln zur Verfügung gestellt hatte.

März

2. 3. — Frankreich. Die Pariser Appellationskammer verurteilt 19 Angeklagte im „Barrikadenprozeß" wegen Teilnahme an dem von Rechtsextremisten im Jahre 1960 angezettelten Putsch in Algerien.

3. 2. — Kernwaffen. General Heusinger fordert in einem Interview von der NATO, taktische Atomwaffen „so nahe wie möglich an der Frontlinie" zu stationieren.

6. 3. — D-Mark. Regierung und Bundesbank werten die Deutsche Mark um 4,75 v. H. auf.

7. 3. — Kongo. Ghanas Präsident Nkrumah regt an, das UNO-Kommando in Leopoldville ausschließlich Vertretern Afrikas zu übergeben.

8.—11. 3. — Rapacki-Plan. Bei einem Besuch in Wien erklärt der polnische Außenminister, sein Plan einer „entatomisierten" Zone in Mitteleuropa sei nach wie vor gültig.

17. 3. — Abrüstung. In einem Kommunique aller Premierminister des Commonwealths heißt es, die „nationalen Streitkräfte und Rüstungen müssen auf einen Stand reduziert werden, wie er für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit" notwendig ist.

21. 3. — Kernwaffen. Die Genfer Konferenz über die Einstellung der H-Bombenversuche wird wieder eröffnet. Die Sowjetunion verlangt — analog ihrer Vorschläge zur Umbesetzung des UNO-Sekretariats — an die Spitze der Kontrollbehörde statt eines Administrators ein Dreier-Direktorium zu setzen. Der Westen beharrt darauf, unterirdische Versuche unterhalb einer bestimmten Größenordnung vom Versuchsstop auszunehmen.

April

2. 4. — Weltbevölkerung. Ende 1961 werden drei Milliarden Menschen auf der Erde leben. Der statistische Bericht der UNO weist den jährlichen Bevölkerungszuwachs mit 45—55 Millionen aus.

4. 4. — NATO. Der US-Botschafter in Madrid setzt sich für die Aufnahme Spaniens ein.

6. 4. — Bundeswehr. Zum Generalinspekteur wird General Foertsch ernannt. Moskau weist in einer Note darauf hin, daß dieser von einem sowjetischen Militärgericht zu 25 Jahren verurteilt und als „Nichtamnestierter" der Bundesregierung übergeben worden sei.

10. 4. — Kernwaffen. Vor einer Reise in die USA fordert Adenauer eine baldige Entscheidung Kennedys über den Plan, die NATO als „vierte Atommacht" auszurüsten. — Wenige Tage später propagiert Präsident de Gaulle eine „eigene Kernwaffenstreitmacht".

11. 4. — Eichmann. In Jerusalem beginnt das Gerichtsverfahren gegen den früheren SS-Obersturmbannführer und Leiter des „Judenreferats" im Reichssicherheits-Hauptamt.

12. 4. — Weltraumflug. Dem sowjetischen Fliegermajor Juri Gagarin gelingt als erstem Menschen der Flug durch den Kosmos um die Erde an Bord des Raumschiffes „Wostok".

— Rüstungen. Amerikanische Experten schätzen die täglichen Rüstungsausgaben der Welt auf 1,4 Milliarden Mark. Fünfzig Millionen Menschen seien ausschließlich dafür tätig.

13. 4. — Oberländer-Verfahren. „Unbegründet" nennt das Landgericht Bonn die gegen den früheren Bundesvertriebenen-Minister erhobenen Anschuldigungen und stellt das Verfahren ein.

— Südafrika. Gegen die Stimme Portugals verurteilt die UN-Vollversammlung die Rassenpolitik der Südafrikanischen Union.

20. 4. — Kuba. Nach dreitägigen Kämpfen schlägt die Armee Fidel Castros eine Intervention zurück, die am 17. 4. mit dem Bombardement der Inselrepublik durch Flugzeuge „unbekannter Nationalität" begonnen hatte. Die Regierungstruppen erbeuteten zahlreiche amerikanische Waffen und Ausrüstungen, darunter schwere Sherman-Panzer und Flugzeuge. — Zwei Wochen später erklärt Castro Kuba zum „ersten sozialistischen Land des amerikanischen Kontinents".

— Interzonenverkehr. Ost-Berlin verzichtet auf die seit dem 24. 4. 58 erhobenen Wasserstraßengebühren für westdeutsche Binnenschiffer.

22.—25. 4. — Algerien. Ein unter der Führung General Challe stehender Putschversuch gegen de Gaulle mißlingt nach wenigen Tagen. In Frankreich rüsten alle Gewerkschaften zum Generalstreik gegen den drohenden Staatsstreich.

24.—27. 4. — CDU-Parteitag. Minister Brentano wendet sich gegen eine „Bestandsaufnahme" in der Außenpolitik. Sein Kollege Schröder fordert die baldige Notstandsgesetzgebung.

27. 4. — Sierra Leone. Auf dem Gebiet der britischen Besitzungen (28 000 qm — 2,4 Mill. Einw.) entsteht ein neuer Staat.

28. 4. — SPD-Programm. „Kanzlerkandidat" Brandt kündigt für den Fall des SPD-Wahlsieges „Treue zum atlantischen Verteidigungsbündnis" an. Eine von ihm geführte Regierung sei bereit „sich stärker als bisher an der konventionellen Rüstung zu beteiligen".

Mai

3. 5. — Laos. Die Bürgerkriegsparteien vereinbaren einen Waffenstillstand um Gespräche über eine Koalitionsregierung und die Neutralität des Landes aufzunehmen. Die Internationale Laos-Konferenz beginnt am 16. Mai in Genf.

5. 5. — Weltraum. Der amerikanische Astronaut Shepard unternimmt einen fünfzehn Minuten dauernden Höhenflug in den Weltraum und erreicht 185 km.

15. 5. — Kernwaffenversuche. Botschafter Tsarapkin deutet sowjetische Atomversuche an, falls Frankreich seine Tests in der Sahara fortsetzen sollte.

16. 5. — Südkorea. Ein „Revolutions-Komitee", bestehen aus 14 Militärs, übernimmt die Macht und löst alle Parteien auf.

25. —29. 5. — Afrika. Vertreter aus 38 Ländern des Kontinents gründen in Cassablanca den Allafrikanischen Gewerkschaftsbund, dessen Hauptaufgabe der „Kampf gegen den Kolonialismus in jeder Form" sein soll.

31. 5. — Dominikanische Republik. General Trujillo, Diktator, Staatspräsident und Führer der einzigen Partei des Landes fällt einem Attentat zum Opfer.

Juni

3.—4. 6. — Gipfelgespräche. Zum erstenmal treffen Präsident Kennedy und Premier Chrustschow zusammen. Thema ihres Wiener Gesprächs sind die Krisenherde Laos und Deutschland. Chrustschow schlägt die sofortige Einberufung einer Konferenz über den deutschen Friedensvertrag vor. Beide Staatsmänner verabreden weitere Kontakte „auf allen Ebenen".

14. 6. — Richtergesetz. Der Bundestag verabschiedet ein Gesetz dessen § 111 a

belasteten Juristen der NS-Zeit die Möglichkeit bietet, sich „auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzen" zu lassen.

24.—25. 6. — Südtirol. Sprengstoffanschläge bilden den Hintergrund erfolgloser Verhandlungen, in denen Österreich größere Autonomie für die deutschsprachige Bevölkerung der italienischen Provinz Bozen fordert. Zeitungen berichten, daß die Spuren der Terroristen bis nach Süddeutschland führen.

28. 6. — Deutschlandfrage. Präsident Kennedy spricht von „unerledigten Fragen" in bezug auf Deutschland, die „geregelt werden müssen", wendet sich aber gleichzeitig gegen Friedensverträge mit beiden deutschen Staaten. — Am 21. 6. hatte Chrustschow angekündigt, einen Vertrag bis „Ende dieses Jahres" zu unterzeichnen.

Juli

8. 7. — Sowjetunion. Unter Hinweis auf die internationalen Spannungen und „bedeutende Zunahmen der Ausgaben für militärische Zwecke" in den NATO-Ländern ordnet der Kreml den Stopp der Truppen-Reduzierungen und eine Erhöhung des Rüstungsbudgets um 3,1 Mrd. Rubel an.

12. 7. — Deutschlandfrage. Erst Wiedervereinigung dann Friedensvertrag lautet die These einer Note der Bundesregierung an das sowjetische Außenministerium.

17. 7. — Bizerta. Wegen der Weigerung Frankreichs, seinen Militärstützpunkt auf tunesischem Boden zu räumen, kommt es zu Kampfhandlungen, als Präsident Bourguiba eine Blockade Bizertas anordnet. Der UN-Sicherheitsrat anerkennt die Rechte Tunesiens.

27. 7. — Kernwaffen. Washington und Paris beschließen den Austausch vertraulicher Informationen über die Ausbildung ihrer Streitkräfte an Kernwaffen und die Entwicklung von Kernwaffenträgern.

28. 7. — Algerien. Nach sechs Sitzungen vertagt sich die französisch-algerische Konferenz in Lugrin (Schweiz). Paris lehnt die Souveränität Algeriens über die Sahara weiterhin ab.

August

1. 8. — Kongo. Cyrille Adoula bildet in Leopoldville eine „Regierung der Nationalen Union", der sich auch der Nachfolger Lumumba's und Regierungschef in Stanleyville, Gizenga, anschließt. Zu einer Einigung mit Präsident Tschombé von Katanga kommt es nicht. — Die UN-Streitkräfte erhalten den Auftrag, die Autorität der neuen Zentralregierung im ganzen Lande zu sichern.

6.—7. 8. — Weltraum. Das kosmische Schiff „Wostok II" umkreist mit Major Titow an Bord siebzehnmal die Erde.

13. 8. — Berlin. Mit Unterstützung der Warschauer-Pakt-Staaten sperrt die DDR-Regierung „bis zum Abschluß eines Friedensvertrages und der Umwandlung Westberlins in eine freie entmilitarisierte Stadt" die Berliner Sektorengrenze bis auf wenige Übergänge, die nur mit Genehmigung überschritten werden können. — Der Senat läßt zwei Passierscheinstellen des (Ost-) Deutschen Reisebüros auf Westberliner S-Bahnhöfen schließen und führt Kontrollen für alle aus Ostberlin kommenden Personen ein. — Auf westliche Proteste antwortet Moskau, die DDR sei als souveräner Staat für ihre Grenzen allein zuständig.

17. 8. — Lateinamerika. Mit Ausnahme Kubas unterzeichnen alle Länder Süd- und Mittelamerikas die „Charta von Punta del Este", die nach Initiative Präsident Kennedys eine „Allianz der USA mit den lateinamerikanischen Staaten" für die nächsten 10 Jahre sichern soll.

19. 8. — Vatikan. Papst Johannes XXIII. veröffentlicht die Enzyklika „Mater et Magistra".

25. 8. — Brasilien. Präsident Quadros begründet seinen Rücktritt nach achtmonatiger Amtszeit mit der Erklärung, er sei „von der Reaktion besiegt" worden.

30. 8. — Kernwaffen. Moskau kündigt neue Experimente mit atomaren Waffen an und beschuldigt den Westen, die französischen Tests gemeinsam ausgewertet zu haben. In Sibirien explodiert u. a. eine 50-Mega-Tonnen-Bombe. — Ein von Kennedy und MacMillan angebotener Vertrag bezieht sich wiederum nur auf Explosionen in der Atmosphäre. Am 13. 9. beginnen die USA mit einer Serie unterirdischer Versuche.

September

1.—6. 9. — Belgrader Konferenz. 25 Staats- oder Regierungschefs und drei Beobachter-Delegationen aus „bündnisfreien" Ländern diskutieren die weltpolitische Lage. Sie fordern Kennedy und Chrustschow angesichts der verschärften Spannungen auf, direkte Kontakte zu suchen. — Zahlreiche Redner empfehlen, bei der Lösung der Deutschland-Frage von der „de facto Anerkennung zweier deutscher Staaten" auszugehen.

12. 9. — Bundeswehr. Das Kabinett beschließt die Verlängerung des Wehrdienstes für 6000 freiwillige und 30 000 wehrpflichtige Soldaten.

17. 9. — Bundestagswahlen. In den 4. deutschen Bundestag ziehen wegen der fünf Prozent-Sperrklausel nur drei Parteien (CDU, SPD und FDP) ein. Die CDU verliert ihre absolute Mehrheit, bleibt aber stärkste Fraktion. Noch einen Tag nach der Wahl läßt die FDP verlauten, sie werde an keiner „Koalition unter Adenauer" teilnehmen.

18. 9. — UNO. Generalsekretär Hammarskjöld kommt bei einem Flugzeugabsturz im Kongo ums Leben. Beobachter vermuten einen Luftüberfall der Streitkräfte Katangas.

20. 9. — Abrüstung. Nach ihren in New York und Moskau geführten Gesprächen übermitteln die Delegierten der USA und der UdSSR, McCloy und Sorin der UN-Vollversammlung eine gemeinsame Grundsatzerklärung zur „allgemeinen und vollständigen Abrüstung" sowie getrennte „Stufenpläne".

28. 9. — Syrien. In der nördlichen Region der VAR putscht die Armee und veranlaßt Präsident Nasser seine Truppen zurückzuziehen. Die „Republik Syrien" konstituiert sich wieder als selbständiger Staat.

Oktober

8. 10. — Laos. Die drei Prinzen einigen sich auf das Programm für eine „neutralistische Koalitions-Regierung".

10. 10. — EWG. In Paris werden die Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens aufgenommen. Andere Mitglieder der EFTA haben ebenfalls Aufnahmeanträge gestellt.

16. 10. — Rapacki-Plan. US-Senator Humphrey befürwortet im Warschauer Fernsehen eine erneute Prüfung des Planes für eine „entatomisierte Zone in Mitteleuropa" durch die amerikanische Regierung.

17.—31. 10. — Sowjetunion. Im Mittelpunkt des 22. Parteitages der KPdSU steht das „Programm zum Aufbau des Kommunismus". Chrustschow kritisiert heftig die „dogmatische Haltung" der albanischen Kommunisten und hält eine groß angelegte Rede gegen den Personenkult, dessen Wiedererstehen ein neues Partei-Statut verhindern soll.

30. 10. — Finnland. Gespräche über „Maßnahmen gegen die Drohung eines Angriffs von seiten Westdeutschlands und seiner Alliierten" regt die Sowjetunion in Helsinki an und beruft sich dabei auf den finnisch-sowjetischen Beistandspakt aus dem Jahre 1948. Auch Präsident Kekkonen äußert Besorgnis über die „rasche Aufrüstung Westdeutschlands" und die „militärischen Allianzen in Nordeuropa".

31. 10. — Deutschlandfrage. „Wir werden nicht darauf bestehen, den (Friedens-)Vertrag bis zum 31. 12. zu unterzeichnen", wenn sich der Westen „bereit zeigt, das Deutschlandproblem zu lösen", erklärt Chrustschow im Kreml.

November

1. 11. — Algerien. 15 000 Algerier in Pariser Polizeigefängnissen und fünf seit 1956 in Frankreich inhaftierte Minister des Exilkabinetts beginnen einen 20tägigen Hungerstreik, um ihre Freilassung und Verhandlungen über die algerische Selbstbestimmung durchzusetzen.

2 11. — Fall Vracaric. Mit vorgehaltener Pistole verhaftet die Münchener Polizei den jugoslawischen Fabrikdirektor und ehemaligen Partisanen-Hauptmann Lacar Vracaric auf Grund eines 1941 ausgeschriebenen Fahndungsersuchen der Gestapo.

3. 11. — UNO. Bis Anfang 1963 wird der Burmese U Thant zum Generalsekretär bestimmt. In sein „Berater-Kollegium" beruft er je einen Amerikaner und Sowjetrussen.

7. 11. — Koalition. Trotz ihrer gegenteiligen Versicherungen akzeptiert die FDP Dr. Adenauer als neuen Bundeskanzler. Nach wochenlangen Verhandlungen kommt

ein umstrittener Koalitionsvertrag zwischen den beiden Regierungsparteien zustande.

10. 11. — Bundeswehr. Weitere Maßnahmen zur Verstärkung der Rüstung gibt das Bundesverteidigungsministerium bekannt. Neben der Verlängerung der Dienstzeit auf 18 Monate ist eine Musterung von etwa 50 000 privaten Last-, Kombi- und Personen-Kraftwagen geplant. Der Wehretat wird gegenüber 1961 um 4,3 Milliarden DM auf 15,5 Milliarden DM heraufgesetzt.

11. 11. — Deutschlandfrage. Führende westeuropäische Sozialisten versuchen in Brüssel ihre Meinungsverschiedenheiten beizulegen. Die Labour-Party war für de-facto-Beziehungen zur DDR und die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie eingetreten, bei der SPD aber auf Ablehnung gestoßen.

22. 11. — NATO. Das Einheitskommando der westdeutschen und dänischen Streitkräfte im Ostseeraum nimmt seine Tätigkeit auf.

29. 11. — Regierungserklärung. Gegen regionale Sicherheitsvereinbarungen wendet sich die Bundesregierung auch dann, „wenn sie als Vorstufe eines Abkommens über eine allgemeine Abrüstung deklariert werden". Vizekanzler Erhard sagt weitere neue Rüstungslasten voraus. — Zwei Tage vorher hatte Minister Strauß erklärt, Eigentum und Verfügungsgewalt über Kernwaffen würden immer mehr zum bestimmenden Kriterium der Souveränität.

Dezember

1. 12. — China. Zum erstenmal seit 1949 debattiert die UN-Vollversammlung über die Rechte der Volksrepublik China. Die Anträge zu Gunsten Pekings finden keine Zwei-Drittel-Mehrheit.

4. 12. — Kernwaffen. Zwei wichtige Resolutionen gegen die Ausbreitung atomarer Waffen verabschieden die Vereinten Nationen. Generalsekretär U Thant erhält den Auftrag, durch Umfrage festzustellen, welche Regierungen bereit sind, einem „Club der atomwaffenfreien Länder" beizutreten. — Die afrikanischen UN-Mitglieder verlangen die Anerkennung ihres Kontinents als „atomwaffenfreie Zone".

5. 12. — Weltkirchenrat. In Neu Delhi geht die seit dem 19. 11. tagende Weltkirchenkonferenz zu Ende, deren Delegierte die Aufnahme der russisch-orthodoxen Kirche beschlossen und eine Kommission mit der Prüfung verschiedener Abrüstungspläne beauftragten. Zu den sechs neugewählten Präsidenten gehört Dr. Martin Niemöller.

9. 12. — Tanganyika. Als 13. Mitglied des Commonwealth erreicht die früher deutsche, dann britische Kolonie (939 061 qkm — 8,8 Mill. Einw.) ihre Unabhängigkeit.

10.—11. 12. — Albanien. Moskau und Tirana berufen das Personal ihrer gegenseitigen Botschaften ab. Die Tschechoslowakei und andere Ostblock-Staaten schränken die diplomatischen Beziehungen ebenfalls ein.

11. 12. — Eichmann. Das Jerusalemer Schwurgericht spricht das Todesurteil.

12. 12. — Heusinger. Unter Berufung auf die Viermächte-Vereinbarungen „über die Bestrafung der Kriegsverbrecher" verlangt Moskau die Auslieferung des bei der NATO in Washington tätigen Bundeswehrgeneral Heusinger, um diesen „für die von ihm begangenen Verbrechen" auf sowjetischen Territorium zu bestrafen.

17. 12. — Goa. Indische Truppen besetzen fast kampflos die Kolonie Goa und die ebenfalls unter portugiesischer Herrschaft stehenden Enklaven Diu und Daman (zusammen 4194 qkm — 0,6 Mill. Einw.) auf dem Subkontinent.

21.—22. 12. — Bermuda-Treffen. MacMillan und Kennedy bestätigen den nach heftigen Diskussionen zustande gekommenen Beschluß der westlichen Außenminister, Konsultationen über Berlin in Moskau wieder aufzunehmen. Weitere Gesprächsthemen sind: Gemeinsame Nuklearversuche auf den britischen Weihnachtsinseln, die Lage in Afrika und im Fernen Osten.

30. 12. — Libanon. Die „Großsyrische Partei", deren Führer zu den Bewunderern und Gästen Hitlers und Mussolinis gehörte, gilt als Initiator eines Putsches gegen die Regierung, der schon nach knapp 24 Stunden scheitert.
— EWG. Trotz intensiver Bemühungen gelingt es dem in Brüssel tagenden Ministerrat nicht, den Übergang zur „zweiten Stufe" des Gemeinsamen Europäischen Marktes zu vollziehen und die Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten beizulegen.

Die Lage

Die Erklärungen der verantwortlichen bundesdeutschen Politiker an der Jahreswende 1961/62 glichen düsteren Orakelsprüchen. Alles einzelne über die konkreten politischen Absichten der Bundesregierung offenlassend, war ihr Tenor dennoch eindeutig. Er verheißt nichts Gutes! Immer wieder war von der Notwendigkeit der allumfassenden Vorbereitung der Bundesrepublik auf den „Ernstfall", auf „Krisen-Situationen" und „Notstand" die Rede. So wenig Klarheit über die außenpolitische Konzeption der Bundesregierung heute besteht, so unmißverständlich sind diese Ankündigungen. In welchem Maße das dumpfe Gefühl, schwerwiegende Entwicklungen ständen bevor, auch eingefleischte Apologeten der A d e n a u e r - Politik derzeit beschleicht, ließ ein im übrigen ekelerregend byzantinistischer Leitartikel der Frankfurter Allgemeinen zum 86. Geburtstag des Bundeskanzlers erkennen. In ihm war davon die Rede, Dr. A d e n a u e r trage „die ganze schwere Last der bevorstehenden politischen Entscheidungen mit all ihrer Erbarmungslosigkeit"; und es werde sich „die Frage nach Krieg und Frieden nicht als pathetische Phrase, sondern nackt und bloß und brutal" stellen ...

Wir wiederholen noch einmal, daß gerade in diesem Augenblick ein verhängnisvolles Mißverhältnis zwischen der Undurchsichtigkeit der politischen Pläne Bonns einerseits und den militär-politischen und notstands-politischen Maßnahmen der Bundesregierung andererseits besteht. Ein Mißverhältnis, das den erschreckenden Schluß nahelegen könnte, diese Regierung glaube gar nicht mehr an die Möglichkeit einer friedlichen Lösung der deutschen Probleme, sondern bereite sich und die Bevölkerung nunmehr unter Verzicht auf jede weitsichtig-konstruktive Alternative politischer Art ausschließlich auf den von ihr neuerdings so unermüdlich genannten „Krisenfall" vor!

Die von uns genannten Äußerungen sind die Begleitmusik zu einer Mobilisierungswelle, wie sie die Bundesrepublik bisher noch nicht gesehen hat und wie es sie zur Zeit in keinem anderen westlichen Lande gibt. Über die Konsequenz, mit der alle diese Vorbereitungen auf den „Ernstfall" betrieben werden, sollte man sich keiner Täuschung hingeben. Minister S t r a u ß kündigte am Jahresende „unpopuläre Maßnahmen" für 1962 an. Schon am 16./17. Dezember hatte der Kölner Stadtanzeiger unter Berufung auf dpa gemeldet, der neue Bundesinnenminister H ö c h e r l bereite nicht weniger als sieben Gesetze für den „Notstandsfall" und für den „Bevölkerungsschutz" vor. Die Luftschutz-Propaganda der Bundesregierung läuft auf hohen Touren. Welches Ausmaß diese systematischen Vorbereitungen angenommen haben und was von ihnen zu erwarten ist, hat ganz unverblümt in der der Bundesregierung nahestehenden Kölnischen Rundschau vom 29. 12. 1961 der militär-politische Mitarbeiter dieses Blattes ausgesprochen: „Muß man doch mit Katastrophen größten Ausmaßes fertig werden können. Ärztliche Massenversorgung, Aufräumungs-, Instandsetzungs- und Feuerlöscharbeiten, Inganghalten des Verkehrs, Betreuung von Tausenden, ja vielleicht Millionen von Flüchtlingen und Obdachlosen sind zu organisieren, um nur die wichtigsten Gebiete zu nennen. Freiwillige Helfer stehen dafür in genügender Zahl nicht zur Verfügung. Man wird eine allgemeine Verteidigungspflicht einführen müssen, die der allumfassenden Gegenwart eines modernen Krieges entspricht. .. Das wird nicht ohne Eingriffe in die Grundrechte des Staatsbürgers und in die Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden möglich sein. Verfassungsänderungen sind unvermeidlich..." Das bedeutet nichts anderes als: im Jahre 1962 die Bundesrepublik in einen autoritären Militärstaat zu verwandeln! Nachdem in den ver-

gangenen Jahren zunächst die neuen deutschen Streitkräfte aufgebaut worden sind, beginnt nun die Mobilisierung des ganzen Volkes. Sie beginnt in demselben Augenblick, da der 13. August 1961 das Fiasko der Adenauer'schen „Politik der Stärke" besiegelt und die Bundesrepublik vor die Wahl zwischen einer Modifizierung ihrer Außenpolitik oder einer unheilvollen Zuspitzung der Lage gestellt hat.

Der 13. August war ein Menetekel. Und die Deutschen in der Bundesrepublik sind schlecht beraten, wenn sie sich einer von oben manipulierten, von den politischen Zusammenhängen ablenkenden Mauer-Sentimentalität hingeben, anstatt, nicht ohne ein Einbekennen ihrer eigenen politischen Mitverantwortung für jenen bitteren Tag im August 1961, nüchtern genug auf politische Mittel und Wege zur Beseitigung der Mauer zu sinnen. Es bedarf heute kaum mehr besonderer Erwähnung, daß eine solche nur mehr im Rahmen einer für alle Seiten tragbaren Neuregelung des Berlin-Komplexes, wenn nicht gar allein im Rahmen einer Deutschland-Lösung möglich ist. Wenn es dieses Anstoßes noch bedurft hätte, der 13. August wäre ein solcher Anstoß zu einer wirklich einschneidenden Revision der Bonner Politik gewesen. Aber nicht in diesem Sinne ist er in Bonn verstanden worden, sondern als Vorwand für eine weitere Forcierung gerade der Politik, die zu ihm geführt hat, führen mußte. Allzu lange hatten die Westmächte, und unter ihnen vor allem die Bundesregierung, gewähnt, konkrete Verhandlungen mit der Sowjetunion über das Deutschland- und Berlin-Problem ließen sich ungestraft immer weiter aufschieben. In der Zwischenzeit aber wurde weiter gerüstet und insbesondere der Aufbau der Bundeswehr intensiviert. Der Deutschland-Korrespondent der Züricher „Tat", der jetzt in Berlin ansässige Schweizer F. R. Allemann, hat am 12. Dezember 1961 in seinem Blatt auf die Folgen dieser Versäumnisse hingewiesen: „Die bloße Verzögerungstaktik, die nicht zuletzt angesichts der französischen Bedenken seit der Wiener Begegnung Chrustschow—Kennedy verfolgt wurde, hat sich nicht bezahlt gemacht, und es ist zum mindesten eine Frage, ob sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen imstande wäre, ein dauerndes Abbröckeln der westlichen Berlin-Position zu verhindern. Tatsächlich kann man mit guten Gründen der Meinung sein, daß es zum 13. August und allem, was er an gefährlichen Folgen mit sich brachte, entweder überhaupt nicht oder sicher nicht in der gewählten Form gekommen wäre, wenn der Westen im Juli entschieden Kurs auf Verhandlungen genommen und ein Programm für diese Verhandlungen ausgearbeitet hätte, das Konzessionen an die realen Lebensinteressen der Ostblockländer mit unverrückbarer Festigkeit in Berlin verbunden hätte."

Man hätte von der Regierungserplärung des neuen Kabinetts Adenauer oder doch zumindest von der Bundestagsdebatte über sie Anfang Dezember Aufschluß darüber erwarten müssen, was die neue Regierung zu tun gedenkt, um, soweit es in ihren Kräften steht, eine weitere Verschärfung der Lage zu verhindern. Man hätte erwarten müssen, daß der Bundeskanzler dem eigenen Volke endlich wenigstens umrißartig seine außenpolitische Konzeption für die nächsten Monate vorlege; und daß er, wenn denn schon in nie gekanntem Maße von „Notstand", „Ernstfall" und „Krise" die Rede war, wenigstens eindeutig erkläre, was denn nun die Bundesregierung veranlasse, so zu sprechen. Aber nichts dergleichen ist geschehen. Regierungserklärung und Bundestagsdebatte haben vielmehr den Eindruck verstärkt, daß Bonn auch weiterhin am Primat der Militärpolitik vor der Politik festhält, ja ihn nachdrücklicher denn je postuliert. Die politische Substanz der Regierungserklärung und der Debatte waren äußerst gering. Eindeutig war das Grundsatz-Dokument des neuen Kabinetts freilich im Negativen. Derart

eindeutig, daß dieser Charakter der Regierungserklärung im Westen offen kritisiert worden ist. So erklärte die Times, das Dokument ermangele vor allem eines gewissen Entspannungs- und Ausgleichswillens, wie er immerhin im Interview, das Kennedy dem Schwiegersohn Chrustschows gewährt hat, deutlich zum Ausdruck gekommen sei, und der Guardian vermißte in der Regierungserklärung jegliche Ermutigung an die Adresse derjenigen, die in Mitteleuropa eine Entspannung herbeiführen möchten. Das Blatt meinte, es stünde der britischen wie der amerikanischen Regierung sehr wohl an, der deutschen mitzuteilen, daß die Politik, wie sie in der Regierungserklärung niedergelegt ist, undurchführbar und gefährlich sei. Als ganz besonders gefährlich wird der deutsche Wunsch nach Schaffung einer unabhängigen nuklearen NATO-Abschreckungsmacht bezeichnet, da die Sowjets darin nichts anderes sehen werden als eine getarnte nukleare Aufrüstung der Bundesrepublik. Aus dieser Kritik spricht die Besorgnis, die noch immer ungehemmten militär-politischen Ambitionen der Bundesrepublik könnten einmal mehr die Bemühungen der westlichen Politik um einen Ausgleich mit der Sowjetunion stören oder sogar zum Scheitern bringen.

Der Bundeskanzler hat nach seinem Besuch bei Präsident Kennedy im November seine Zustimmung zu den neuen amerikanischen Sondierungen in Moskau gegeben und erklärt, über das Berlin-Problem müßte verhandelt werden. Aber er hat bis heute völlig offen gelassen, in welchem Sinne nach seiner Auffassung diese Verhandlungen zu führen seien. Im Dezember besuchte der Bundeskanzler Präsident de Gaulle, um ihn für eine Zustimmung zu dieser westlichen Verhandlungs-Konzeption zu gewinnen. Zumindest hieß es so in den offiziösen Verlautbarungen. Nach einem Bericht des Sonderkorrespondenten der Stuttgarter Zeitung in Paris (vergleiche St. Z. v. 12. 12. 61) hat Dr. Adenauer indes gar nicht versucht, de Gaulle von seinem verhandlungsfeindlichen Standpunkt abzubringen. Viel eher gewinnt man den Eindruck, daß die Bundesregierung vorerst Frankreich die Rolle des Nein-Sagers innerhalb des westlichen Bündnisses spielen läßt, daß sie also ihr eigenes Nein durch de Gaulle vertreten läßt, in der Hoffnung, auch auf diesem Wege Verhandlungen und Vereinbarungen in der Deutschland-Frage weiter zu verhindern. Diesen Verdacht erweckt das deutsch-französische Zusammenspiel auch in Washington und vor allem in London. Von dort berichtete der Düsseldorfer „Mittag" am 6. 12., man höre hier „den Vorwurf, daß die Bundesregierung praktisch gemeinsam mit den Franzosen darauf ausgehe, überhaupt keine Verhandlungen mit den Sowjets zustande kommen zu lassen oder sie von vornherein so anzulegen, daß sie nicht zu einer Einigung führen könnten."

War schon die Regierungserklärung nur in dem Sinne eindeutig, daß sie eine weitere Forcierung der Aufrüstungspolitik verhieß, so hätte man angesichts nun schon langjähriger Erfahrungen mit dieser „Politik" zumindest eine leidenschaftliche, konkrete, die Situation durchleuchtende, Notwendigkeiten und Möglichkeiten erhellende Debatte über sie erwarten müssen. Aber auch solche Erwartungen sind bitter enttäuscht worden. Der erste große Tag des neugewählten Parlaments hinterließ den Eindruck, als verzichte die parlamentarische Vertretung der Bevölkerung Westdeutschlands von vornherein darauf, sich ernsthaft und gründlich mit den Lebensfragen der Nation auseinanderzusetzen. Was Auftakt sein sollte, wurde Abgesang! Es verschlägt einem doch wohl die Sprache, wenn man vernimmt, die Diskussion sei früher als beabsichtigt abgeschlossen worden, einfach weil es nach Auffassung der Anwesenden nichts mehr zu disputieren gab: „Die politische Debatte des Bonner Bundestages ist bereits am späten Mittwochabend, früher als vorgesehen, zu Ende gegangen. Es war zu wenig kontroverser Stoff vorhanden, als daß das über lange Stunden schon stark gelichtete Plenum nach

einer weiteren Ausdehnung der Auseinandersetzung verlangt hätte." (NZZ 8. 12. 61.)

So hat der Bundestag freiwillig darauf verzichtet, gerade in diesen ernstesten Monaten der deutschen Nachkriegsgeschichte seine Aufgabe zu erfüllen. Der schwerste Vorwurf trifft dabei einmal mehr die sozialdemokratische sogenannte „Opposition". Ganz abgesehen davon, daß sie es unterlassen hat, von Bundesregierung und CDU Rechenschaft für die Politik der vergangenen Jahre zu fordern, hat sie es erst recht versäumt, beiden Rechenschaft über ihre künftige Politik abzuverlangen. Wiederum ist festzustellen, daß ausgerechnet in dem Augenblick, da das von der Regierung Adenauer heraufbeschworene nationalpolitische Debakel sich seinem Höhepunkt nähert, die SPD darauf verzichtet, dieses Debakel bei seinem Namen zu nennen, ja, daß sie alles tut, um im Grundsätzlichen als Weggenosse der Bundesregierung zu erscheinen. Ein geradezu klassisches Beispiel dieser Anpassung-um-jeden-Preis ist vor allem die Haltung der SPD in der Frage der Aufrüstung. Man kann ihre „Opposition" in dieser Frage nicht einmal mehr halbherzig nennen. Sprecher der SPD beschränkten sich darauf, einzig vor einem „übertriebenen" Drang Bonns nach stärkeren Waffen zu warnen, eher in begütigendem als in wirklich entschieden kritischem Tone! Und ein solcher wäre doch wohl weit eher den Umständen angemessen gewesen als jene platonischen „guten Ratschläge" der Sozialdemokraten. Die Züricher „Tat" stellte am 8. Dezember fest: „Was Brandt in diesem Zusammenhang zur Frage einer deutschen Atombewaffnung sagte, klang sehr anders als die früheren Aufrufe zum Kampf gegen den Atomtod." Nicht genug damit, die Kapitulation der SPD vor der Bonner Aufrüstungspolitik dürfte nun bald ihren Höhepunkt erreichen. Der „Mittag" wußte am 15. Dezember zu berichten: „Nach jahrelangen Auseinandersetzungen über die Wehrpolitik beginnt sich zum erstenmal in Bonn eine wehrpolitische Einheitsfront zu bilden. Es bestünden gute Aussichten, so heißt es in maßgebenden SPD-Kreisen, daß die SPD-Fraktion der Verlängerung des Grundwehrdienstes von 12 auf 18 Monate zustimmen werde. Es wäre seit Jahren das erste Wehrgesetz, das nicht von der SPD abgelehnt wird. Auch bei den Bemühungen um ein Notstandsgesetz, das die Zustimmung der SPD finden könnte, herrscht neuerdings Optimismus. Bundesinnenminister Höcherl unterrichtete gestern den SPD-Vorsitzenden Ollenhauer über seine Gedanken zum Notstandsrecht und zum zivilen Bevölkerungsschutz. Von der SPD war zu erfahren, der Verlauf des Gesprächs lasse weitere Unterredungen über diese Fragen als sinnvoll erscheinen."

So sieht denn die Bundesregierung innenpolitisch den Weg nahezu frei für eine Verwirklichung ihrer ambitiösen militär-politischen Pläne. Von der SPD ist heute weder ein wirklicher Widerstand gegen die Bonner Aufrüstungspolitik noch die Vertretung einer sinnvollen Alternative zu dieser zu erwarten. Über die militärpolitischen Absichten Bonns aber kann es keinen Zweifel mehr geben: Der „totalen Mobilmachung" in der Bundesrepublik entspricht nun der immer zudringlicher werdende Griff nach Atomwaffen. Der Bundesverteidigungsminister hat in seinem Washingtoner Vortrag Ende November 1961 die Katze aus dem Sack gelassen, indem er erklärte, das Kriterium für nationale Souveränität eines Staates sei heute die Verfügungsgewalt über atomare Waffen. Seit einigen Wochen propagiert Strauß in zahlreichen Aufsätzen und Vorträgen im In- und Ausland seine Konzeption einer NATO-Atommacht. Die NATO soll neben den USA und der Sowjetunion zu einer selbständigen atomaren Macht werden, im Stande, auch dann einen Konflikt in Europa mit Atomwaffen zu führen, wenn die USA, d. h. der amerikanische Präsident, sich zu einem Einsatz solcher Waffen nicht entschließen könnten. Hinter dieser Forderung versteckt sich der Drang der in der NATO immer

einflußreicher werdenden Bundeswehr nach Verfügungsgewalt über atomare Waffen. So ist der Plan des Bundesverteidigungsministers in allen um ein Minimum von Entspannung und Abrüstung bemühten Kreisen des Westens denn auch sogleich verstanden worden. Und es kann kein Zweifel daran bestehen, daß man ihn so auch in Moskau verstanden hat. Mit anderen Worten: die militär-politische Emanzipation der Bundesrepublik schreitet immer weiter fort, auch wenn das Ansinnen des Ministers Strauß vorerst im Westen auf Widerstände stößt. Weiß man doch in Washington und London nur zu gut, welche Konsequenzen für das Ost-West-Verhältnis eine Zustimmung zu der Strauß'schen Forderung bringen müßte. Aber gewiß auch würde der Verteidigungsminister — der sich gerade in Amerika heute als der deutsche „Mann der Zukunft", der „Mann einer großen Konzeption" zu empfehlen sucht! — nicht so ungezügelt vorprellen, wüßte er sich nicht der Unterstützung einflußreicher Kreise im Oberkommando der NATO wie auch im Pentagon sicher. Die Nürnberger Nachrichten kommentierten am 16./17. Dezember diesen ungestümen Drang nach Atomwaffen wie folgt: „So, wie der Bundeskanzler 1950 nicht hatte abwarten können, bis er von den Alliierten zu einer Wiederbewaffnung gedrängt worden wäre, so scheint die Bundesregierung auch heute ihre Ungeduld, endlich über das Instrument nuklearer Waffen mit zu gebieten, nicht zügeln zu können."

Natürlich behaupten die hinter dieser Agitation stehenden Kreise, die Verwirklichung ihrer Pläne sei notwendig zum Schutze der Bundesrepublik und diene nur der „Abschreckung". Aber ganz abgesehen davon, daß es einen sinnvollen Schutz für diese Bundesrepublik überhaupt nur noch durch eine Entspannung und Abrüstung geben kann, muß das Bonner Verlangen nach Verfügungsgewalt über NATO-Atomwaffen zu einer unabsehbaren Verschärfung der Lage in Mitteleuropa führen. Denn es ist nicht denkbar, daß die Sowjetunion eine solche Forcierung der westdeutschen Aufrüstung reaktionslos hinnehmen wird. Vielmehr kann die militär-politische Dynamik Bonns nur neue entschiedene Reaktionen der anderen Seite heraufbeschwören, durch die dann allerdings nicht mehr allein die Verhandlungsposition Bonns weiter geschwächt, sondern auch die Sicherheit der Bundesrepublik aufs äußerste gefährdet sein wird. Über diese Folgen darf heute nicht mehr geschwiegen, es muß rechtzeitig und mit aller Entschiedenheit vor ihnen gewarnt werden. Die Wortführer der Bonner „Politik der Stärke" geben heute selbst zu, daß Militärpolitik für sie an die Stelle von Politik getreten ist. Gleichzeitig wird die Frage der deutschen Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu einer nationalen Prestigefrage hochgespielt. So schrieb Adalbert Weinstein in der FAZ vom 23. November: „Die Forderung nach taktischen Atomwaffen für deutsche Divisionen ist eine politische, nicht eine militärische Forderung... Nur die in der Allianz eingeordnete Bundesrepublik kann das Vertrauen erwerben, das Voraussetzung für die Überlassung von taktischen Atomwaffen an unsere Divisionen ist... Für die Amerikareise hatte er (Strauß) dem Bundeskanzler geraten, auch einem partiellen Verzicht auf taktische Atomwaffen nicht zuzustimmen, sollten Vorschläge gemacht werden, die Bundeswehr aus der atomaren Bewaffnung auszuklammern."

Man nehme dazu, was derselbe Weinstein in der Frankfurter Allgemeinen vom 14. 12. schreibt: „Die nuklearen Waffen sind Angriffswaffen, gleichgültig, ob sie der Angreifer oder Verteidiger benutzt." Glaubt man ernstlich, die Sowjetunion werde sich, nach den Erfahrungen von 1941, eine atomwaffen-souveräne Bundesrepublik oder auch nur eine atomwaffen-souveräne NATO mit bundsdeutschem Übergewicht bieten lassen? Bonns ganzes Bestreben geht im Augenblick dahin, das amerikanische Atomwaffen-Monopol zu brechen. Die Forderung nach „Selbstbestimmung" ist zur Forderung nach „Selbstbestimmung über ato-

mare Waffen" geworden! Wahrlich, die Deutschen haben es in den sechzehn Jahren seit 1945 schon wieder „herrlich weit" gebracht. Aber es wird sie, es wird uns alle teuer zu stehen kommen.

Wir wiederholen hier noch einmal, was wir vor einigen Monaten an derselben Stelle gesagt haben: Die atomare Aufrüstung Westdeutschlands gefährdet darum objektiv den Frieden in Europa, weil sie verbunden ist mit einer absolut entspannungsfeindlichen Politik, mit der Ablehnung einer langfristigen Deutschland-Lösung auf dem Boden der Tatsachen. Die Bundesregierung hat seit Jahren alle östlichen u n d auch westlichen Verhandlungsvorschläge torpediert und eigene Initiativen nicht entwickelt, um so mehr aber die Aufrüstung gesteigert. Das Ergebnis dieser „Politik der Stärke" war das Schwinden aller Chancen für eine national-staatliche Wiedervereinigung Deutschland, war nicht zuletzt der 13. August! Und so viel kann heute mit aller Bestimmtheit schon gesagt werden, daß es bei diesem 13. August nicht bleiben wird, wenn die Bonner Politik sich nicht ändert...

Die Forcierung der Aufrüstung erweckt nicht nur im Osten Unbehagen, auch im Westen und in den neutralen Ländern erscheint sie allmählich ominös (es sei hier allerdings noch einmal daran erinnert, daß vor allem die USA mitverantwortlich für diese deutsche Wiederaufrüstung und ihre Folgen sind.) Der israelische Journalist Uri D a n berichtete am 10. Dezember im STERN über seine Eindrücke bei der Bundeswehr. Er hatte sich mehrere Tage bei der neuen deutschen Armee aufgehalten und zahlreiche Gespräche mit führenden und untergeordneten Offizieren sowie mit einfachen Soldaten geführt. Die Bilanz war für ihn so erschreckend, wie sie es für uns sein muß, die wir uns an die Existenz dieser neuen deutschen Armee womöglich auch als Opposition schon allzusehr gewöhnt haben: „Außerdem läßt sich die militärische Vorbereitung auf die Möglichkeit eines lokalen Krieges auch daran ablesen, daß die Bundesrepublik in der Waffenerzeugung immer selbständiger wird. Und die Frage, ob Deutschland mit seiner wachsenden militärischen Macht nicht den Weltfrieden gefährden könnte, macht angesichts dieser Entwicklung nicht wenig Sorge... Es gibt in der Bundeswehr zumindest noch Überreste des alten Wehrmachts-Offizierscorps. Nicht wenige der Offiziere halten mit ihrer Meinung zurück, weil sie gescheit genug sind, sehr genau zu wissen, daß man heutzutage Demokratie spielen muß. Die meisten neudeutschen Offiziere erwarten sehnsüchtig den Tag, an dem die Militärmacht Deutschlands und der Westmächte zusammen fähig ist, den Kommunismus in Europa niederzuschlagen und die Wiedervereinigung Deutschlands zu verwirklichen." Und zu der Ideologie, die die neue deutsche Aufrüstung und auch den Griff nach atomaren Waffen rechtfertigen soll: „Die Sicherheits-Doktrin, die der deutschen Armee zugrunde liegt, ist ziemlich umnebelt — und Nebel birgt immer Gefahren."

Zeichnet sich da eine „Berlin-Lösung" oder gar eine „Deutschland-Lösung" nach den Vorstellungen Bonns ab? Der bloße Versuch einer solchen „Lösung", oder der andere, durch irgendwelche deutsche „Aktionen" Vereinbarungen der Großmächte zu verhindern, — beides wäre der pure Selbstmord der Deutschen! Aber die Gefahr eines solchen Selbstmordes droht so lange, wie die heute in Bonn herrschenden Kreise mit Zustimmung der Sozialdemokratie ihre „Politik der Stärke" verfolgen können. Sie selbst beschwören den Notstand herauf, von dem sie heute beflissen sprechen, auf den sie sich und uns alle beflissen vorbereiten. Berlin ist so nicht zu retten, sondern nur zu verlieren; vollends gilt das von der deutschen Wiedervereinigung, die heute ohnehin unendlich viel schwieriger als noch vor einigen Jahren zu erreichen ist. Der Spielraum der Bonner Politik ist wesentlich kleiner geworden, nachdem sie es jahrelang versäumt hat, den größeren Spielraum wirklich zu nutzen. Aber nichts wäre verfehlter, als daraus den

Schluß zu ziehen, es gebe heute nur noch die jetzt von der Bundesregierung betriebene Politik, wenn diese auch in früheren Jahren falsch gewesen sei. Das etwa ist die Auffassung der SPD. In Wirklichkeit ist eine Änderung jener Politik heute noch dringender geboten als jemals zuvor; immer schon verfehlt, ist sie es heute in lebensgefährlicher Weise! Und nur wenn die Deutschen die Einsicht und die Energie aufbringen, sich von ihr in allernächster Zeit zugunsten einer anderen, konstruktiveren, auf Verhandlungen und Kompromisse im Interesse des Friedens und der Freiheit gerichteten abzuwenden, nur dann hat „jeder eine Chance".

Nach wie vor bieten sich, ist man einmal zu der Erkenntnis von der Dringlichkeit einer klaren Neuorientierung gelangt, genügend Ansatzpunkte für eine solche. Es ist an der Zeit, realistische Vorschläge für eine Entspannung in Mitteleuropa etwa auf dem Boden des Rapacki-Planes, für eine Entschärfung des gefährlich gespannten Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten, für eine Entspannung in Berlin zu entwickeln. Eine Fortsetzung der bisherigen Politik, um es noch einmal zu sagen, wird zum Verlust auch Westberlins, zu einer weiteren Verschärfung der Lage in Europa und zu einer weiteren Vertiefung des Grabens zwischen beiden deutschen Staaten führen. Mehr denn je gilt heute, daß der Kompromiß der einzige politische Weg ist, der zwischen den beiden drohenden Abgründen einer Kriegskatastrophe und einer völligen politischen Kapitulation hin durchführt.

Der amerikanische Botschafter in Moskau, Thompson, sondiert zur Zeit bei der sowjetischen Regierung. Über das Ergebnis dieser Sondierungen und über die Aussichten für konkrete Berlin-Verhandlungen zwischen Ost und West ist zur Zeit wenig bekannt. Präsident Kennedy ist sich offensichtlich der Notwendigkeit einer neuen langfristigen Lösung des Berlin-Problems durchaus bewußt. Aber er steht seit Wochen auch unter dem zunehmenden Druck des extremistischen Teiles der amerikanischen Öffentlichkeit und auch seiner eigenen Partei. Sie haben ihn vor allem zu der Wiederaufnahme der Atomversuche gedrängt, die nach der Bermuda-Zusammenkunft des amerikanischen Präsidenten mit dem britischen Premierminister kurz vor Weihnachten bekannt gegeben wurde. In den USA ist z. Zt. eine starke Agitation für eine „Politik" im Gange, die einen „Sieg im Kalten Krieg" anstreben soll, im Gegensatz zu der Politik Kennedys, die, ungeachtet gewisser Schwankungen oder Unklarheiten, doch immer noch von der Einsicht ausgeht, daß eine solche Zielsetzung heute selbstmörderisch ist. So ist denn im Westen selbst die Entscheidung zugunsten von Entspannung und Abrüstung noch keineswegs gefallen. Das Gewicht der Bundesrepublik aber fällt im Augenblick fraglos in die Waagschale des Kalten Krieges.

Zu den bisherigen Ansatzpunkten für eine neue deutsche Politik ist in diesen Tagen ein weiterer bedeutsamer hinzugekommen. Wie erst nach einem skandalösen Versteckspiel der Bonner Behörden bekannt geworden ist, hat die sowjetische Regierung am 27. Dezember dem Botschafter Kroll erneut ein Memorandum zur Deutschland-Frage überreicht, das zu veröffentlichen die Bundesregierung sich bis jetzt scheut. Welche taktischen Hintergedanken die Sowjetunion bei dieser Initiative auch haben mag — es wäre ein nicht wieder gut zu machendes Versäumnis, wollte Bonn abermals auf eine sehr gründliche Prüfung der sowjetischen Verhandlungsbereitschaft verzichten. Zwischen einem absoluten Ausscheren aus dem westlichen Lager einerseits und einem absoluten Verzicht auf jedes Einzelgespräch mit Moskau, diesen beiden von Bonn allein genannten Extremen, gibt es zahlreiche Möglichkeiten, die sowjetische Position zu erkunden. Es bedarf freilich dabei eigener, den Realitäten angemessener Vorstellungen über die Möglichkeiten einer allseits relativ befriedigenden Deutschland-Lösung.

Zu befürchten ist indes, daß die Bundesregierung auch diesmal wieder auf eine solche Initiative verzichtet, unter fadenscheiniger Berufung auf die notwendige Einigkeit des Westens. In Wirklichkeit tut Bonn alles, eine Einigkeit des Westens auf dem Boden einer konstruktiven Verhandlungsposition zu verhindern und eine Einigkeit rein im Negativen zu schaffen. So wären deutsche Gespräche mit Moskau, auf vernünftiger Basis, nicht allein im Interesse der Deutschen, sondern, angesichts der bisherigen und gegenwärtigen deutschen Politik, auch im Lebensinteresse des Westens überhaupt, der nur Entspannung und Friede wünschen kann.

Es wird die Aufgabe der deutschen Öffentlichkeit sein, die Bundesregierung und den Bundestag endlich zu einer solchen Verhandlungsbereitschaft zu veranlassen. Und nur die deutsche Öffentlichkeit ist in der Lage, durch einen wirksamen Protest, zu verhindern, daß aus der Notstands-Politik sehr bald ein wirklicher Notstand wird. Man gewinnt den Eindruck, daß ein großer Teil der Deutschen, neues Unheil ahnend, den Ereignissen mit dumpfer Gleichgültigkeit gegenübersteht, wie einem Verhängnis, das sich doch nicht mehr abwenden läßt. Der schleichende Fatalismus ist heute die größte Gefahr für uns alle. Notwendig ist wie noch nie seit 1949 eine leidenschaftliche offene Diskussion über alle deutsche Lebensfragen, die öffentliche Erörterung aller denkbaren Alternativen, das gemeinsame Bemühen um einen Ausweg aus der heillosen, zum großen Teil selbstverschuldeten Situation. Die herrschenden Kreise versuchen, eine solche Diskussion zu verhindern, in dem sie jede Abweichung von der Bonner Generallinie als kommunistisch diffamieren. Das Notstandsgesetz wird, gelingt es nicht, diese Planung zu verhindern, der Freiheit der politischen Meinung und Diskussion bald ein Ende machen. Dann ist die Nation auf Gedeih und Verderb in der Hand der heute Herrschenden. Und ihre institutionalisierte und „sanktionierte" autoritäre Praxis, unter dem Vorwand eines Notstandes, wird dann sehr schnell den Beifall all derer finden, die heute schon das autoritäre Gebaren des Bundeskanzlers und der Minister Strauß, Schröder etc. verherrlichen und den Deutschen einmal mehr den Afterglauben an die Obrigkeit nahelegen. In dem schon einmal zitierten Aufsatz der Frankfurter Allgemeinen vom 5. Januar zum Geburtstag Konrad Adenauers hieß es auch: „Der Kanzler geht in sein schwerstes Jahr. Die guten Wünsche derer, die ihm an diesem Tage ihre Reverenz erweisen und die ihm Dank schulden, begleiten ihn auf dem Wege am Abgrund entlang. Die ganze Nation muß hoffen, daß das Glück bei ihm und seinem Tun ist..." Bezeichnenderweise warf sich dieselbe „führende deutsche Tageszeitung" drei Tage später zum Verteidiger des autoritären Salazar-Regimes in Portugal auf. Das „Kanzler befiehl — wir folgen Dir ..." — man kann auch statt Adenauer Strauß sagen! —, das uns heute so angelegentlich anempfohlen wird, zeigt, wie es um die Demokratie, um die Selbstbestimmung in der Bundesrepublik steht. Der Marsch in den Abgrund hat begonnen.

(Abgeschlossen am 8. Januar 1962)

Kommentare

„Krise der UN"?

Seit einigen Wochen sind die Vereinten Nationen im Westen, nicht zuletzt auch in der Bundesrepublik, einer heftigen, offensichtlich sehr zielbewußten Verleumdungs - Kampagne ausgesetzt. Die Kritiker — zu ihnen gehören u. a. auch die Frankfurter Allgemeine und die Deutsche Zeitung — behaupten eifervoll, die UN befänden sich in einer schweren moralisch-politischen Krise, durch die ihre Existenz selbst gefährdet sei. Die Angriffe auf die Weltorganisation gipfeln nicht selten in einer entschiedenen oder verklausulierten Absage an sie, oder sie erwekken doch den Eindruck, als sollten sie eine solche psychologisch vorbereiten. Zweifellos haben die Vereinten Nationen ein besonders schwieriges Jahr in ihrer noch jungen Geschichte hinter sich. Von der Verstrickung der Weltorganisation in die Ost-West-Spannungen abgesehen, ist vor allem das noch immer ungelöste Kongo- bzw. Katanga-Problem für die UN zu einer Schicksalsfrage geworden. Durch nichts konnte das deutlicher werden als durch den Tod des Generalsekretärs Dag Hammarskjöld am 18. September 1961; der so angesehene wie angefochtene Schwede wurde, buchstäblich an der politischen „Front", das Opfer eines bis heute nicht völlig aufgeklärten, vermutlich aber auf katangesische oder rhodesische Sabotage zurückzuführenden, Flugzeugabsturzes. Hammarskjölds Nachfolger, der Burmese Dr. U Thant, scheute sich nicht, ungeachtet aller Angriffe von kolonialistischer Seite, eine befriedigende Lösung des Katanga-Problems mit womöglich noch zielbewußterer Energie anzustreben.

Kein Wunder, daß der neue Generalsekretär und die Weltorganisation selbst sich mehr und mehr den Unmut der in Katanga wirtschaftlich engagierten Kreise des Westens und der ihre Interessen vertretenden Presse zuzogen. Wie mächtig diese Kreise noch immer sind, zeigte sich exemplarisch in Großbritannien. Es gelang der sog. Katanga-Lobby in London, mit Hilfe des rechten Flügels der Konservativen die Regierung Macmillan zu einer Sabotage der auch von Großbritannien nicht offen abgelehnten UN-Aktion in Katanga zu veranlassen. Der ehemalige irische UN-Delegierte in Katanga, O'Brien, hat diese Machenschaften inzwischen ans Tageslicht gebracht; von der Labour-Party und dem größten Teil der britischen Presse sind sie mit Vehemenz verurteilt worden.

Der Sicherheitsrat hatte am 24. November den Generalsekretär autorisiert, die UN-Truppen im Kongo zur Entwaffnung der ausländischen Söldner des Katanga - Präsidenten Tschombé einzusetzen. Diese Söldner, ein Haufen professioneller Abenteurer und Totschläger aus aller Herren Länder, mit manchen Verbindungen zur berüchtigten französischen OAS, hatte sich in den vergangenen Monaten mehr und mehr als das eigentliche Hindernis auf dem Wege zur Schaffung eines unabhängigen und lebensfähigen Kongo-Staates erwiesen. Auf sie vornehmlich stützte sich der Separatist Tschombé, ausgehalten von den aus naheliegenden Gründen an der Existenz eines „unabhängigen" Katanga interessierten Wirtschaftsmächten.

Ausgerechnet diese im spezifischen Sinne „kolonialistischen" Kreise und ihre publizistischen Exponenten nun bezeichnen das Vorgehen der UN in Katanga als — „Aggression", ja, man höre und staune, als einen — „Kolonialkrieg"! Sie nehmen die Katanga-Aktion zum Anlaß, die Weltorganisation selbst maßlos zu denunzieren, in dem Augenblick, da diese einen wesentlichen Beitrag zu der von den Wirt-

schaftsmächten bis heute hintertriebenen wirklichen Ent-Kolonisierung des Kongo leistet.

So ist denn, was hier zur „Krise der UN" gemacht wird, zuerst und zuletzt nichts anderes als der von den Interessenten selbst heraufbeschworene Katanga-Skandal! Und soweit es wirklich eine UN-Krise gibt, sind gerade die Kreise für sie verantwortlich, die heute so laut und absichtsvoll von ihr sprechen, offenbar entschlossen, notfalls die Weltorganisation selbst zu sprengen, wenn sie sie ihren eigenen Absichten nicht mehr dienstbar machen können.

Diese Denunziation der UN im Westen ist eine heftige Reaktion auf eine tiefgehende Enttäuschung. Man verhehlt nicht, daß man die Vereinten Nationen seit ihrer Gründung im Jahre 1945 als Instrument der westlichen, vor allem der amerikanischen Macht-Politik betrachtet und sie in diesem Sinne auch jahrelang erfolgreich benutzt hat. Von entscheidender Bedeutung aber für die Struktur der UN wie auch für ihre Rolle im Ost-West-Konflikt sollte bald die außerordentliche Beschleunigung des anti-kolonialistischen Emanzipations-Prozesses in Asien und Afrika, der Eintritt all der nun unabhängig gewordenen Nationen in die Organisation werden. Heute gehören von 104 UN-Mitgliedern nicht weniger als 49 dem sog. afro-asiatischen Block an. Ihre politische Bedeutung und ihr moralisches Gewicht ist um so größer, als der afro-asiatische Block als Wortführer des weltpolitischen Neutralismus heute schon eine wichtige Rolle bei der Förderung einer weltpolitischen Entspannung und einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung spielt.

So sind denn die UN erst in diesen letzten Jahren — offensichtlich gegen den Willen mancher ihrer Mitbegründer! — zu einer wirklichen Welt-Organisation geworden, oder doch dabei, es unter manchen Schmerzen zu werden! Gerade diese so unumgängliche wie sinnvolle Umgestaltung der Vereinten Nationen aber wollen gewisse extreme Nationalisten und Kolonialisten im Westen nicht mehr länger hinnehmen. Ihre Obstruktion und ihre Verleumdungs-Kampagne droht das immer noch schwache Gebäude der Weltorganisation vorzeitig zum Einsturz zu bringen und die Sicherung des Friedens und Fortschritts durch sie zu gefährden.

Man weiß, wie höhnisch und verachtungsvoll seit langem der französische Staatspräsident de Gaulle von den UN zu sprechen pflegt; nun erlebt man, daß der portugiesische Diktator Salazar mit dem Austritt seines Landes aus der Organisation droht, nur weil diese es unterlassen hat, die indische Aktion gegen den auf indischem Boden gelegenen Kolonialstützpunkt Goa zu verurteilen. Die ganze Problematik der amerikanischen UN-Politik (es sei hier immerhin erwähnt, daß Washington in der Katanga-Frage, aus welchen Gründen immer, für die Aktion war!) schließlich wird ersichtlich aus dem unveränderten Verhalten Washingtons in der China-Frage. Am 1. Dezember 1961 begann in den UN, auch dies ein denkwürdiges Datum in ihrer Geschichte, die erste volle Debatte über die noch immer ausstehende Aufnahme des volkreichsten Staates der Welt in die Organisation; noch einmal gelang es den USA, die Aufnahme Pekings in die UN zu verhindern. Aber dieser vielgepriesene „taktische Erfolg" des amerikanischen UN-Delegierten Adlai Stevenson war doch nur ein allzu problematischer politischer Pyrrhussieg! Wenn irgendwo, dann bedeutet hier das „aufgeschoben" kein „aufgehoben". Und man weiß in Washington selbst nur zu gut, daß die widersinnige Ausschließung Chinas aus den UN sich nicht mehr lange wird aufrechterhalten lassen. Bemerkenswerterweise stimmten schon diesmal Großbritannien und Dänemark, zwei NATO-Partner, gegen die USA! An der Reaktion der amerikanischen Öffentlichkeit auf die Aufnahme Pekings in die UN aber und erst an ihr

wird sich die Reife oder Unreife der amerikanischen Haltung einer sich entwickelnden Weltorganisation in einer sich wandelnden Welt gegenüber zeigen!

Es verdient zuletzt Erwähnung, daß sich der Anti-UN-Kampagne kürzlich auch der Bundeskanzler und der Bundestagspräsident angeschlossen haben. Beide äußerten sich, ebenfalls unter Berufung auf Katanga, höchst negativ über die UN und beide meinten, an eine sinnvolle Einschaltung der Vereinten Nationen in die Berlin- und Deutschland-Frage sei nun nicht mehr zu denken!

Hier nun wird die ohnehin unverantwortliche Denunziation der Weltorganisation für die Deutschen selbstmörderisch! Denn wer heute, in der prekärsten Situation der deutschen Nachkriegsgeschichte, auch noch die Position der Vereinten Nationen mutwillig oder leichtfertig untergräbt, die UN einfach desavouiert, der tut damit Berlin und der deutschen Sache den allerschlechtesten Dienst! Wenn irgendwer, dann haben die Deutschen gerade heute allen Grund, auf eine Stärkung der Autorität der UN, auf eine Sicherung ihrer Unabhängigkeit von allen Machenschaften der beiden weltpolitischen Kontrahenten, auf ihren Ausbau zu einer wirklich welt-weiten Friedens-Organisation, zu einem verbindlichen Völker-Forum zu hoffen und für eine solche Sicherung der Vereinten Nationen tätig zu sein! AB

Kirchentag der Welt

Zu den Ereignissen des Vorjahres, denen im Weltmaßstab dauerhafte Bedeutung zukommt, gehört die dritte Weltkirchenkonferenz des Ökumenischen Rates in Neu Delhi von Ende November bis Anfang Dezember 1961, die ihren Vorgängerinnen (Amsterdam, 1948, und Evanston/USA, 1954) gegenüber schon quantitativ ein eindrucksvolles Wachstum aufweist: durch die Aufnahme von 23 neuen Gliedkirchen aus allen Teilen der Welt stieg die Zahl der vertretenen nicht römisch-katholischen Christen auf 400 Mill. an.

Mag es auch eine reine Turnuserwägung gewesen sein, dieses hohe Kirchenforum nach Europa und Nordamerika diesmal in einem Erdteil der sogenannten jungen Nationen abzuhalten, so sollte sich doch schnell erweisen, daß dem Veranstaltungsmechanismus tiefere, man kann sogar sagen symbolische Bedeutung innewohnte, denn es waren in starkem Maße gerade die Repräsentanten dieser jungen Völker — was zugleich bedeutet: der jungen Kirchen —, die Bild und Geist der Versammlung mitbestimmten. Wie in den Vereinten Nationen, enthüllte sich auch hier der Zug der Epoche, und der ist unverkennbar auf das Neue und auf die Neuen gerichtet. War es dies, was letzten Endes, uneingestandenermaßen und vielleicht auch unbewußt, dahintersteckte, daß konservative Leute wie Bischof D i b e l i u s und D. G e r s t e n m a i e r sich so ungnädig, so nörglerisch über die Konferenz äußerten? Auf der anderen Seite war es ganz gewiß mit dies, daß die progressiven Christen in aller Welt sich von Neu Delhi so stark beeindruckt zeigten. Ihr namhaftester Vertreter unter uns Deutschen ist zur Zeit Martin N i e m ö l l e r ; die Wahl dieses in aller Welt als unbeugsamer Widersacher des Krieges und der Atomaufrüstung wie als Mahner für eine bußfertige Kirche bekannten Mannes (dessen wir im Inneren dieses Heftes ausführlicher gedenken) in das Präsidium des Weltkirchenrates ist Teil und Ausdruck der oben angedeuteten Wende zum Neuen, die sich vor den Augen des Zeitgenossen ganz allmählich vollzieht.

In den Kirchen wird dies immer ein theologischer, kein politischer, Prozeß bleiben, — in allen Kirchen, in West wie in Ost. Gedanken wie der folgende, hier von einem Inder formuliert, sind

an sich nicht neu; neu ist, daß sie bei den Konferenzteilnehmern von Neu Delhi nicht nur auf starke Beachtung, sondern auch auf starke, wenn nicht gar mehrheitliche Zustimmung stießen: „Die Welt, die Jesus erlösen will, ist mitten hineingestellt in den Ablauf von Natur, Gesellschaft und Geschichte und kann — davon gesondert — weder betrachtet noch gerettet werden . . ." Und: „Es ist nicht die Aufgabe der Kirche, sich selbst vor den Revolutionen unserer Zeit zu bewahren, sondern in ihnen Verheißung und Gericht zu erkennen . . ."

„Im Endeffekt", schreibt dazu die Hamburger ‚Zeit', „bedeutet dies die Distanzierung des Evangeliums von einer bestimmten Kultur, von bestimmten politischen Ordnungen, von bestimmten moralischen oder ideologischen Systemen." Es bedeutet die Befreiung des Evangeliums zu sich selbst hin. Christ sein — das soll sich nach Jahrhunderten des Mißbrauchs für alle nur denkbaren weltlichen Interessen wieder von selbst verstehen. Davon sind wir auch nach Neu Delhi noch weit entfernt. Aber diese inzwischen historisch gewordene Konferenz hat uns dem Ziel ein Stück näher gebracht — auch dem Ziel, daß Kalter Krieg das eine und Christentum das andere ist. Ein entscheidender Rückschlag ist nur noch schwer vorstellbar. Der Weg ist noch lang, aber er kann nicht mehr umgedreht werden, — dazu ist, unter anderem, der Einfluß all jener Kirchen und Kirchenführer, die sich große Mühe geben, wirklich Christus, und sonst nichts, zu meinen, wenn sie Christus sagen, schon zu groß geworden. Hierher sind vor allem die jungen Kirchen Afrikas zu zählen, auch Asiens, hierher gehört, stellvertretend für viele andere, jener Universitätsprofessor für lutherische Theologie aus Chicago, der in Neu Delhi einer „wagemutigen Christologie der Natur" das Wort redete, und hierher gehört, nicht zuletzt, die Orthodoxie, deren erweiterte Aufnahme in den Weltkirchenrat (in Gestalt der orthodoxen Kirchen Rußlands, Bulgariens und Rumäniens) ein Ereignis von größter Tragweite darstellt; erhärtet sie doch das Prinzip der Kooperation über den Eisernen Vorhang hinweg, und zwar, und das ist das Entscheidende, nicht im Dienste des ansonsten immer noch beliebten Hintergedankens, das Rad der Geschichte vielleicht doch noch zurückdrehen zu können, sondern in Anerkennung der beiderseits bestehenden politischen Verhältnisse. Deutlich zu bemerken war, daß der vom Kalten Krieg hervorgerufene politische Krampfzustand, der die Christen in Ost und West entfremden möchte, im wohlverstandenen ökumenischen Geiste Linderung erfuhr. In unserem Lande wurde von gewissen Kreisen die Version verbreitet, Deutschland sei in Neu Delhi „zu kurz gekommen". Wenn dem so wäre, hätten wir zunächst vor der eigenen Tür zu kehren und uns nach dem Warum zu fragen. Aber dem ist nicht so. „Zu kurz gekommen" sind bestenfalls Wünsche, Erwartungen und Forderungen, wie bestimmte veraltete, bis heute vor allem „deutschnational" gebliebene Kirchenherren sie hegten. Sie sind nicht Deutschland. J. W.

Prof. Dr. Renate Riemeck

Berlin und die vier Mächte

Bei jeder Beurteilung des Berlin-Problems muß man von zwei Voraussetzungen ausgehen.

Erstens: Es gäbe heute keine Mauer in Berlin, wenn die Bundesrepublik in Verhandlungen über die Schaffung einer militärisch verdünnten, atomwaffenfreien Zone eingetreten wäre.

Zweitens: Das Berlin-Problem ist nur ein Teil der gesamten „deutschen Frage". Die „deutsche Frage" aber ist nicht mehr mit der Schaffung bzw. Wiederherstellung eines nationalen Einheitsstaates identisch. Sie ist heute zu dem eigentlichen Problem der Erhaltung des Friedens in Mitteleuropa geworden.

Daß von diesen Voraussetzungen ausgegangen werden muß, läßt sich am Gang der Ereignisse ablesen. Die — inzwischen historisch gewordenen — Berlin-Noten der Sowjetunion vom 27. November 1958 leiteten bekanntlich die Entwicklung der Dinge ein, die (wie man neuerdings in Bonn ahnungsvoll zu sagen pflegt) „auf uns zukommen" werden. Wir haben schon seinerzeit in dieser Zeitschrift darauf hingewiesen, daß der Berlin-Vorstoß Chrustschows als Antwort auf die Geschehnisse des Jahres 1958 gewertet werden mußte. Die Bundesregierung glaubte damals offenbar nicht, daß die Dinge, die jetzt „auf uns zukommen", möglich seien. Sie führte im Bewußtsein ihrer vermeintlichen Stärke im März 1958 die Atomrüstungsbeschlüsse der Parlamentsmehrheit herbei, um den in diesem Augenblick sehr aktuellen Rapacki-Plan durchkreuzen zu können. Die in dem Plan des polnischen Außenministers liegenden großen Möglichkeiten einer allmählichen Befriedung des mitteleuropäischen Raumes wurden verschüttet, weil man dem Aufbau militärischer Machtpositionen diesseits der Elbe den Vorrang gab. Die breite und spontan entstandene Volksbewegung gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik konnte zwar eine allzu rasche Durchführung der Bundestagsbeschlüsse verhindern, indem sie die Stärke der politischen und moralischen Widerstände deutlich werden ließ, mit denen die Bundesregierung in der nächsten Zeit zu rechnen hatte. Als aber die anfänglich so lauten Proteste der SPD- und Gewerkschaftsführung plötzlich verstummten und es sich zeigte, daß sie Blitzableiter für die Massenerregung gewesen waren, begann die Kraft der Bewegung zu erlahmen. Damit war der Weg zu einer umfassenden psychologischen und materiellen Vorbereitung auf die Militarisierung des gesamten Lebens in der Bundesrepublik frei geworden. In diesem Augenblick ließ der Kreml seine Berlin-Noten ergehen (27. November 1958), denen bald darauf (13. Januar 1959) der Entwurf für einen deutschen Friedensvertrag folgte. Mit diesen beiden diplomatischen Schritten setzte Moskau das ungelöste Deutschland-Problem auf die Tagesordnung der Weltpolitik und stellte gleichzeitig die Frage nach Zweck und Ziel der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik. Diesen Zusammenhang muß man sich vergegenwärtigen. Er darf nicht übersehen werden. Nicht die sowjetischen Noten sind die Ursache für die „Berlin-Krise". Die „Berlin-Krise" ist vielmehr die Folge von einer Reihe politischer Fehlentscheidungen, die nicht erst 1958, sondern schon viel früher in Bonn gefällt wurden. Die Bundesregierung hat sich geweigert, die Deutschland-Frage — und damit auch das Berlin-Problem — auf dem Verhandlungswege zu klären (1952, 1954, 1958). Sie hat statt dessen von Jahr zu Jahr das Mißtrauen der östlichen Nachbarländer im Hinblick auf ihre

Deutschlandpolitik vergrößert. Diese Länder standen und stehen unter dem Eindruck des furchtbaren Krieges, den Deutschland gegen sie geführt hat. Jede auf eine vernünftige Ordnung der europäischen Verhältnisse bedachte Politik muß das berücksichtigen. Es kann deshalb für uns überhaupt nicht wesentlich sein, ob die Bevölkerungen der Sowjetunion, Polens, der CSSR und anderer Ostblockstaaten sich zu Recht oder Unrecht von dem militärischen come-back Westdeutschlands und seinem Ausbau zur stärksten Bastion der NATO bedroht fühlen. Wir haben ganz einfach in Rechnung zu setzen, daß diese Völker unter den Auswirkungen des deutschen Militarismus am meisten zu leiden hatten und daher in der ständigen Furcht vor seinem Wiedererstehen leben. Diese Furcht kann Bonn nicht durch wiederholte Beteuerungen seiner Friedensliebe beseitigen. Friedliche Absichten kann man nur durch die Bereitschaft zu Verhandlungen glaubwürdig machen. An dieser Bereitschaft hat Bonn es jedoch bisher immer fehlen lassen. Das wurde besonders deutlich bei der Torpedierung des Rapacki-Plans, der nach (wohlgemerkt: n a c h) der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik unterbreitet worden ist. Der Rapacki-Plan bot der Bundesrepublik nicht nur die Chance, ihre Beziehungen zu Polen und der Tschechoslowakischen Republik endlich zu normalisieren. Er würde auch den Raum für eine Entspannung in Deutschland freigemacht und somit neue Aussichten auf eine allmähliche Überwindung der deutschen Spaltung eröffnet haben. Hätte man sich in Bonn mit der Bildung eines breiten Gürtels atomwaffenfreier Länder einverstanden erklärt und die Initiative zur Erlangung einer internationalen Sicherheitsgarantie ergriffen, so wäre das Auseinanderrücken der militärischen Machtblöcke möglich geworden, das die Voraussetzung für eine friedliche Lösung der deutschen Probleme ist und bleibt. Die Ablehnung von Verhandlungen über eine Rüstungsbegrenzung in Europa und der erklärte Wille der Bundesregierung, bis zu dem imaginären Tag einer „allgemeinen und kontrollierten Abrüstung" an der militärischen Machtpolitik festzuhalten, mußten zwangsläufig zu einer Verhärtung der Gegensätze führen.

Die Berlin-Noten und der Friedensvertrags-Entwurf stellten Bonn unentrinnbar vor die Tatsache eines immer deutlicher werdenden politischen Fiaskos. Von der Genfer Außenministerkonferenz (1959), wo man sich mit der Anwesenheit offizieller Vertreter der „nichtexistenten" DDR abfinden mußte, bis zur Amerika-Reise C h r u s t s c h o w s, die mit der Erklärung E i s e n h o w e r s über die „anomale" Berlin-Situation endete, mußte die Bundesregierung Stück um Stück ihrer fiktiven Deutschland-Politik aufgeben. Sie konnte es daher nur als Erleichterung empfinden, daß die Pariser Gipfelkonferenz im Mai 1960 scheiterte und C h r u s t s c h o w die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland auf das nächste Jahr vertagte. Da die Regierung A d e n a u e r es klüglich vermieden hatte, mit eigenen Vorschlägen für eine Lösung des Deutschland-Problems in die internationale Diskussion einzugreifen, und alles auf die Karte des Zeitgewinns setzte, konnte es nicht ausbleiben, daß sie im diplomatischen Spiel mit dem Osten letztlich den kürzeren zog. In der zweiten Hälfte des Jahres 1960 wurde es bereits offenbar, daß die „deutsche Frage" sich auf das Problem Krieg oder Frieden reduziert hatte und die Bonner Vorstellungen über die Möglichkeit der Erhaltung des Status quo in Berlin eine vollkommene Illusion waren.

S c h w a c h e P o s i t i o n e n

Zwar glaubte die Bundesregierung — nicht zuletzt dank der Schützenhilfe, die ihr die SPD gewährte — durch Herrn v o n B r e n t a n o am 30. Juni 1960 vor dem Bundestag erklären zu können, sie sei „heute mehr denn je davon überzeugt,

daß ihre außenpolitischen Vorstellungen und Entscheidungen richtig waren", daß Westberlin „ein Teil des freien Deutschland" sei und daß es bedenklich wäre, „von der Bundesrepublik als einem Provisorium zu sprechen". Aber mit solchen tönenden Worten konnte man die tatsächliche Schwäche der Bonner Position in der Deutschland-Frage nur kurze Zeit verdecken. Als der Bund der Vertriebenen Ende August seinen „Tag der Heimat" demonstrativ nach Berlin verlegte, verfügte die Regierung der DDR eine fünftägige Sperre für Bundesbürger, denen sie das Betreten des „Demokratischen Sektors von Berlin" nur gestattete, wenn sie im Besitz einer Aufenthaltsgenehmigung waren. Mochte die Bundesregierung auch empört gegen „das Verhalten der Pankower Machthaber" protestieren, sie konnte nichts daran ändern, daß die Ostberliner Behörden ihre Maßnahmen ungestört durchführten und westdeutsche Besucher sich von der Volkspolizei Passierscheine geben ließen.

Es zeigte sich in diesen Tagen erstmals, daß die Taktik des Hinauszögerns von Berlin-Verhandlungen in eine Sackgasse geführt hatte. Der freie Personenverkehr in ganz Berlin — bislang ein Kennzeichen der Viersektorenstadt und ein letzter Rest gesamtdeutscher Hoffnung — konnte von der andern Seite gedrosselt werden, wenn sie es nur wollte. Man hatte in Bonn und Westberlin jahrelang von der Illusion gelebt, wenn man nur stereotyp behaupte, in Berlin dürfe „nichts geändert werden", dann würde sich auch nichts ändern. Aber noch ehe man es sich versah, stand man vor einem neuen fait accompli. Die fünftägige Besuchersperre war nur das Vorspiel zu einer größeren Aktion des Ostens gewesen. Am 8. September ordnete das Innenministerium der DDR eine generelle Genehmigungspflicht für die Einreise von Bundesbürgern nach Ostberlin an. Ernst Lemmer erklärte daraufhin: „Das ist eine flagrante Verletzung des Viermächte-Status und ein weiterer Angriff auf den Status quo." Aber der Viermächte-Status war ja längst schon — und zwar durch die 1948 vollzogene Einführung einer neuen Währung in den Westsektoren Berlins — in Frage gestellt worden, und ein Status quo läßt sich nicht dadurch erhalten, daß man ihn ständig beschwört. Wie schmal die Rechtsgrundlage für die Alliierten in Berlin ist, erwies sich an den westlichen Reaktionen auf die Maßnahmen vom 8. September. Die Westmächte beschränkten sich darauf, der Sowjetunion eine Note überreichen zu lassen. Was sollten sie auch anderes tun? Sollten sie schießen, weil die Vopo an den Übergangsstellen zum Ostsektor Berlins westdeutschen Bürgern gestempelte Papiere überreichte?

Die Bundesregierung glaubte jedoch, eine energische Antwort auf die „Anmaßung von Befugnissen durch das Ulbricht-Regime" erteilen zu müssen. Sie drohte die Kündigung des Interzonenhandelsabkommens an. Wie wenig dieser Schritt als „Gegenmaßnahme" wirksam sein konnte, sollte sich sehr bald herausstellen. Jedem Kenner der Sachlage war es von vornherein klar, daß die Bundesregierung mit einer solchen „Gegenmaßnahme" vor allem der Bevölkerung Westberlins geschadet hätte. Durch die Kündigung wären nämlich automatisch die Zusatzabkommen hinfällig geworden, durch die der Güterverkehr zwischen Westberlin und der Bundesrepublik auf den Verbindungswegen der DDR geregelt worden war.

Was blieb der Bundesregierung also anderes übrig, als ihre Drohung nach einiger Zeit sang- und klanglos fallen zu lassen?

Auch der Versuch Bonns, den Abschluß eines Handelsabkommens zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion von der Aufnahme einer Berlin-Klausel abhängig zu machen, war zum Scheitern verurteilt. Der sowjetische Botschafter Smirnow weigerte sich, seinen Namen unter den schon fertigen Vertrag zu setzen, als er entdeckte, daß man einen Passus über Berlin hineinmanipuliert

hatte. Und wieder mußte Bonn einen Rückzieher machen. Nach einigem Hin und Her wurde das Abkommen am 31. Dezember 1960 unterzeichnet — ohne Berlin-Klausel. Alle diese unerfreulichen Geschehnisse offenbarten die widersprüchliche Haltung Bonns in der deutschen Frage. Man kann nicht den Anspruch erheben, die gesamtdeutschen Interessen zu vertreten, und zugleich eigene Deutschlandverhandlungen unter Hinweis auf die „Viermächte-Verantwortung" ablehnen. Man kann auch nicht auf den „Viermächte-Status" in Berlin pochen und gleichzeitig Westberlin de facto wie ein Bundesland behandeln wollen. Da Westberlin eben kein Bestandteil der Bundesrepublik ist, hat Bonn auch keinerlei rechtliche Handhabe, um sich in der Berlin-Frage stark machen zu können. Die Bundesregierung könnte nur unter einer einzigen Bedingung einen positiven Beitrag zur Lösung des Berlin-Problems leisten: Sie müßte bereit sein, die gesamte deutsche Frage (und damit auch den Komplex Berlin) durch Verhandlungen über einen Friedensvertrag zu lösen.

Es war deshalb nichts als eine leere Drohung, als die Bundesregierung am 14. September 1960 durch ihren Sprecher erklären ließ: „Jede Annahme, den drei Westmächten und der Bundesregierung ständen nicht mehr und nachhaltigere Mittel zur Abwehr sowjetzonaler Rechtsbrüche zur Verfügung, wäre ein verhängnisvoller Irrtum." Welche „nachhaltigen" Mittel glaubte die Bundesregierung zu besitzen? Und was stand den Westmächten denn eigentlich zu Gebote? Es gab keine „nachhaltigen Mittel". Es gab nur die Alternative: verhandeln oder schießen. Das war im Letzten zum Inhalt der deutschen Frage geworden.

Man konnte selbstverständlich versuchen, sie in der Schwebe zu halten, die Entscheidung hinauszuzögern. Das war ganz offensichtlich die Absicht der Bundesregierung. Aber es sollte sich erweisen, daß die Taktik des Vertagens falsch war und zur Einengung des Verhandlungsspielraums führen mußte. Die Zeit arbeitete nicht für Bonn.

Das böse Erwachen

Sorgfältig registrierte die konformistische Presse der Bundesrepublik im Laufe der nächsten Monate jede Stimme, die sich in Amerika, England oder Frankreich gegen Verhandlungen und für eine „harte" Politik gegenüber dem Osten erhob. Brandt und Adenauer reisten (es war ja ein Wahljahr!) zu Kennedy und beschworen ihn und die amerikanische Öffentlichkeit, in der Berlin- und Deutschland-Frage „fest" zu bleiben. Statt auf Gespräche mit der Sowjetunion zu dringen und die ohnehin kritische Situation zu entschärfen, glaubte die Bundesregierung den NATO-Rat in der Berlin-Frage bemühen zu müssen. Der vom 8. bis 10. Mai 1961 in Oslo tagende Ministerrat der NATO war jedoch nicht bereit, auf einen besonders scharfen Kurs zu gehen. Er ließ sich lediglich dazu herbei, in seinem Schlußkommuniqué kurz zu wiederholen, was er bereits am 16. Dezember 1958 erklärt hatte. War die Zeit zum Stillstand gekommen? War in den zweieinhalb Jahren nichts geschehen, was die Lage verändert hatte? Wie immer, sprach man von „Freiheit", „Selbstbestimmung" und „Entschlossenheit" und bedauerte, „daß in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands keine Fortschritte erzielt worden sind". In der Tat — von Fortschritten konnte keine Rede sein. Wenn etwas „erzielt" worden war, dann war es eher ein Rückschritt. Der Sommer 1961 brachte nach dem Treffen Chrustschows mit Kennedy (am 4./5. Juni in Wien) eine Fülle westlicher und östlicher Vorschläge, Erklärungen, Noten, Memoranden und Reden zum Deutschland- und Berlin-Problem. In der Bundesrepublik aber wagte man es, angesichts des beginnenden Wahlkampfes die Schicksalsfragen des deutschen Volkes aus der politischen Diskussion auszuklammern. Die

beiden großen Parteien überboten sich mit Wohlstandsparolen und traten frohgemut den Kampf um die Wählerstimmen an, als ginge es nur darum, wer die Fortdauer des „Wirtschaftswunders" besser sichern könne — Konrad Adenauer oder Willy Brandt. (Die DFU war die einzige Partei, die an dem gespenstischen Tanz um das Goldene Kalb nicht teilnahm und auf den furchtbaren Ernst der Lage hinwies.)

Dann kam der 13. August und mit ihm das böse Erwachen. Der 13. August 1961 zwang nicht nur die großen Parteien, eiligst ihre Wahlplakate zu überkleben. Die beklagenswerte Abriegelung Westberlins führte dazu, daß man — wenn auch viel zu langsam — in der Bundesrepublik zu begreifen begann, vor welche Realitäten man eines Tages gestellt sein kann, wenn man jahrelang davon gelebt hat, sie geflissentlich zu ignorieren. Eine Wirklichkeit, die längst bestand, trat sichtbar in Erscheinung. Aber diese Wirklichkeit ist nicht zufällig entstanden. Sie ist das Ergebnis einer verfehlten Politik.

„Berlin liegt nicht auf dem Boden der Sowjetzone", war uns immer wieder erklärt worden, und diese Auffassung hatten sich auch die Westmächte in einigen ihrer Noten an die UdSSR zu eigen gemacht. Aber wo lag und liegt denn Berlin? In Utopia? Seit dem 13. August kann jedermann wissen, wo es lag und liegt. Seit dem 13. August hat Westberlin alle jene Funktionen verloren, die Kennedy diesem Teil der ehemaligen Reichshauptstadt noch drei Wochen zuvor in seiner Fernsehrede glaubte zuschreiben zu können. Er hatte Westberlin ein „Schaufenster der Freiheit", „Leuchtfeuer der Hoffnung", „Bindeglied zur freien Welt", „Schlupfwinkel für Flüchtlinge" genannt, und es schien so, als läge es in den Möglichkeiten des Westens, diesen Zustand nach Belieben verlängern zu können. Es war der entscheidende Fehler in der politischen Kalkulation Bonns und des Westens, anzunehmen, daß sich in Berlin nichts ändern würde, wenn man nur den von der Sowjetunion vorgeschlagenen Verhandlungen auszuweichen verstand. Der bekannte amerikanische Publizist Walter Lippmann sieht hierin den grundlegenden Irrtum der sogenannten „hartgesottenen Schule". In einem Kommentar zur Berlin-Frage, der vom „Herald Tribune" veröffentlicht wurde, schreibt Lippmann über die unversöhnlichen Vertreter des „harten Kurses": „Sie können es sich einfach nicht vorstellen, daß der Status quo in Westberlin sich bereits radikal durch die Aktion vom 13. August mit der Errichtung der Mauer geändert hat. Wenn man nur verharrt und sich weigert, zu verhandeln, dann kann man doch nicht in die Situation zurückkehren, ein Schaufenster in Richtung Ostdeutschland zu sein. Es hat aufgehört, ein Stützpunkt für die Befreiung Ostdeutschlands zu sein. Wenn nicht für diese halbe Stadt eine Art von Zukunftsaussicht durch Verhandlungen geschaffen wird, dann wird Westberlin ein gestrandetes Schiff sein, das ohne Treibstoff und ohne Ruder in der See treibt. Darum ist es nicht wahr, zu behaupten, in Verhandlungen über Westberlin könnten wir nur verlieren und hätten nichts zu gewinnen. Diejenigen, die das behaupten, sehen nicht ein, was in Westberlin am 13. August passiert ist, und sie denken immer noch, daß Westberlin das ist, was es in den Tagen der Partnerschaft zwischen Adenauer und Dulles gewesen ist. Die Wahrheit ist, daß Westberlin heute eine geschlagene Stadt ist, eine Stadt ohne Zukunft. Und wenn man verhandelt, dann heißt das nicht, daß man kapituliert, sondern daß man versucht, mehr herauszuhandeln von dem, was nötig ist und was wir nicht besitzen. Was wir im Augenblick nicht besitzen, ist eine sichtbare Zukunft für Westberlin.

Wir können keine sichtbare Zukunft für Westberlin haben, wenn wir darüber nicht ein vernünftiges Abkommen mit der Sowjetunion treffen. Wenn wir das aushandeln können — was noch gar nicht mal so sicher ist —, dann würde das nicht Kapitulation bedeuten. Man würde damit etwas erreichen, was ein gut Teil

besser wäre als dasjenige, was heute existiert, und vielleicht sogar noch besser als das, was vor dem 13. August existierte."

Die rauhe Wirklichkeit

Was existierte denn vor dem 13. August? Man hatte in der Bundesrepublik, vor allem aber in Westberlin völlig falsche Vorstellungen über die Rechte der westlichen Alliierten und den tatsächlichen Status von Berlin genährt. Anders läßt es sich nicht erklären, wie es möglich war, daß am 16. August auf einer Protestversammlung in Westberlin Transparente mit den Aufschriften gezeigt wurden: „Papierne Proteste stoppen keine Tanks", „Wir verlangen einen Wirtschaftsboykott", „Werden wir vom Westen betrogen?", „Passivität ist Verrat an Berlin". Da Willy Brandt am 13. August über den Sender Rias erklärt hatte: „Senat und Bevölkerung von Berlin erwarten, daß die Westmächte energische Schritte bei der sowjetischen Regierung unternehmen werden", darf es nicht verwundern, wenn die Westberliner drei Tage später enttäuscht waren. Der amerikanische Außenminister Dean Rusk hatte selbstverständlich gleich protestiert, aber er hatte auch die beachtliche Bemerkung gemacht: „Die vorliegenden Berichte deuten darauf hin, daß sich die bisher getroffenen Maßnahmen ... nicht gegen die Position der Alliierten in Westberlin oder den Zugang nach Westberlin richten." Der Ständige NATO-Rat in Paris, von dem man ebenfalls energische Schritte erwartet hatte, ließ bekanntgeben, daß er die Entwicklung in Berlin mit „Wachsamkeit" verfolgen werde, Berlin aber nicht zum Bereich der NATO gehöre. Auch in Bonn stieg man plötzlich vom Podest der starken Worte in die Niederungen der rauhen Wirklichkeit herab. Ernst Lemmer ließ, vor dem Brandenburger Tor stehend, über das Deutsche Fernsehen eine Mahnung an „seine" Westberliner und „seine" Ostberliner ergehen, „Ruhe und Disziplin zu halten", und er deutete ihnen vielsagend an, „daß es Entscheidungen auf dem Felde der hohen Politik geben wird". Allerdings — wo denn sonst? Diejenigen, die stets erklärt hatten, daß sie „nicht unter Druck verhandeln" würden, riefen jetzt: „Lassen uns die Amerikaner im Stich?" und: „Die Mauer muß weg!" Dean Rusk aber hatte es deutlich zu verstehen gegeben: Die Mauer hat mit der Position der Alliierten in Westberlin nichts zu tun. Sie richtet sich nicht gegen die Rechte der Westmächte.

Um diese Rechte geht es jetzt, nachdem man sich darauf zurückgezogen hat, das Westberlin-Problem isoliert von der Deutschland-Frage zu behandeln.

Worauf beruhen diese Rechte, und was beinhalten sie?

Die Rechte der westlichen Alliierten

Das Berlin-Problem entstand als Folge der bedingungslosen Kapitulation und der Viermächte-Besetzung Nazi-Deutschlands. Die Einteilung Berlins in vier Sektoren war von den Siegermächten schon während des Krieges beschlossen worden. Aber wie die Aufgliederung Deutschlands in Besatzungszonen, so war auch die Berlin-Besetzung nur als Provisorium gedacht, das bis zum Abschluß eines Friedensvertrages dauern sollte. Berlin sollte Sitz des Alliierten Kontrollrats sein, dem es aufgetragen war, die Zahlungen von Reparationen zu überwachen, die Wirtschaftseinheit der vier Besatzungszonen sicherzustellen und die politische Neuordnung der Verhältnisse bis zur Schaffung eines deutschen Staatswesens zu regeln.

Die logische Grundlage für die Anwesenheit der westlichen Besatzungsmächte in Berlin ergab sich also aus der ursprünglichen Absicht der vier Alliierten, ganz Deutschland als Einheit zu betrachten und als Ganzes zu verwalten. Das war im Potsdamer Abkommen festgelegt worden. Trotz der Einteilung Deutschlands in

vier Besatzungszonen hatte man in Potsdam bestimmte Aufgaben ausdrücklich zu „gemeinsamen Problemen" der Siegermächte erklärt: die Entmilitarisierung und Entnazifizierung ganz Deutschlands, die Abschaffung der Kartelle, das Vorhandensein einer einheitlichen Währung, ein gleichartiges Zollsystem usw. In Potsdam glaubte man noch an den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages. Man hatte sich auch auf eine Revision der deutschen Ostgrenze geeinigt und wollte ihren Verlauf endgültig durch eine Friedenskonferenz sanktionieren lassen. Die Zustimmung der Westmächte zur „Umsiedlung" der deutschen Bevölkerung jenseits von Oder und Neiße (ursprünglich von C h u r c h i l l vorgeschlagen) kann keinen Zweifel daran lassen, daß der Friedensvertrag bestenfalls nur geringfügige Veränderungen der Grenzlinie erbringen sollte.

Mit Recht hat der amerikanische Professor F. W. N e a l in einer eingehenden Untersuchung zum Berlin-Problem (War and Peace and the Problem of Berlin, New York, 1961) das sowjetische Drängen auf den Abschluß eines Friedensvertrages mit der Grenzfrage und der Berlin-Krise in Verbindung gebracht. N e a l ist der Meinung, daß diejenigen, welche glauben, in Berlin stünde die westliche Sicherheit auf dem Spiel, überhaupt nicht wissen, „was die Russen wirklich über Berlin vorschlagen". Was schlagen sie denn eigentlich vor? fragt N e a l, und er gibt dann die Antwort: „Nicht, daß die Vereinigten Staaten ‚aus Berlin verdrängt' werden sollen. Wir würden vollkommen berechtigt sein, uns zu weigern, daß wir ‚aus Berlin hinausgedrängt' werden, aber die Russen schlagen das ja gar nicht vor. Wir haben auch recht, wenn wir zu unseren Verpflichtungen gegenüber den Westberlinern stehen — ‚den freiheitsliebenden Westberlinern' —, um sie vor dem Kommunismus zu schützen, wie man so schön sagt. Nachdem wir so laut und so oft diese Verpflichtungen betont haben — ob sie nun weise sind oder nicht —, können wir sie natürlich nicht plötzlich ignorieren. Aber die Russen verlangen das ja gar nicht. Was die Russen wollen, ist ein deutscher Friedensvertrag, der ihren ostdeutschen Staat und die Oder-Neiße-Grenze mit Polen normalisieren und formell bestätigen würde und der die höchst anomale Teilung Berlins normalisieren und formell bestätigen würde. Herr C h r u s t s c h o w hebt hervor, ein solcher Vertrag könnte die Stationierung amerikanischer und anderer westlicher Truppen in Westberlin vorsehen. Er könnte sogar das vorsehen, was wir jetzt nicht haben, trotz einiger gegenteiliger Behauptungen, — das legale Recht des Durchgangs durch das Territorium Ostdeutschlands. Wollen wir das? Oder wenn nicht, warum nicht? Und was wollen wir eigentlich?"

Ja, was wollen die Amerikaner? Offensichtlich ist sich Washington in Übereinstimmung mit London, aber im Gegensatz zu Paris und Bonn, darüber klar geworden, daß man sich nicht länger gegen Berlin-Verhandlungen sträuben kann, wenn man nicht noch mehr Terrain verlieren will. Man weiß in den USA und in Großbritannien sehr wohl, daß alle interalliierten Vereinbarungen über die Anwesenheit westlicher Truppen in Berlin unter Voraussetzungen eingegangen wurden, die längst nicht mehr zutreffen.

Die westlichen Alliierten konnten am 1. Juli 1945 ihre Truppen durch die sowjetische Besatzungszone nach Berlin schicken, weil von hier aus die Viermächte-Kontrolle ganz Deutschlands im Hinblick auf einen neuen Staat mit der Hauptstadt Berlin vorgenommen werden sollte. Die Viermächte-Kontrolle brach zusammen, eine Friedenskonferenz kam nicht zustande, und die Potsdamer Beschlüsse blieben auf dem Papier stehen. Stattdessen errichteten die Westmächte unter amerikanischer Führung aus ihren drei Besatzungszonen einen selbständigen Staat: die Bundesrepublik. Die Sowjetunion zog nach und schuf die DDR. Damit hatte sich die gesamte Situation in Deutschland geändert. Zwar wäre auch noch nach 1949 eine Vereinigung Deutschlands möglich gewesen, aber das konnte

nur auf dem Wege über ein Abkommen mit der Sowjetunion erreicht werden. Da die Sowjetunion der Wiedervereinigung erklärlicherweise nur zustimmen wollte, wenn damit n i c h t die Einbeziehung Gesamtdeutschlands in die gegen die UdSSR gerichtete NATO verbunden war, und die verantwortlichen Politiker der Bundesrepublik der westlichen Militärpolitik der Vorrang vor der Wiedervereinigung gaben, blieb die deutsche Frage ungelöst. Das mußte sich früher oder später auf die Situation in Berlin auswirken.

Für die Anwesenheit ihrer Truppen in den drei Westsektoren Berlins können sich die westlichen Alliierten auf zwei der vier Deklarationen berufen, die am 5. Juni 1945 in Karlshorst von den vier Oberbefehlshabern der Siegermächte veröffentlicht wurden. Sie erhielten zunächst das Recht, militärische Einheiten in Berlin zu stationieren, aber der Alliierte Kontrollrat traf erst später mehrere Abkommen, die den Transport und die Versorgung der westlichen Truppen in Berlin regelten. Es ist wichtig, festzustellen, daß diese Vereinbarungen sich nur auf die Westmächte beziehen und die deutschen Bewohner Westberlins in diesen Dokumenten überhaupt nicht erwähnt werden. Die genannten Abkommen betrafen den allierten Fracht- und Personenverkehr von und nach Berlin (10. Sept. 1945), die Schaffung von drei Luftkorridoren für die Westmächte (30. Nov. 1945) und den Binnenschiffahrtsverkehr zur Versorgung der westlichen Garnisonen (30. Mai 1956).

Die sogenannten „originären" Rechte der westlichen Alliierten, auf die Außenminister S c h r ö d e r neuerdings so viel Wert legen möchte, gehen also auf einige provisorische Regelungen zurück, die man nach dem Krieg getroffen hat. Diese Regelungen — nicht aber die Mauer — werden Gegenstand der Verhandlungen sein, die die angelsächsischen Mächte in der Westberlin-Frage führen wollen.

Was in Berlin am 13. August geschehen ist, ist eine Angelegenheit der Deutschen. Sie kann nur von den Deutschen selber bereinigt werden. Die Mauer könnte verschwinden, und noch heute könnte ganz Berlin zu dem werden, was es nach den ursprünglichen Vorstellungen von 1945 hätte sein sollen: der Ansatzpunkt zur Lösung der deutschen Frage. Das würde aber nur möglich sein, wenn wir endlich die Lehren aus zwei verlorenen Kriegen ziehen, der verhängnisvollen militärischen Machtpolitik entsagen und uns entschlossen dem Gedanken der N e u t r a l i t ä t zuwenden würden. Wir müssen den Mut aufbringen, in Mitteleuropa, zwischen West und Ost, das Wagnis des Friedens einzugehen. Wir können bei diesem Wagnis nur gewinnen.

Dr. E r n s t S c h w a r z

Der Friede und die Idee der Neutralität

Zwei Vorgänge haben in jüngster Zeit die Welt besonders bewegt: die russischen Atomtests und die Errichtung der Mauer mitten durch Berlin. Beides soll angeblich — so C h r u s t s c h o w, so Pankow — dem Frieden dienen. Wir finden eine solche Sprachregelung absurd und lächerlich, aber ist sie das wirklich? Was soll denn nicht alles dem Frieden dienen, wenn wir an die im Westen unbestrit-

tene eiserne Wahrheit des Satzes denken: Sie vis pacem, para bellum? Der Satz ist richtig, aber da es schon keine absolute Wahrheit gibt, so ist auch dieser Satz nicht absolut richtig. Zwar: wer mit der Gefahr eines Angriffs rechnen muß, tut gut, entsprechend zu rüsten, um den Gegner dadurch abzuschrecken; so kann er tatsächlich dem Frieden dienen. Aber Mars hat zwei Gesichter: was auf der einen Seite nur der Verteidigung dienen soll, wirkt auf der anderen Seite als Herausforderung.

Man sagte in bezug auf die russischen Atomtests, sie seien ein Verbrechen an der Menschheit, in bezug auf die Mauer in Berlin, sie sei ein Verbrechen an der Bevölkerung der Ostzone. Das trifft unbedingt zu, ist aber doch nicht die ganze Wahrheit. Lord Russell hat seinen Briefwechsel mit Chrustschow abgebrochen, weil dessen Erklärung, die Tests dienten dem Frieden, ihm jeden weiteren Meinungsaustausch sinnlos erscheinen ließ. Und doch ist diese Erklärung nicht so ganz abwegig, wenn man sich an die alte Wahrheit von Si vis pacem, para bellum erinnert. Ähnliches gilt für die Mauer in Berlin, die wir in begreiflicher Entrüstung als „Schandmauer" bezeichnen und die in der Tat ein Dokument gesamtdeutscher Schande ist, weil wir nichts oder nicht genug getan haben, um die zu dieser Mauer führende Entwicklung zu verhindern. Die russischen Atomtests wurden übrigens, wie sich jetzt herausgestellt hat (nach Erklärungen des amerikanischen Atomphysikers Prof. H. A. Bethe), keineswegs durchgeführt, um der Menschheit einen neuen, noch größeren Atomschrecken einzujagen, sondern sie hatten eine ganz nüchterne waffentechnische Zielsetzung und sind damit eine legitime Frucht des Kalten Krieges. So wenig Zynismus also hierin bei den Russen mitsprach, so wenig ist es zynisch von den Amerikanern, wenn sie nun ebenfalls neue Tests vorbereiten. Eher könnte ein gewisser Zynismus darin liegen, wenn derartige Tests als ein Mittel zur Erhaltung des Friedens bezeichnet werden, doch der Propaganda ist ja bekanntlich alles recht. Immerhin, die Wahrheit des Satzes: Sie vis pacem, para bellum schimmert durch.

Dieser Satz steht und fällt indessen mit dem Prinzip der Machtpolitik selbst. Wir werden aus dem Schwerefeld der Machtpolitik nur herauskommen, wenn wir den Frieden um seiner selbst willen und unbedingt anstreben, nicht aber den indirekt durch Vorbereitung des Krieges gesicherten Frieden. Dieser Frieden mit dem Krieg im Hintergrund ist der gefährlichste Doppelgänger des wahren Friedens.

Aber wie kann man diesem wahren Frieden ohne die stetige Bereitschaft zum Krieg näherkommen, wenn es eine Macht — Sowjetrußland — gibt, die Unfrieden überallhin trägt, die die Weltrevolution und die Versklavung will?

Die grundlegende Frage ist, ob wir damit die Sowjetunion richtig beurteilen. Indem wir aber diese Frage stellen, nehmen wir nicht mehr von vornherein Partei, stellen wir uns außerhalb einer sich bedroht fühlenden Gemeinschaft, und sofort sieht uns diese schon ganz im Lager des Gegners. Diese Reaktion der weißen Schafe, jeden, der nicht mitblökt, auszustoßen und zum schwarzen Schaf zu erklären, auch wenn ers nicht ist, ist eine Hauptursache der Verfeindung. Daß sie einen so gewaltigen Umfang unter den christlichen Nationen angenommen hat, beweist, daß sie vom Christentum nur beleckt worden sind, seine Lehren aber nicht erfaßt und angenommen haben.

Wir müssen den Satz Si vis pacem . . . umdrehen, um die ganze Wahrheit zu erkennen. Er lautet dann: Wenn du den Krieg nicht willst, bereite den Frieden vor: indem wir dem Gegner Gerechtigkeit widerfahren lassen, indem wir alle Parteiung ablehnen, indem wir auch bei verschiedenen Auffassungen sachlich bleiben und immer das gemeinsame Menschliche sehen, indem wir uns möglichst „neutral" verhalten. An alledem fehlt es heute.

81 Prozent aller befragten Amerikaner sollen sich dafür erklärt haben, lieber den Atomkrieg zu wollen, als unter dem Kommunismus zu leben (in England nur 21 Prozent!). Ist das nun Heroismus oder organisierter, epidemischer Wahnsinn? Haben diese Leute eine richtige Vorstellung vom Atomkrieg und vom Kommunismus? Hat sie etwa gar die Angst, andernfalls selbst für Kommunisten gehalten zu werden, zu ihrer Antwort, zu dieser Solidarität des Wahnsinns veranlaßt? Oder ist es ganz einfach ihr entschiedener Wille, frei zu sein, der sie so antworten läßt?

Nun, dieser Wille in Ehren — er ist für uns alle etwas Selbstverständliches! —, aber sind diese Leute auch geistig frei? Oder sind sie, ohne sich dessen bewußt zu werden, in den Sog einer weltweiten Verfeindungstendenz geraten?

Gehen wir aber einmal zunächst davon aus, daß die Bedrohung durch den Kommunismus sehr ernst zu nehmen sei. Man kann dies ja auf keinen Fall leugnen, solange nicht das Gegenteil bewiesen oder wahrscheinlich ist. Aber da gibt es Leute, die, ohne sich um hinreichende Beweise zu bemühen, auf den hochgehenden Wogen des Antikommunismus reiten und, angefacht von einer überhitzten öffentlichen Meinung, alle, die sich von ihnen nicht mitreißen lassen wollen, zu einfältigen und unverbesserlichen Schwachköpfen stempeln. Nur sie erkennen die finsteren Absichten des Gegners, und nur sie erkennen wahrhaft den Wert dessen, was gegen ihn verteidigt werden muß. Sie brauchen und können dies nicht beweisen, die Autorität für ihre Behauptungen wächst ihnen allein aus der Erregung der angesprochenen Massen zu. Fanatisch wie Derwische erzeugen sie mit ihren Kassandrarufen eine abergläubische Angst, werden aber auch selbst dem Teufel, den sie beschwören, immer ähnlicher.

Wer das Dritte Reich auf der Seite des Widerstandes erlebt hat, dem ist diese Art von Hetzaposteln wohlbekannt. Hitler war ja der geradezu klassische Antikommunist, und der von ihm geprägte faschistische Antikommunismus ist auch heute vielfach anzutreffen. Diese Nazi-Antikommunisten wußten angeblich allein um die wirkliche Gefahr des Bolschewismus, sie allein waren es angeblich, die mit vollem Bewußtsein um all das kämpften, was dem Menschen heilig ist. Auch sie sprachen von der „schöpferischen Persönlichkeit des Unternehmers", von der „Würde des Menschen" u.s.w.

Diese Trommler und Trompeter vorbereitender Kriegsstimmung beeinflussen in unheilvoller Weise die öffentliche Meinung, da sie ja nicht mit sachlich-nüchternen Argumenten arbeiten, sondern dem dünnen Aufguß ihrer Argumentation den berauschenden Fusel der Massenpropaganda hinzufügen.

Ihre Wirkung gründet sich nicht nur auf ihre eifernde Aktivität, sondern ganz besonders auf zwei psychologische Faktoren. Wer den Leuten plausibel macht, daß sie bedroht seien, appelliert an einen Urinstinkt, und damit zieht er sie leicht auf seine Seite. Ferner wird der Gegner nach einem Prinzip dargestellt, das die Psychologen Heterostereotypie nennen. Dieses streotype, überdimensionale und abstoßende Bild des Gegners — das nun im hier behandelten Falle keineswegs ganz ohne Wahrheitsgehalt ist — ist überdies unkorrigierbar, was auch immer jenseits der Bretter vorgehen mag, mit denen diesen Marktschreiern die Welt vernagelt ist; man könnte sich ja sonst in die so schöne Rolle des geistig und moralisch Überlegenen nicht mehr hineinsteigern.

Wenn z. B. in der Sowjetunion gerade der Mann vom Sockel seiner Denkmäler gestürzt wird, der für uns im Westen den Bolschewismus in seiner abstoßendsten Form verkörpert, so wird das nicht gesehen als das, was es wirklich ist — als ein Vorgang von weltgeschichtlicher Bedeutung —, sondern es wird das nur beiläufig zur Kenntnis genommen, ohne Schlüsse daraus zu ziehen. Fast scheint es so, als könne man es nicht recht verantworten, dem Gegner etwas zugutezuhalten. Höch-

stens rechnet man sich aus, daß jener Vorgang Auswirkungen hinter der Mauer haben könnte, und man wirft die Frage auf, ob der Westen in diesem Fall seine Chancen besser wahrnehmen werde, ob er dafür besser gerüstet sei als seinerzeit bei dem Aufstand in Ungarn (Christ und Welt v. 24. 11. 61).

Verlegenheit bereitet es, wenn ein führender Kommunist glaubwürdig von der Freiheit spricht. Der Warschauer Universitätsprofessor Adam Schaff, Chefideologe der polnischen kommunistischen Partei, hielt kürzlich in Genf einen Vortrag, „wo das Schweizer gelehrte Publikum kaum glauben wollte, einen leibhaftigen Kommunisten vor sich zu haben, der ernsthaft und dazu noch gescheit von der Freiheit redet" (FAZ v. 30. 11. 61). Schaff schreibt in „Przeglad Kulturalny" unter anderem: „Freiheit ist eine nicht weniger wichtige Voraussetzung für die Entfaltung der menschlichen Individualität als die Befriedigung materieller Bedürfnisse", und „zweifellos würde es die endgültige Niederlage der kapitalistischen Welt bedeuten, wenn sie ihre Trumpfkarte der angeblichen Verteidigung der individuellen Freiheitsrechte im Kampf mit dem Kommunismus verlöre" (nach FAZ). Kommunismus ohne Sklaverei? Nein, das kann, das darf es nicht geben, das kann nur ein unglaublicher Betrug sein, denn damit würde auch eine der höchsten Trumpfkarten westlicher Propaganda verloren gehen.

Die Machtpolitiker und ihre Propagandisten geben vor, daß sie allein mit den „Realitäten" rechnen und sie richtig beurteilen. Zweifellos ist es realistisch, wie die politischen und militärischen Führer die Welt sehen, aber darüber hinaus gibt es Realitäten, die erst im Werden sind, die erst in Sicht kommen, in der Nahsicht der Machtpolitiker aber nicht erkannt werden. Das politische Handwerk ist ein hartes Handwerk, und man muß — durch entsprechenden Machtwillen, durch Einverständnis mit den elementaren menschlichen Antrieben — dafür geschaffen sein. Wer dies ist, für den gibt es neben der eigenen Gefolgschaft nur Gegner, die er zu schlagen sucht, und außerdem „Neutralisten" oder Pazifisten, die er verachtet. Hitler ist auch hier wieder beispielhaft. In seinem „Zweiten Buch" findet sich ein ganzes Kapitel mit der Überschrift „Keine Neutralität"; er spricht von den „feigen Neutralitätsauffassungen" nicht anders, als dies auch heute geschieht.

Das Nächstliegende und das Notwendige

Und doch ist unschwer zu sehen, daß der Friede, als der Ausgleich der Gegensätze, nur auf einem „neutralen" Boden — im geistigen oder im physischen Sinne — gedeihen kann. Für die ideologischen Dogmatiker dagegen ist zwischen den Gegensätzen Wüste, sie dulden nichts dazwischen, so wenig, wie die Machtpolitiker einen machtleeren Raum dulden. Ein machtleerer Raum, sagen sie, sei Gegenstand ständiger Bedrohung, ständiger Sorge. Das kann zutreffen, aber ebenso ist es möglich, daß dieser machtleere Raum ein Ort des Friedens und eine Bürgschaft der Entspannung wäre. Diese letztere Möglichkeit zu sehen und zu schaffen, ist die Aufgabe des großen christlichen Staatsmannes. Der Staatsmann, der etwas preisgibt, was nur irgendwie gehalten werden kann, ist kein Staatsmann, — aber auch umgekehrt. Wer zu halten versucht, was eindeutig verloren ist, blickt zurück statt voraus. Die Bezeichnung „christlicher" Staatsmann verdient derjenige, der so weit im Sinne weltverbindender christlicher (oder auch nur human-ethischer) Denkweise über die Grenzen der Machtpolitik hinausgeht, als es die Verhältnisse nur irgend gestatten, natürlich ohne die notwendigen Sicherungen zu vernachlässigen. Ein Staatsmann, der nach der Katastrophe schwört, niemals zu den Waffen zu greifen, und es dann doch tut, sobald die Stunde dafür wieder günstig ist (und ihn die gleichen Kräfte dazu drängen, die ihn vorher davon abgehalten haben), verdient jene Bezeichnung nicht. Es wäre aber auch irrig, zu glauben, daß ein Staatsmann nach Belieben auf Neutralität schalten

könne; dazu bedarf es vielmehr ganz spezifischer Voraussetzungen. Diese Voraussetzungen waren in der Bundesrepublik nach 1945 in einer geschichtlich vielleicht einzigartigen Weise gegeben.

Es ging nach dem letzten Krieg in Westdeutschland nicht darum, das Nächstliegende mit den alten, primitiven Methoden der Machtpolitik zu tun, wir hatten vielmehr mit der alten Schuld eine neue, besondere Verantwortung übernommen. Diese Verantwortung war außerordentlich, denn ein neues Zeitalter war angebrochen, das Zeitalter der Atomwaffen und einer neuen Verteilung der Macht in der Welt. Aus der Katastrophe wieder auftauchend, haben wir ihre Lehre und die neue Weltsituation nicht begriffen. Wir distanzierten uns äußerlich von Hitler, gerieten aber, da kein tiefer, wahrhafter Gesinnungswandel eingetreten war, ohne es zu merken, bald wieder in dieselben holprigen Gleise der Machtpolitik, und über Nacht wurden wir so zum Initialzünder des riesigen amerikanisch-englischen Arsenals von Atomwaffen. Eine Gegenkraft hätten die christlichen Kirchen sein können, aber die katholische Kirche denkt als eine Weltorganisation mit Ausschließlichkeitscharakter, selbst machtpolitisch, und die evangelische Kirche unterwirft sich der Obrigkeit.

Diese in wesentlichen Punkten passive Politik wurde paradoxerweise als „Politik der Stärke" bezeichnet; sie wurde schließlich mit der Mauer durch Berlin beantwortet. Es gab im Nachkriegsdeutschland nur zwei Möglichkeiten: einmal das Westbündnis, das jetzt zu der Mauer geführt hat, oder ein aus den beiden feindlichen Machtbereichen ausgeklammertes Gesamtdeutschland. Für das Westbündnis sprach vieles, was auf der Hand lag. Für die Neutralität sprach noch einiges mehr, was allerdings nicht auf der Hand lag. Das Westbündnis war ein allem Anschein nach damals sicheres, auf lange Sicht jedoch schlechtes Geschäft. Bündnisfreiheit wäre zweifellos ein großes Wagnis gewesen, mit keinem geringen Maß an Unsicherheit, aber auf lange Sicht eine Sache mit außerordentlichen Chancen, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt. Auch hier gilt die alte Wahrheit: Je größer das Risiko, um so größer die Chance. Übrigens ist auch das Risiko des Westbündnisses nicht gering. Der Osten könnte leicht, wie Liddell Hart (Zürcher Woche vom 13. 10. 61) nachgewiesen hat, nach Westen vorstoßen und dann die Westmächte vor die Wahl stellen, entweder atomaren Selbstmord zu begehen oder sich billigen Bedingungen zu fügen, mit denen die sogenannte Bedrohung des Ostblocks vom Westen her endgültig beseitigt werden würde.

Nun heißt es: Die Mauer muß weg! Die Mauer könnte wohl verschwinden, wenn an ihrer Stelle eine unsichtbare Mauer — der sogenannte Friedensvertrag mit der Zone — errichtet würde. Eine andere Lösung ist heute nicht sichtbar. Theoretisch bestünde noch die Möglichkeit, daß unter der Schutzglocke der Neutralität oder vielleicht auch noch der „Koexistenz" die Mauer abgetragen würde, doch dafür sind die Voraussetzungen kaum mehr gegeben. Damit aber ist die bundesdeutsche Machtpolitik am Ende.

Die Disengagement-Pläne sind verworfen worden. Das konnte nicht gut anders sein, denn sie liegen außerhalb des Horizontes von Machtpolitikern. Die SPD, die Labour Party hatten dafür eine gewisse Neigung, aber sie haben sich dann doch den Argumenten der Machtpolitiker gebeugt. Man sagt, Neutralität sei der geschichtlichen Entwicklung und der Lage der kleinen Schweiz angemessen, nicht aber einer großen Industriemacht in der Mitte Europas. Das ist an sich richtig, aber man hat nicht begriffen, daß die Idee der Neutralität im Atomzeitalter eine neue Bedeutung gewonnen hat.

Entweder rückt die Möglichkeit des Atomkrieges in unmittelbare Nähe, oder Neutralität (in irgendeiner Form) wird gerade an den vom Atomkrieg besonders bedrohten Stellen möglich. Neutralität hat heute nicht mehr nur den Sinn, sich aus einem möglichen Krieg herauszuhalten, wie dies z. B. für die Schweiz gilt, sondern ihn gerade durch Entspannung an den meisten gefährdeten Stellen zu verhüten. Törichterweise wird hier entgegengehalten, daß Neutralität im Falle eines Krieges nichts nütze. Unbestreitbar! Aber auch der Atomkrieg — und jeder Krieg, in dem es um wesentliche Entscheidungen geht, droht zum Atomkrieg zu werden — „nützt" nichts mehr. Wir sind an dem Punkt, wo der Krieg zum beiderseitigen Selbstmord und selbst der Schutz der Zivilbevölkerung widersinnig und unpraktikabel geworden ist; so könnten Atomschutzbunker gegen späterkommende Schutzsuchende geschlossen, ja verteidigt werden, weil diese radioaktive Strahlung in den Schutzraum verschleppen.

Wenn aber der Krieg und der Schutz der Bevölkerung in dieser Weise völlig absurd geworden sind, dann gewinnt erhöhte Bedeutung alles, was dieser Art Krieg und Kriegsdrohung entgegenwirkt, dann ist nicht mehr die wichtigste Frage, was im Falle des Krieges von Vorteil ist, sondern was ihm wehrt. Sich selbst kann der Neutrale nicht mehr heraushalten, aber er kann durch sich die Menschheit oder wenigstens einen großen Teil der Menschheit heraushalten. Damit aber tritt die Idee der Neutralität aus dem bisherigen egozentrischen Rahmen heraus und wird zu einer übernationalen Aufgabe. Erst mit ihr wird das nationalistische Denken endgültig überwunden.

Damit ist aber die Menschheit gleichzeitig aufgerufen, ihre stereotypen Fiktionen zu kontrollieren, ihren ideologischen Plunder abzuwerfen, zu erkennen, daß ihre bisherigen Wertungen nicht mehr der Weltlage entsprechen — nicht weil sie falsch, sondern weil sie unvollkommen sind. Eine „Umwertung der Werte" ist an der Zeit, jedoch nicht in einem nihilistischen Sinne, sondern als eine Steigerung dessen, was Ethik, Religion, Philosophie zu einer menschheitverbindenden Politik beitragen können. Dann wird auch die Idee der Neutralität in einem neuen Licht erscheinen.

Nicht nur ein paar Exponenten politischer Parteien sollten auf einem Gipfel zusammenkommen, sondern Wissenschaftler und Philosophen, zum Durchdenken der neuen Weltlage, zu einer Mobilmachung aller geistigen und moralischen Kräfte — ein geistiger Generalstab der Menschheit, der die militärischen Generalstäbe mehr und mehr ersetzen sollte. Was man vor der Erschließung der Atomenergie noch als Utopie belächeln konnte, ist heute eine zwingende Notwendigkeit geworden, die nur engstirnig den alten Prinzipien Verhaftete übersehen können.

Solange der Krieg kalkulierbare Chancen bot, war der machtleere Raum — erst recht an gefährdeter Stelle — ein Unding. Nun aber wird dieser gerade dort zu einer gebieterischen Forderung, wo eigentlich am meisten Macht vorhanden sein müßte, um einer kriegerischen Verwicklung vorzubeugen!

Hier ist nun allerdings die Argumentation auf des Messers Schneide! Ihr in dem hier vertretenen Sinne wird nur der zu folgen vermögen, der nicht nur die Lage nach ihren Möglichkeiten und Unmöglichkeiten aufs kritischste durchdenkt, sondern auch die moralische Seite der Sache ihrem ganzen Gewicht nach in Rechnung stellt. Es handelt sich nicht nur darum, für die westliche Freiheit, der so viel

Scheinfreiheit beigemischt ist, einzutreten, sondern jenes Maß an geistiger Freiheit zu besitzen, das heute im Interesse einer friedlichen Entwicklung der Menschheit notwendig ist. So wie nun allerdings die Dinge liegen, dürfte nichts dieser Art, sondern nur die Lehre der härtesten Wirklichkeit — des Einzigen, was die so realitätsbewußten Machtpolitiker zu beeindrucken vermag — dazu führen, daß die Einsicht von der entscheidenden Bedeutung der Neutralitätsidee im Atomzeitalter sich durchsetzt.

Es sind nun schon fast achtzig Jahre her, daß Friedrich Nietzsche (in „Menschliches, Allzumenschliches") folgendes geschrieben hat: „Und es kommt vielleicht ein großer Tag, an welchem ein Volk, durch Kriege und Siege, durch die höchste Ausbildung der militärischen Ordnung und Intelligenz ausgezeichnet und gewöhnt, diesen Dingen die schweren Opfer zu bringen, freiwillig ausruft: wir zerbrechen das Schwert, — und sein gesamtes Heerwesen bis in seine letzten Fundamente zertrümmert. Sich wehrlos machen, während man der Wehrhafteste war, aus einer Höhe der Empfindung heraus, — das ist das Mittel zum wirklichen Frieden, welcher immer auf einem Frieden der Gesinnung ruhen muß: während der sogenannte bewaffnete Friede, wie er jetzt in allen Ländern einhergeht, der Unfriede der Gesinnung ist, der sich und dem Nachbar nicht traut und halb aus Haß, halb aus Furcht die Waffen nicht ablegt. Lieber zugrunde gehen als hassen und fürchten, und zweimal lieber zugrunde gehen, als sich hassen und fürchten machen, — dies muß einmal auch die oberste Maxime jeder einzelnen staatlichen Gesellschaft werden! Unseren liberalen Volksvertretern fehlt es, wie bekannt, an Zeit zum Nachdenken über die Natur des Menschen: sonst würden sie wissen, daß sie umsonst arbeiten, wenn sie für eine allmähliche Herabminderung der Militärlast arbeiten. Vielmehr: erst wenn diese Art Not am größten ist, wird auch die Art Gott am nächsten sein, die hier allein helfen kann. Der Kriegsglorien-Baum kann nur mit einem Male, durch einen Blitzschlag, zerstört werden: der Blitz aber kommt, ihr wißt es ja, aus der Höhe."

Wer meint, hier sei von einem Utopisten mehr als ein Postulat, vielleicht eine wirkliche Hoffnung ausgesprochen worden, der kennt Nietzsche nicht. In dieser bornierten Welt kann der Blitz aus der Höhe des Geistes, die Nietzsche meint, nicht kommen. Aber er kommt dann aus dem Glutball der Atomexplosionen.

Nobelpreisträger Chief Albert J. Luthuli

Afrika und die Freiheit

Das Ringen der schwarzen Rasse um ihre Emanzipation ist nicht auf den afrikanischen Kontinent beschränkt, doch hat es hier — und namentlich in der Südafrikanischen Union — seine besondere, politisch aktuelle Ausdrucksform gefunden. Der Name Albert J. Luthulis wird mit einer Form dieses Ringens für immer untrennbar verbunden bleiben: mit dem friedlichen, auf natürliche Evolutionen hoffenden Widerstand aus christlichem Geist. Für diesen seinen Kampf ist Luthuli der Friedens-Nobel-Preis für 1960 verliehen worden. Der hohe Laureat hat den „Blättern" die folgenden Zeilen zum exklusiven Abdruck zur Verfügung gestellt. D. Red.

Der Kampf in Südafrika für Freiheit und gegen Apartheid hat in zunehmendem Maße die Aufmerksamkeit der Welt erregt, denn was in Südafrika passiert, ist

nicht bloß eine interne Angelegenheit, sondern hat internationale Bedeutung darin, daß, so lange und wo auch immer in der Welt es Unterdrückung gibt, kein Frieden für die ganze Menschheit sein kann. Die Haltung der Außenwelt zur Politik der südafrikanischen Regierung ist voll ausgedrückt durch den Friedens-Nobel-Preis, mit dem ich und das afrikanische Volk Südafrikas geehrt worden sind. Der unmittelbare Effekt meiner Ernennung zum Träger des Nobel-Preises war zum erstenmal Übereinstimmung zwischen mir und der südafrikanischen Regierung, wenn auch auf verschiedenen Voraussetzungen beruhend, nämlich darüber, daß ich den Nobel-Preis nicht verdiene.

Wir interpretieren die Zuerkennung dieses Nobel-Preises und anderer Formen der Unterstützung, die wir von der Außenwelt bekommen, als Beweis dafür, daß wir nicht allein sind in unserem Kampf, im Widerstand gegen die weiße Vorherrschaft in Südafrika, und vor allem, daß unser Kampf für ein demokratisches Südafrika gerechtfertigt ist. Die treibende Kraft in unserer Bewegung, ein demokratisches Südafrika hervorzubringen, ist die Überzeugung, daß das, was falsch ist, nicht dauern kann; und da Apartheid ein Unrecht gegen die Menschheit ist, muß sie früher oder später sterben. Es sei betont, daß der Nobel-Preis nicht nur uns Afrikanern in Südafrika zur Ehre gereicht, sondern all den Afrikanern, die gegen die Unterdrückung kämpfen. Deshalb empfingen wir diesen Nobel-Preis stellvertretend für Mutter Afrika und alle friedliebenden Menschen der Welt.

Überall gibt es eine starke Sehnsucht nach Frieden, aber eine Voraussetzung für jeglichen Versuch, einen internationalen Frieden zu schaffen, ist, daß man danach trachten muß, daß es keine Unterdrückung gibt. Denn Afrika kann nur zum Weltfrieden beitragen, indem es dem g a n z e n Afrika Freiheit bringt. In diesem Sinne widerstehen wir der Apartheid, die eine unterdrückerische Politik ist.

Weder die Partei des Afrikanischen National-Kongresses noch ich persönlich haben irgendeinen neuen Faktor in unseren Kampf gegen die weiße Vorherrschaft eingeführt. Die südafrikanische Geschichte zeigt, daß wir schon zu Beginn der Kontakte zwischen Weißen und Afrikanern und seither immer bereit waren, unsere Hand zur Freundschaft auszustrecken. Anstatt diese Geste der Freundschaft anzunehmen, haben die weißen Siedler eine Politik eingeführt, die die Afrikaner unterordnet und einen Zustand weißer Vorherrschaft schuf. Chief M o s h e s h und andere illustrieren einige der frühen Beispiele des afrikanischen Willens, afrikanische Freiheit zu verteidigen. So war es unter Chief M o s h e s h, daß Basutoland nicht unter die weiße Vorherrschaft Südafrikas geriet, sondern statt dessen auf eigenen Wunsch britisches Protektorat wurde. Das war ein früher Versuch, afrikanische Unabhängigkeit zu erhalten. Seitdem hat die südafrikanische Regierung Gesetze verabschiedet, politische Organisationen der Afrikaner unterdrückt und sogar viele Afrikaner ins Exil oder Gefängnis geschickt, alles nur, um den afrikanischen Freiheitsdrang zu brechen. Selbst in Oslo, obgleich in einem freien Lande, war ich ein Gefangener, weil meine Bewegungsfreiheit auf Oslo beschränkt war. Das war eine der Bedingungen, die mir die Regierung auferlegt hatte, ehe ich Südafrika verlassen konnte. Dennoch verfehlen alle diese Methoden ihr Ziel, die Flut der afrikanischen Nationalbewegung zu brechen, die schon zwei Dritteln des afrikanischen Kontinents die Freiheit gebracht hat.

Apartheid-Politik ist die Bedrohung des Friedens in Südafrika. Sie ist im Grunde nichts Neues. Sie hat aber ihre besondere Bedeutung, weil sie Ideen und eine Politik repräsentiert, die in der modernen Welt keinen Platz haben. Die Theorie von Apartheid gehört der Geschichte an. Sie ist ein Überbleibsel der Vergangenheit. Die südafrikanische Regierung gründet ihre Politik auf der Überzeugung, daß der „geringste" weiße Mann besser sei als der vornehmste Afrikaner, ja, daß der Afrikaner von Gott dazu ausersehen sei, eine den Weißen

untergeordnete Rolle zu spielen. Eine Politik, die ihre politische und soziale Struktur auf dieser Basis errichtet und die alle nur erdenklichen Wege geht, um diesen Status quo aufrecht zu erhalten, kann niemals eine Lösung zu einer demokratischen vielrassigen Gesellschaft sein.

Um die Apartheid-Politik aufrechtzuerhalten, obgleich sie von der ganzen Welt verworfen wird, begrenzt die südafrikanische Regierung sogar die Erziehung der Afrikaner, d. h. nur 9 Pfund pro Kopf werden für die Ausbildung der Afrikaner ausgegeben, hingegen 64 Pfund pro Kopf für die Weißen. Diese begrenzten Chancen für die Afrikaner kann man in allen Sphären des Lebens finden, obgleich die Afrikaner ihren vollen Beitrag zu dem geleistet haben, was Südafrika heute ist. Um dieses ungerechtfertigte System aufrechtzuerhalten, zwingt die südafrikanische Regierung so viele Afrikaner wie möglich, in den Reservaten zu wohnen, und hält sie so den Städten fern. Der letzte Effekt von Apartheid ist, daß sie danach trachtet, eine ganze Rasse zu erniedrigen, indem sie versucht, die Afrikaner zur Annahme der Idee einer weißen Vorherrschaft für alle Zeit zu bewegen. Das mag nach Propaganda klingen, aber es ist eine klare Tatsache, die die Ungerechtigkeit der Apartheid-Politik aufzeigt und an der man nicht vorbeigehen kann, will man Südafrika analysieren.

Die Regierung versucht, sich zu rechtfertigen, indem sie betont, daß die Weißen zuerst in Südafrika waren. Wir betonen andererseits, daß es immer eine gemeinsame Anstrengung gewesen sei, das Land aufzubauen, weil 80% der Arbeitskräfte von den Afrikanern gestellt worden seien. Aber all diese Argumente sind eine Ablenkung von der Hauptsache, nämlich daß wir 15 Millionen Menschen in Südafrika sind, die entweder friedlich miteinander zu leben haben oder in Blutvergießen enden werden. Ich möchte betonen, daß wir Afrikaner nicht gegen Apartheid sind, weil es sich hier um eine Auseinandersetzung schwarz gegen weiß handelt, sondern daß wir dieses ungerechte System bekämpfen, weil es sich in erster Linie um die Frage handelt, ob eine Minderheit eine Mehrheit unterdrücken darf. Die Politik des Afrikanischen National-Kongresses (ANC) möchte durch ihre Opposition gegen Apartheid einen demokratischen Staat schaffen, in dem es ohne Unterschied der Farbe oder des Glaubens gleiche Möglichkeiten für alle gibt. In dieser Politik kann es keine Kompromisse geben, denn sie bietet eine Heimat für schwarz und weiß.

Bei dem Versuch, diese Ziele zu erreichen, möchte der Kongreß die Politik der Gewaltlosigkeit fortsetzen, die er immer praktiziert hat. Obgleich unsere politischen Bewegungen an die gewaltlosen Methoden glauben, muß betont werden, daß sie nicht passiv sind, sondern im Gegenteil gewaltlose Aktionen unternehmen, wie die Boykott-Bewegung, politische Streiks und Demonstrationen. Diese Politik hängt zu einem Großteil in ihrem Erfolg von der Unterstützung der Außenwelt, von den freiheitliebenden Menschen in aller Welt ab.

Eine genaue Studie moderner afrikanischer Geschichte zeigt, daß die afrikanische Evolution, die innerhalb der relativ kurzen Zeit von 20 Jahren dem Großteil des afrikanischen Kontinents die Freiheit gebracht hat, im großen und ganzen gesehen gewaltlos war, im Gegensatz zur europäischen Evolution, die vor zweihundert Jahren stattfand und die mit Gewalttätigkeit belastet ist. Die zunehmende Unterstützung der Außenwelt stärkt unsere Überzeugung, daß unser Kampf um die Freiheit in Südafrika, der Teil der großen afrikanischen Evolution ist, seine Ziele mit friedlichen Mitteln erreichen wird. Wir müssen uns aber auch fragen, was die Früchte vieler Jahre der Mäßigung sind. Hat es irgendeine vergleichbare Toleranz seitens der südafrikanischen Regierung gegeben, sei es eine der Nationalistischen oder der Vereinigten Partei? Nein! Im Gegenteil, die vergangenen dreißig Jahre haben die größte Anzahl von Gesetzen gesehen, die unsere Rechte

und unseren Fortschritt beschneiden, bis zum heutigen Tage, da wir so ziemlich überhaupt keine Rechte mehr haben: kein hinreichendes Land für unsere Arbeitskräfte, unsere einzige Aktivseite — der Viehbestand — abnehmend, keine Sicherheit zu Hause, keine richtige Vergütung für unsere Arbeit, weitere Restriktionen der Bewegungsfreiheit durch die Einführung von Pässen, durch Sperrstunden, Maßnahmen zur Kontrolle der Zuwanderung; kurzum, wir haben in den Jahren eine Intensivierung unserer Unterdrückung erlebt, damit die weiße Vorherrschaft sichergestellt und geschützt werden kann.

Vor diesem Hintergrund und im vollen Bewußtsein der Verantwortung bin ich, unter den Auspizien des Afrikanischen National Kongresses, meinem Volk in dem neuen Geist zur Seite getreten, der es heute bewegt. Der Geist, in dem es sich offen gegen Ungerechtigkeit erhebt und der sich auf zielgerichtete und gewaltlose Art und Weise äußert.

Der Afrikanische National-Kongreß, seine gewaltlose Kampagne des passiven Widerstandes, mag für die Regierung eine Plage sein, aber er ist nicht subversiv, weil er nicht versucht, Form und Maschinerie des Staates zu überwältigen, sondern nur auf den Einschluß aller Sektionen der Gemeinschaft dringt, auf Partnerschaft in der Regierung des Landes auf der Basis der Gleichheit.

Gesetze und Bedingungen, die danach trachten, die menschliche Persönlichkeit — eine von Gott gegebene Kraft — zu entwürdigen, seien sie vom Staat oder anderen Individuen aufgezwungen, müssen unbarmherzig im Geiste der Märtyrer bekämpft werden. Niemand kann leugnen, daß, soweit es die Nicht-Weißen in Südafrika betrifft, es nur so wimmelt von Gesetzen und Bedingungen, die die menschliche Persönlichkeit entwürdigen. Jeder Führer, der seine Stellung verdient, muß furchtlos gegen solche Bedingungen und Gesetze kämpfen. Es ist unausbleiblich, daß in der Arbeit für die Freiheit einige Individuen die Führung übernehmen und leiden müssen: Der Weg zur Freiheit ist ein Weg des Opfers.

World Copyright: „Blätter für deutsche und internationale Politik".

Klaus Ehrler, M. A.

Rußlands zweiter Großer Oktober

Der 22. Parteikongreß der KPdSU

Teil I: Internationale Aspekte

Der jüngste Parteikongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der vom 17. bis zum 31. Oktober 1961 in Moskau stattfand, ist ein historisches Ereignis, dessen Gewicht und Bedeutung weit über das Maß hinausgeht, das jemals einer entsprechenden Veranstaltung einer politischen Partei eines Landes zugekommen ist. Noch nie in der Geschichte unseres Planeten und seiner Menschenwelt hatte ein in nationalem Rahmen abgehaltener Parteikongreß so tiefgreifende und so weitreichende Auswirkungen, sowohl hinsichtlich seiner realen unmittelbaren Maßnahmen und Ergebnisse, als auch der von ihm ausgehenden sehr umfassenden Pläne und epochemachenden Perspektiven. Gerade für uns Nicht-Kommunisten und außerhalb des sozialistischen Staatensystems Lebende ist eine zutreffende Einschätzung der durch den 22. Parteikongreß abgeschlossenen und eingeleiteten Entwicklungen sehr wichtig, wenn wir nicht als Opfer von Ängsten und Depressionen einem Labyrinth unverkennbarer Zusammenhänge ausgeliefert

sein, sondern als verständnisbereite Beobachter einem erklärbaren und in seinen Konsequenzen abschätzbaren Geschehen gegenüberstehen wollen.

Das Ereignis des 22. Parteikongresses muß in einem Koordinatensystem von mindestens drei Bezugsebenen gesehen und beurteilt werden, wenn wir nicht einer groben Mißdeutung verfallen wollen; es ist dazu als konstituierender Bestandteil 1. der Parteigeschichte, 2. der Geschichte der Sowjetunion und 3. der internationalen Politik zu betrachten. Darüber hinaus ist es für ein eingehenderes Verständnis notwendig, die sozialistischen Konzeptionen und kulturgeschichtlichen Ansätze darzustellen, die von den Delegierten des Parteikongresses entwickelt oder bekräftigt wurden.

Ein sowjetischer Autor würde sehr wahrscheinlich mit der Behandlung der parteigeschichtlichen Bedeutung des 22. Parteikongresses beginnen. Für uns als Außenstehende ist es am Anfang leichter und einsichtiger, ihn im Rahmen der internationalen Politik zu betrachten. Die Entscheidungen und Tendenzen ihres Bereiches sind in unserer Zeit so weitreichend, so durchdringend und so nahezu allgegenwärtig, daß auch alle fernliegenden partikularen und scheinbar isolierten Gebiete des politischen Lebens davon betroffen sind. Dies gilt im höchsten Grade vom 22. Parteikongreß in bezug auf uns Deutsche.

Es ist kein Zufall, daß Ministerpräsident und Partei-Erstsekretär Chrustschow das Forum des Parteitages dazu ausersah, der Welt Kenntnis von der neuesten Modifizierung der sowjetischen Deutschlandpolitik zu geben. Seine Mitteilung, daß es für den Abschluß des deutschen Friedensvertrages nicht von primärer Bedeutung sei, ob er noch im laufenden Jahr unterzeichnet werde, war ebenso aufregend wie die gleichzeitige Ankündigung der 50-Megatonnen-Explosion im Eismeer. Die außerordentlich harten Auseinandersetzungen mit den Führungskräften Albaniens und die fast dogmatisch fixierten Thesen von der Vermeidbarkeit weiterer Weltkriege und der Richtigkeit friedlicher Koexistenzpolitik in unserem Zeitalter bilden ein ebenso logisch und dialektisch zusammengehöriges Gegensatzpaar wie diese von Chrustschow fast in einem Atem genannten aktuell-politischen Entscheidungen, die zwei Hauptpunkte sowjetischer Politik überhaupt — Abrüstung und Friedensvertrag mit Deutschland — betreffen. Offenbar bringt dieser Doppelaspekt der Bereitschaft zur „Härte" einerseits und der Betonung elastischer Verhandlungsbereitschaft andererseits die weltpolitische Konzeption und Perspektive der KPdSU praktisch zum Ausdruck. Theoretisch fundiert ist sie in der Lehre vom Sozialismus als dem „entscheidenden Faktor in der internationalen Entwicklung", dem es infolge des zu seinen Gunsten veränderten Kräfteverhältnisses im weltpolitischen Maßstab möglich sei, Kriege zu verhindern, eine dauernde friedliche Koexistenz durchzusetzen und damit auch dem kapitalistischen Gegner das Gesetz des Handelns, nämlich in Form des friedlichen ökonomischen und sozialen Wettbewerbs, aufzuzwingen[1]). Der Ernst, mit dem die sowjetischen Staats- und Parteiführer ihre politische Generallinie der Koexistenzpolitik verfolgen, wird an der Heftigkeit erkennbar, mit der sie die albanische Kontroverse austragen. Der feindseligen Kritik Enver Hodschas, des albanischen Partei-Chefs, an Chrustschows Telegrammwechsel mit dem Papst über die Friedensaussichten der Menschheit[2]) folgte fast unmittelbar der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und Tirana. Selbst der sogenannte „Monolithismus" des sozialistischen Staaten- und Parteiblocks wird also dem Primat des Koexistenz-Prinzips geopfert[3]). Diese Tatsache zeigt mit eindringlicher Deutlichkeit, daß das Phänomen der Wasserstoffbombe, d. h. der existenziellen Infragestellung der Menschheit, in Theorie und Praxis der sowjetischen Politik besondere Berücksichtigung gefunden hat[4]). Vor hundert Jahren konnte Karl Marx noch feststellen, daß Kriege die Schnellzüge der Weltgeschichte seien,

weil sie die Umwälzungen der sozialen Verhältnisse beschleunigten, — heute müssen die sich auf Marx berufenden Parteitheoretiker und Politiker der Sowjetunion infolge ihrer Einschätzung der großen Bombe den umgekehrten Schluß ziehen: „Die friedliche Koexistenz der sozialistischen und der kapitalistischen Staaten ist eine objektive Notwendigkeit der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Der Krieg kann und darf nicht als Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen dienen. Friedliche Koexistenz oder ein katastrophaler Krieg — nur so wird die Frage von der Geschichte gestellt."[5]) Beschwörend wenden sie sich an ihre kapitalistischen Koexistenzpartner: „... jener Teil der Bourgeoisie, der versteht, daß ein Thermonuklearkrieg die herrschenden Klassen der kapitalistischen Gesellschaft gleichfalls nicht verschonen würde, ist daran interessiert, das Prinzip der friedlichen Koexistenz zu unterstützen. Die Politik der friedlichen Koexistenz entspricht den ureigenen Interessen der gesamten Menschheit ..."[6]) Das zugunsten der Entwicklung des sozialistischen Systems in verschiedenen Gebieten der Erde veränderte Kräfteverhältnis, das als zuverlässige, wenn auch nicht vollständige Garantie und Voraussetzung für die Durchsetzung des Koexistenzprinzips gilt, ist auch in der parteioffiziellen Auffassung nicht allein den Erfolgen der sozialistisch-kommunistischen Länder zuzuschreiben: „Auf dem Erdball ist eine ausgedehnte Friedenszone entstanden. Neben den sozialistischen Ländern gehört ihr die große Gruppe nichtsozialistischer Staaten an, die aus diesen oder jenen Gründen nicht an der Entfesselung eines Krieges interessiert sind. Mit dem Einzug dieser Staaten in die weltpolitische Arena hat sich das Kräfteverhältnis wesentlich zugunsten des Friedens verändert."[7]) „Das ... sozialistische Lager, die friedliebenden nichtsozialistischen Staaten ... und alle Friedenskräfte sind vereint imstande, einen Weltkrieg zu verhindern. Das zunehmende Übergewicht ... der Kräfte des Friedens über die des Krieges führt dazu, daß sich bereits vor dem vollständigen Sieg des Sozialismus auf Erden, bei Fortbestehen des Kapitalismus in einem Teil der Erde, die reale Möglichkeit ergibt, den Weltkrieg aus dem Leben der Gesellschaft auszuschalten."[8]) Mit diesen vom 22. Parteikongreß bekräftigten Auffassungen sind sowohl die gespenstischen Vorstellungen über die Gefahr einer plötzlichen, allesverschlingenden Weltrevolution durch den Kommunismus endgültig gegenstandslos geworden wie auch die politischen Wege und Kräfte bezeichnet, die zum Welterfolg des Sozialismus führen sollen. Wichtig ist dabei, daß nicht nur die Ausschaltung des Krieges als Form der Auseinandersetzung betont, sondern zugleich das neue Terrain des Kampfes hervorgehoben wird: „Das sozialistische Weltsystem geht ... dem entscheidenden Sieg im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus entgegen. Es wird schon in nächster Zeit dem kapitalistischen Weltsystem im Gesamtumfang der Industrie- und Agrarproduktion überlegen sein."[9]) Das bedeutet freilich keine Beschränkung auf nur-ökonomische Ziele: „Der Einfluß, den das sozialistische Weltsystem auf die gesellschaftliche Entwicklung im Sinne des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus ausübt, steigt immer mehr."[9]) Das im Anschluß an die wirtschaftliche Zielsetzung genannte Hauptziel der gesellschaftlichen Umgestaltung (letzten Endes natürlich der gesamten Menschheit) bleibt unverändert die grundsätzlichste Aufgabe des sozialistisch-kommunistischen Systems; die wichtigste Methode, es zu erreichen, ist aber definitiv der friedliche Wirtschafts-Wettlauf, der an die Stelle des Wettlaufs oder gar der Anwendung der Waffen des Krieges treten soll. Für den Fall, daß die Beschränkung der Kampfmittel auf den Wirtschaftswettstreit nicht durchgängig möglich ist, beruft sich die KPdSU auf die Prinzipien ihrer Geschichtsphilosophie: „Die Monopolbourgeoisie kann dem unaufhaltsamen Gang der geschichtlichen Entwicklung nicht einmal mit Kernwaffen Einhalt gebieten."[10]) Gleichzeitig mit dem 22. Parteikongreß aber findet jene erschütternde Testserie

der Sowjetunion im Eismeer statt, die in der 50-Megatonnen-Explosion gipfelt und damit der methodisch elastischen, um nicht zu sagen milden Theorie des Weltablaufs eine eiskalte Praxis als harte Alternative für den Extremfall gegenüberstellt. Selbst wenn dieser Alternativtaktik der Wunsch zugrundeliegt, die Todeswaffen des Kapitalismus hinsichtlich ihrer effektiven Einsetzbarkeit zu neutralisieren, so bleibt doch unbestreitbar die Tatsache bestehen, daß Kernwaffen nicht schon verschwinden, wenn man sie als sich gegenseitig ausgleichende Posten strategisch bis Null voneinander subtrahiert. In der Realität pflegen sich Waffen und ihre Wirkungen meistens zu addieren. Dies gilt auch dann, wenn der Vergleich von Atomkrieg und Atomtests zugunsten der letzteren ausfällt. Ein positives Ergebnis dieser menetekelhaften Ereignisse im Norden der Sowjetunion ist zweifellos die umfangreiche Aufklärungstätigkeit eines großen Teils der Weltpresse über Schäden und Gefahren, die von Kernwaffentests ausgehen. Insofern darf die Gewalttherapie der praktizierten mittelbaren Abschreckung schon jetzt einen Erfolg auf dem Felde der politischen „Atompädagogik" verbuchen[11]). Für die Theorie des veränderten Kräfteverhältnisses aber kann diese Demonstration sowohl stärkend als auch schwächend wirksam werden: stärkend, indem sie das Potential des sozialistischen Staatensystems, insbesondere das der Sowjetunion, unterstreicht; schwächend, indem sie die Werbekraft der Ideen und Erfolge des Sozialismus offenbar selber als nicht genügend wirksam voraussetzt. Zumindest läßt sich sagen, daß die Partei- und Staatsführer der Sowjetunion den Übergang zum jetzigen und für sie günstigen Kräfteverhältnis in der Welt noch nicht für so gesichert halten, daß ihnen ihre offiziellen Feststellungen, außenpolitischen Einwirkungsmöglichkeiten und internen Maßnahmen des sozialen und wirtschaftlichen Auf- und Ausbaus schon als ausreichend starke Ausdrucksmittel erscheinen.

Der 22. Parteikongreß ist durch diese dramatischen Umstände seines Verlaufs, die sich — abgesehen von den physikalisch-biologischen Konsequenzen — vor allem internationalpolitisch auswirken, zweifellos ein starker Anstoß zur Überprüfung der Entwicklungen und Situationen der Weltpolitik der letzten Jahre geworden. Die politische Mischtechnik der Sowjetunion kristallisierte sich dabei immer deutlicher heraus. Die Krisen, in die sie verwickelt, und die Probleme, mit denen sie befaßt war, zeigten in gleicher Weise jenen Doppelaspekt sowjetischer Politik, der entweder „harte" Ankündigungen und „elastische" Praxis oder aber „maßvolle" Programme und „starke" Durchsetzungsmethoden jeweils miteinander verbindet. Am Anfang der Chrustschow-Ära war diese Form der politischen Strategie und Taktik noch starken inneren und äußeren Risiken ausgesetzt, wie es besonders das Beispiel Ungarns 1956 erkennen läßt. Das Programm der inneren Entspannung in den sozialistischen Ländern zur Liberalisierung ihres Partei-, Staats- und Gesellschaftsgefüges, kurz auch „Entstalinisierungskurs" genannt, ist zweifellos elastisch in seiner Konzeption und befreiend in seiner Zielsetzung; wo es aber, wie in Ungarn, exemplarisch gefährdet oder ad absurdum geführt schien, wurden härteste Maßnahmen für notwendig befunden, um einer unabsehbar übergreifenden Krise vorzubeugen. Nach den langen Jahren Stalin'scher Herrschaft sollte offenbar Elastizität nicht als Schwäche oder Unentschiedenheit ausgelegt werden können. Ein Übergang zur „weichen Linie" ließ sich darum jeweils nur zum Teil vollziehen. Zu bedenken ist dabei auch, daß sowohl das In- wie das Ausland erst allmählich mit dem „neuen Stil" vertraut gemacht werden konnte. Das Jahr 1957 brachte schließlich den endgültigen Umschwung zugunsten der neuen Politik Chrustschows und Mikojans. Sowohl auf dem Felde der inneren als auch der äußeren Entwicklung der Sowjetunion waren ihre Bemühungen von Erfolg gekrönt. Koexistenzpolitik nach außen und Liberalisierungspolitik nach innen korrespondierten dabei notwendigerweise fast unmittelbar. Vielleicht darf

rückschauend gesagt werden, daß dieses Jahr 1957 den Wendepunkt im Umwälzungsprozeß der internationalen Kräfteverhältnisse bezeichnet. Folgende großen Ereignisse bilden Höhepunkte (nicht nur des Jahres 1957) für die Geschichte des Sozialismus im allgemeinen und der Sowjetunion im besonderen: die Juni-Tagung des Zentralkomitees des KPdSU, deren dramatischer Verlauf den Sieg des Chrustschow'schen Kurses im Innern sicherstellte, der erfolgreiche Start des ersten Erdsatelliten „Sputnik" Anfang Oktober, die fast gleichzeitige Vorlage des Rapacki-Planes vor dem Forum der Vereinten Nationen und nicht zuletzt die erste Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien, das erste „Konzil" des Weltkommunismus, im November 1957 in Moskau. Jedes dieser Ereignisse eröffnet auf seine besondere Weise zukunftsreiche Perspektiven. Im Selbstverständnis der sowjetischen Führung war die erreichte Stufe der Erfolge so achtunggebietend, daß sie mit einer angemessenen Würdigung ihrer davon ausgehenden Initiativen rechnete. Der „Sputnik" war nicht nur für das Internationale Geophysikalische Jahr, sondern vor allem auch für die Bemühungen um die allgemeine Abrüstung von größter Bedeutung. Die Verwirklichung des Rapacki-Planes sollte und konnte einen leicht praktizierbaren Anfang dazu bilden. Das Juni-Plenum und das Parteien-„Konzil" verdeutlichten die Konsequenz, mit der die neue sowjetische Führung ihre Politik der Entspannung und Dezentralisierung auch im Gefüge der inneren und äußeren Beziehungen der KPdSU durchzusetzen gewillt war. Die Aufwertung des Zentralkomitees als Repräsentanz der unteren Parteigliederungen im Gegensatz zum (damals, 1957, fraktionsgeschwächten) Parteipräsidium, die Reduzierung der Rolle der KPdSU im Rahmen aller Kommunistischen Parteien zum primus inter pares bei der ersten Moskauer Beratung sind echte Kriterien für den neuen Trend, der auf allen Ebenen des politischen Lebens von der Sowjetunion ausging.

Es ist tragisch, daß im Westen die sowjetischen Erfolge und Maßnahmen von 1957 zunächst nur mit einer „Politik der Stärke" beantwortet wurden. Man sah dort nur die eine Komponente der materiell-technischen Fortschritte, nicht aber diejenige der damit verbundenen entspannenden abrüstungspolitischen Initiativen. Der Rapacki-Plan wurde mit dem NATO-Plan MC 70 quittiert. Die innersowjetische Demokratisierungs- und Dezentralisierungsentwicklung wurde als Schwäche des Staats- und Gesellschaftsgefüges mißverstanden und mit dem Bonner Atomrüstungsbeschluß vom März 1958 konfrontiert. Wie 1956 sah sich Chrustschow vor der merkwürdigen Krisensituation, daß nicht alle Länder Kenntnis von den veränderten Kräfteverhältnissen und ihren von ihm vorgesehenen positiven Möglichkeiten zur Entspannung nehmen wollten. Seine Berlin-Initiative vom November 1958 war dazu gedacht, den Westen an den Verhandlungstisch zu bringen, und in der Tat kam es im Mai 1959 zur Genfer Außenministerkonferenz bei indirekter Teilnahme der zwei deutschen Regierungen. Die „harte" Taktik des sogenannten Berlin-Ultimatums führte zur „weichen" Linie der Verhandlungen zurück. Ihr Scheitern in Paris nach dem U 2-Zwischenfall im Mai 1960 vollzog sich in schroffen Formen, ließ aber alle strittigen Punkte noch durchaus offen. Auch der im Zuge der Verbesserung der Abrüstungsaussichten seit 1958 bestehende Stop für Kernwaffentests wurde weiter eingehalten. Der große Vorschlag Chrustschows vom September 1959 zur generellen vollständigen Abrüstung blieb weiter auf der Tagesordnung, selbst als die Zehnmächtekommission der UN zur Prüfung der Abrüstungsfrage ergebnislos auseinanderging. Die dabei zutagetretende schroffe Haltung der Vertreter des Ostblocks sollte dem Westen zur Warnung dienen, die Position der Sowjetunion besser und zutreffender einzuschätzen. Die vieldiskutierte Widersprüchlichkeit der sowjetischen Haltung ergibt sich für das westliche Urteil immer dann, wenn sie jeweils nur in

einem ihrer Aspekte, entweder nur im grundsätzlichen der Entspannungswilligkeit oder nur im taktischen der resoluten Demonstrationen, gesehen wird.

Das Wiener Gipfeltreffen vom Juni 1961 leitete das jüngste Wechselspiel von Chrustschows Entspannungspolitik der Verhandlungen und gelegentlichen energischen Demonstrationen ein. Der wohlwollenden Beurteilung der Wiener Gespräche als „nützlich" folgte die etwas abrupte Terminierung des deutschen Friedensvertragsabschlusses zum Ende des Jahres 1961. Der den 22. Parteikongreß vorbereitenden Veröffentlichung des neuen Programmentwurfs der KPdSU folgte die Ankündigung der neuen Atomserie von Nowaja Semlja. Vor dem Parteikongreß wurde die harte Mauer quer durch Berlin gebaut, nachträglich aber der Termindruck in der deutschen Frage gemildert. Der Einladung Finnlands zur Vorbereitung gemeinsamer militärischer Maßnahmen im Ostseeraum, die in ihrer Plötzlichkeit beunruhigend wirkte, folgte eine erleichternde Bekräftigung der finnischen Neutralitätspolitik. Die Bereitschaft der Sowjetunion zu isolierten Berlin-Verhandlungen, die als Entgegenkommen auf halbem Wege zu betrachten ist, da Chrustschows Maximalziel der Friedensvertrag mit den zwei deutschen Regierungen bleibt, erhielt durch seine Rede vor dem Weltgewerkschaftskongreß in Moskau ein gemischtes Frage- und Ausrufungszeichen, — Unterstreichung der Verhandlungsbereitschaft und Warnung vor einem Mißverständnis der Prinzipienfestigkeit zugleich. Die daran geknüpften Spekulationen im Westen verkennen meistens wiederum den Primat der Koexistenz- und Entspanungslinie im sowjetischen Konzept. Fast überall klingt durch die amtlichen Moskauer Äußerungen der Ruf hindurch: Jetzt den realen Anfang machen mit der Entspanung — oder nie einen Ausweg finden aus dem Fehlerzirkel der verpaßten Gelegenheiten, Mißverständnisse und forcierten Aufrüstungsmaßnahmen! Chrustschow baut mit seinen Erwartungen auf eine Roosevelt-ähnliche liberale Politik der USA, verkörpert durch die Person und den Mitarbeiterkreis Präsident Kennedys. Er will nicht warten, bis alle Bundesgenossen der „beiden Giganten", wie Gromyko die SU und die USA bezeichnete, der Verständigungsbereitschaft der beiden Spitzenmächte zu folgen „geruhen". Darum seine Härte gegen Albanien, darum seine eventuelle Neigung, lieber mit Kennedy, dem für den Westen Hauptverantwortlichen, allein zu verhandeln, als einer taktisch uneinheitlichen und verwirrenden Phalanx westlicher Unentschiedenheit gegenüberzustehen, aus der nur sehr schwer verbindliche Vereinbarungen herauszuverhandeln sind. Die Entspannung und Verständigung der Giganten ist wichtiger für den Weltfrieden als die monolithische Einheit der Blöcke, wie Chrustschow meint. Seines Außenministers Ausführungen auf dem 22. Parteikongreß signalisieren diese neue Perspektive: „. . . unser Land . . . mißt . . . dem Stand der gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Giganten — der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika — besondere Bedeutung bei. Denn wenn diese beiden Mächte ihre Anstrengungen zur Sicherung des Friedens vereinigen würden, wer könnte es dann wagen und wer wäre dann in der Lage, den Frieden zu verletzen? Niemand. Eine solche Kraft gibt es nicht in der Welt. Diese einfache Wahrheit zweifelt niemand an, auch niemand in den USA . . . Gegenwärtig ist in den USA die Demokratische Partei an der Macht. Präsident Kennedy ist der Vertreter dieser Partei. Einer Partei, die am engsten mit dem Namen Roosevelt verbunden ist, dürfte es offensichtlich leichter fallen, die guten Traditionen dieses großen Amerikaners bei der Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen wieder aufleben zu lassen . . . In einer der jüngsten Unterredungen mit uns erklärte USA-Außenminister Rusk . . .: Wir alle verstehen die Lage so, daß Chrustschow und Kennedy nicht in die Geschichte eingehen möchten als Staatsmänner, die bei einer weltweiten Katastrophe an der Spitze ihrer Länder

standen. Die Fragen der Sicherheit in der Welt gehen deshalb die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika als die beiden größten Mächte der Welt gleichermaßen an. Das ist eine gute und nüchterne Äußerung. . . . Die Sowjetregierung ist dafür, daß N. S. Chrustschow und J. F. Kennedy, wenn es darum geht, eine Wende in der Weltsituation in Richtung der Beseitigung der Kriegsgefahr und einer grundlegenden Wandlung in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen herbeizuführen, an der Spitze ihrer Länder stehen. . . . Wir sind, sagte Rusk, tatsächlich die beiden stärksten Großmächte, wir haben Verbündete, viel hängt jedoch davon ab, was Washington und Moskau tun. Das ist ebenfalls eine richtige Feststellung, und wir (Sowjets) können es nur begrüßen, wenn die außenpolitischen Aktionen der USA in dieser Richtung verlaufen würden . . ."

Vor dem Hintergrund dieses von Chrustschow gewünschten Koexistenz-Arrangements mit den USA sind alle sonstigen außenpolitischen Pläne und Maßnahmen zu bewerten und zu relativieren. Alle Widersprüchlichkeit, scheinbare Sprunghaftigkeit der politischen Linienführung der Sowjetunion und alle großen und kleinen Überraschungen, die aus Moskau kommen, werden auf dem Boden dieser Konzeption wenn auch nicht voraussagbar und voll erklärlich, so doch aber im Prinzip durchaus verständlich. Die mehrfach auf dem Parteitag betonte Grundlinie der Sowjetaußenpolitik, keinerlei „Revolutionsexport" vorzunehmen, wie auch keinerlei „Konterrevolutionsimport" im Ostblock zu dulden, rundet den Rahmen der projektierten Zwei-Supermächte-Koexistenzpolitik ab: wohl werden die ehemals und noch kolonialen, neutralistischen und nichtsozialistischen Länder in ihrer politischen und ideologischen Eigenständigkeit anerkannt, aber das Hauptfeld der politischen Aktivität der SU soll der ökonomisch-soziale Wettbewerb mit den USA im äußeren Rahmen der Koexistenzpolitik und im inneren Rahmen des Aufbaus des Kommunismus in der Sowjetunion sein. In den beiden Bereichen werden die Würfel der Weltpolitik ihre gewichtigen Anstöße aus Moskau erhalten, ob es sich dabei um Berlin, Deutschland, Albanien oder den Kongo handeln mag. In unserer Zeit ist die friedliche Koexistenz mit allen ihren großen und kleinen Konsequenzen nicht nur der Schnellzug, sondern überhaupt der einzig benutzbare Zug der Weltgeschichte. Dies erkannt und deklariert zu haben bis in viele Einzelheiten hinein, ist eines der großen Momente des 22. Parteikongresses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. (Ein zweiter Teil folgt.)

---

[1]) „Die friedliche Koexistenz bildet die Grundlage des friedlichen Wettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalismus im internationalen Maßstab und stellt eine spezifische Form des Klassenkampfes zwischen ihnen dar." (Programmentwurf, 1. Teil, Kap. VIII).

[2]) Anläßlich der Glückwunsch- und Danksagung zum 80. Geburtstag Johannes' XXIII.

[3]) Der Übergang vom „Monolithismus" zum „Konziliarismus" vollzog sich schon 1956/57, als das Bukarester Kominformbüro aufgelöst und die neue Form der Koordination durch periodische Beratungen der Kommunistischen und Arbeiterparteien (bisher zweimal, 1957 und 1960) gewählt wurde.

[4]) s. Programmentwurf, zit. nach „Ostprobleme", 13. Jhgg., Nr. 20, 29. 9. 61, 1. Teil,

[5]) Ebenda.

[6]) Ebenda.

[7]) Ebenda.

[8]) Ebenda.

[9]) Programmentwurf, 1. Teil, Kap. III.

[10]) Teil 1, Kap. IV.

[11]) Kritiker des Abwurfes der Bomben von Hiroshima und Nagasaki bezeichnen diese Testabwürfe als vergleichsweise weniger deprimierend als jene: Wegen der damit verbundenen Hoffnung, es werde niemals zur direkten „Anwendung" gegen Menschen und Kulturgüter kommen.

Gerd Lauschke

England und die EWG (II)*

Die EWG — eine Bedrohung für Großbritanniens Wirtschaft

Man gibt sich in England einer Täuschung hin, wenn man meint, daß der Gemeinsame Markt einer Beseitigung der Wirtschaftskrise dienlich sein könne. In der letzten Zeit hat sich die Propaganda daher schon merklich auf das politische Feld verlagert (36 a).

Daß Großbritannien wirtschaftlich nicht viel vom Kontinent erwarten darf, ergibt sich aus folgendem: Die freie Wirtschaft des Landes sähe sich einem plötzlichen Ansturm der kontinentalen Konkurrenz in dem Augenblick gegenüber, wo die Zollschranken auch nur erheblich vermindert werden. So ist insbesondere auch die Automobilindustrie gefährdet, die die Rolle eines Indikators spielt, wie in Deutschland etwa die Bauwirtschaft. Ohnehin sieht die Entwicklung auf dem Autosektor nicht rosig aus. Für 1965 muß mit einer Überproduktion von 1,5 Mill. Kraftwagen in Europa gerechnet werden. (37) Der Labour-Abgeordnete Maurice Edelman warnte in seinem Wahlbezirk schon vor dem „laissez-faire-Dschungel" des Gemeinsamen Marktes und der zu erwartenden „Halsabschneider-Konkurrenz". Er machte den Arbeitern des britischen Automobil-Zentrums klar, daß sie im Falle eines Beitrittes nicht mehr mit 100 000 im Commonwealth verkauften Wagen rechnen könnten, wovon 1960 allein 26 000 in Kanada verkauft worden sind. Diesen Absatzziffern stehen nur 25 000 im EWG-Raum verkaufte Autos gegenüber. Richard Crossman bezweifelte, ebenfalls in Coventry, ob von der britischen Motorindustrie nach einem Jahr EWG überhaupt noch viel übrig sein werde. (38)

England würde also vor der Notwendigkeit einer, nicht nur auf den Automobilsektor beschränkten, Blitzinvestition größten Umfanges stehen. Das politische Moment in der EWG wird keinen langfristigen und „weichen" Übergang zulassen. Zweifellos wird sich die britische Industrie sowieso umstellen müssen. Das Commonwealth würde jedoch nicht so drängen und auf jeden Fall mehr Verständnis für die Engländer aufbringen. Die Härten einer Blitzumstellung treffen sich also, wie oben dargestellt, mit den Härten, die für das Commonwealth mit Großbritanniens Beitritt zur EWG verbunden sind. So läßt sich denn auch die damals als überraschend empfundene Erklärung des britischen Industrieverbandes (FBI) vom 17. Juli 1961 erklären, in der dieser gegen einen britischen Beitritt Stellung nahm für den Fall, daß das Commonwealth einen Großteil des Preises dafür zahlen müßte. (39)

Fragt sich noch, ob die britischen Kapitalgeber überhaupt bereit wären, weiterhin in England zu investieren. Niemand könnte sie dazu zwingen, denn die Freiheit der Kapitalbewegung innerhalb des EWG-Raumes ist eine der Regelungen, die sakrosankt sind. Wäre es nicht lohnender, sein Geld auf dem Kontinent anzulegen? Es gibt für einen solchen Fall den berühmten Vorgänger des schottischen Anschlusses vor 250 Jahren, dessen erklärtes Ziel die beiderseitige Teilhaberschaft von England und Schottland am „Kolonialkuchen" war. Man hoffte aber auch, daß die englische Konkurrenz der schottischen Wirtschaft Auftrieb geben und diese zu größeren Investitionen veranlassen werde. Die cleveren Schotten versprachen sich aber von einer Geldanlage im wohl-florierenden Süden mehr. Und so blieb Schottland bis heute, was es auch vor 250 Jahren war, weit-

* Vgl. Heft 11/61

gehend arm und rückständig. Das Schlagwort vom England, dem Schottland Europas, ist gar nicht so weit hergeholt!

Viscount Chandos beschrieb Englands Lage im Wind der freien Konkurrenz folgendermaßen:

> „Es gab einmal bei einem gewissen Stamm in Zentral-Afrika die Angewohnheit, zu Ende eines jeden Jahres den älteren Teil der Bevölkerung zu veranlassen, auf die Bäume zu klettern. Der jüngere schüttelte dann die Bäume, und jene älteren Leute, die sich nicht festhalten konnten und zu Boden fielen, wurden totgeschlagen. Ich habe es aus berufenem Munde, daß diese Maßnahmen zu einer viel kräftigeren und moderneren lokalen Industrie geführt haben." (40)

Natürlich hat auch die britische Landwirtschaft ihre Sonderwünsche. (41) Die Bauern fürchten um die staatlichen Subsidien- und Abnahmegarantien, die ihnen von der britischen Regierung zugeteilt werden. 75 % der britischen Agrarerzeugung sind subventioniert. Dieser Anteil würde sich auf 45 % verringern, da die EWG Richtpreise nur für Getreide, Milch und Zuckerrüben erlaubt. Man fürchtet insbesondere um den Markt in Milch und Eiern. Auf den übrigen Gebieten hält man die englische Landwirtschaft für konkurrenzfähig. Die 153 Mill. Pfund, die die Farmer daneben 1960/61 noch als Erlösgarantien erhielten, und die 106 Mill. Pfund für Düngemittel und ähnliche Aufwendungen sowie für Rationalisierung hätten mit ihrer steigenden Tendenz sowieso nicht mehr ewig fortgezahlt werden können. Schon stürzten diese Unterstützungszahlungen auf die 400 Mill. Pfund zu. Immerhin ist auf diesem Sektor ein langsamer Übergang am wahrscheinlichsten, da eine plötzliche Erhöhung der Nahrungsmittelpreise inflatorische Auswirkungen haben könnte. (42)

Der britische Kohlenbergbau schließlich sieht sein Preisstützungssystem und die Verteilerorganisation gefährdet. Bei dem forcierten Kohlenkonsum ist diese Industrie ein sehr bedeutender Faktor in der britischen Wirtschaft. 1960 wurden 200 Mill. Tonnen Steinkohle gefördert, gegenüber 234 Mill. Tonnen in der gesamten Gemeinschaft. Anscheinend macht man sich an der Ruhr Sorgen über die mögliche Konkurrenz, da der verstaatlichte englische Kohlenbergbau dem privaten deutschen überlegen ist. (43)

EFTA und Englands Beitritt zur EWG

Die einstige Erklärung von Lordsiegelbewahrer Heath, daß die Beziehungen zu den EFTA-Ländern durch einen britischen Beitritt zur EWG nicht verändert würden (44), konnte schon damals nicht darüber hinwegtäuschen, daß die EFTA auf dem „Absterbeetat" (Neue Zürcher Zeitung) steht. Sie ist kaum noch mehr als ein Auffanginstrument für den Fall des Mißlingens der Verhandlungen. Immerhin hat die britische Regierung den EFTA-Mitgliedern eine Art Veto-Recht eingeräumt für den Fall, daß ihre Interessen bei den Verhandlungen mit der EWG nicht hinreichend berücksichtigt würden. (45) Dies deutet darauf hin, daß man in England wohl am ehesten die Bedeutung der Kleinen Freihandelszone im westlichen Gesamtsystem erkannt hat. Sie hat aber als Instrument der Staaten, die vom Antikommunismus weniger besessen sind, nicht zur Vereinigung der europäischen Märkte führen können. Schuld daran war die Alles-oder-nichts-Haltung, die unter dem amerikanischen und französischen Einfluß die EWG beherrscht. (46)

Die Stärke der EFTA ist ihre weniger sture politische Ausrichtung und das Fehlen der ständig wiederholten „Teil-von-NATO"-Bekenntnisse. Nur so konnte man den Neutralen eine Brücke bauen, die ihnen eine stärkere Beteiligung an den westeuropäischen Märkten gestattete.

In Schweden sorgt man sich nicht so sehr um die wirtschaftliche Zukunft. Man

hat einschlägige Erfahrung mit dem Einfluß des Kalten Krieges auf die Zusammenarbeit der Völker. Da ist insbesondere die „Nordische Gemeinschaft". Unter ihrer Ägide gibt es in Skandinavien seit 1957 einen gemeinsamen Arbeitsmarkt, gegenseitige Anerkennung der Sozialleistungen, Einheit im zivilen- und Annäherung im Strafrecht und eine gemeinsame Luftfahrtgesellschaft (SAS). Es bedeutete einen tiefen Einschnitt in diese hoffnungsvolle Entwicklung, als Norwegen und Dänemark der NATO beitraten, weil sie nur so in den „Genuß" amerikanischer Militärhilfe kommen konnten. (47) Offensichtlich war diese Art von europäischer Zusammenarbeit den USA weniger gelegen. Schweden ist mit der EFTA gut gefahren. Sein Exportüberschuß im Handel mit den anderen EFTA-Partnern stieg vom 1. Juli 1960 bis zum 30. Juni 1961 von 772 auf 1134 Mill. sKr. Gleichzeitig ging der Einfuhrüberschuß aus der EWG von 1883 auf 1448 Mill. sKr. zurück. (48) Angesichts der vielfachen Erklärungen, daß die EWG den Interessen des Landes nicht förderlich wäre, wird man Verhandlungen über eine Assoziierung Schwedens (49) nicht allzuviel Erfolgsaussichten geben können.

Am schwerwiegendsten wäre eine Auflösung von EFTA — nach einem Austritt Großbritanniens unausbleiblich — für F i n n l a n d , das „schwedische Neuseeland", wie es der „Observer" genannt hat. Es besteht eine traditionelle, alte Freundschaft zwischen Schweden und Finnland, und es fragt sich, ob es den an Profit und Beitritt zur EWG interessierten Konservativen gelingen wird, die sozialdemokratische Regierung Schwedens zu einer entscheidenden Lockerung der bestehenden Bindungen zu veranlassen. Das 4½-Millionen-Volk der Finnen würde bei einer Auflösung von EFTA wohl unausweichlich wieder in seine einseitigen Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion zurückfallen. Die im Westen so sehr „beachtete" Sowjetnote hat einmal mehr die schwierige Lage Finnlands aufgezeigt. Am finnischen Beispiel wird sich zeigen, ob NATO und Profit über das sonst so lauthals geforderte Selbstbestimmungsrecht siegen werden.

Auch die S c h w e i z und Ö s t e r r e i c h stehen vor größeren Entscheidungen. Sie wollen „den Zug nicht verpassen", aber auch nichts von ihrer Neutralität aufgeben. Der schwedische Ministerpräsident drückte sein Unverständnis darüber aus, daß man die kleineren Nationen überhaupt vor eine derartige Entscheidung stelle: (50)

> „Heute bilden die neutralen Staaten eine klare Mehrheit unter den Mitgliedern der Vereinten Nationen. Woanders gibt man den Bemühungen der neuen Nationen, einer neutralen Politik zu folgen, große Unterstützung, und es wäre überraschend, wenn die westlichen Länder eine Politik durchsetzen würden, die der Außenpolitik der kleineren neutralen Staaten Schwierigkeiten bereiten würde."

Die EWG gefährdet also den Neutralismus auch da, wo dieser schon etabliert ist.

D i e i n n e r b r i t i s c h e O p p o s i t i o n

Zu einem wirklichen Test der Kräfte, die für, bzw. gegen den Gemeinsamen Markt sind, wird es wohl nicht kommen. Es soll keine Wahlen über diesen Gegenstand geben. Die Konservativen übergehen in ihrer Mehrheit geflissentlich die von ihnen immer dann gepriesene „Mandatstheorie", wenn sie in der Opposition sind. Diese Theorie des Staatsrechtlers H. R. G r e a v e s fordert ein ausdrückliches Mandat der Wähler für wesentliche Entscheidungen, die die Abgeordneten zu fällen haben. Allerdings ist diese Theorie unter den Juristen eine Minderheitsmeinung.

Über der Frage des Beitrittes Englands zum Gemeinsamen Markt hat sich eine Opposition quer durch alle Richtungen in den beiden großen Parteien gebildet. Und die plötzliche „Zuneigung" der rechten Konservativen zu den linken Sozia-

listen war schon verschiedentlich das Gespött von Karikaturisten und Kommentatoren. In der Tat wird jedoch aus der Begründung dieser beiden Gruppen die Verschiedenartigkeit des Zieles klar.

Die konservativen Gegner eines britischen Beitritts, für die stellvertretend der Name Beaverbrook stehen könnte, fürchten um den Fortbestand der stark angekratzten Vormachtstellung in den ehemaligen Empire-Gebieten. Man gibt vor, die Souveränität der Krone und die Interessen des Commonwealth schützen zu wollen. Doch sind diese Gründe seit dem letzten Tory-Parteitag nicht glaubwürdiger geworden. Denn seither versuchen die Konservativen, die Einwanderung von Farbigen aus dem Commonwealth zu stoppen. Selbst wenn diese Kreise nicht mit den Gegnern des Gemeinsamen Marktes identisch sind, bleibt doch der Verdacht an diesen haften. Für den unbefangenen Beobachter ein recht abenteuerliches Unterfangen, die Einwanderung aus Übersee unterbinden zu wollen: In sechs Hauptbezirken stammen z. B. 45 % der Krankenhausärzte aus Übersee. (51) Und ein Teil der kommunalen Dienste würde sicherlich ohne die Westinder zusammenbrechen. Die „Times" registrierte kürzlich 406 000 „Fremde" in England. (52).

Anders die Haltung der „Linken". Sie fürchten, durch eine Stärkung der EWG die Spaltung in Europa zu vertiefen, und ziehen deshalb das Commonwealth einem gegen den Osten gerichteten Westeuropa vor. Die „Times" beschrieb diese Haltung einmal so:

> „Die Linken sind nicht nur antiamerikanisch, sondern auch anti-Adenauer, anti-de Gaulle, anti-NATO, und zu einem Gutteil anti-Franco und anti-Salazar. Weil sie das Gesicht des heutigen Europa nicht mögen, sind sie Neutralisten, und ihr Neutralismus drückt sich ganz logisch in ihrer Opposition gegen die europäische Einheit aus." (53)

Würde es sich um die Schaffung eines gesamt-europäischen Marktes handeln, würden diese Kräfte sicher nicht abseits stehen. Im Gegensatz zu den konservativen „Rebellen" befindet sich die Labour-Opposition nicht in Gegensatz zur offiziellen Parteilinie. Es ist mehrfach von Labour-Sprechern ausgedrückt worden, daß man um die Chancen zur „Errichtung des Sozialismus" in England unter dem Einfluß des überwiegend konservativen Kontinental-Europa bangt. (54)

Schluß

Nicht ohne Einfluß auf die Entscheidung der Engländer werden die jüngsten „EWG-Ereignisse" bleiben, nämlich der Herter/Clayton-Plan für eine engere Angliederung der USA an den Gemeinsamen Markt, und de Gaulle's Plan einer Staaten-Union, die aus der EWG hervorgehen soll. Der erstere lag auch den Reden Präsident Kennedys zu Grunde, in denen er sich für eine Liberalisierung der amerikanischen Außenhandelspolitik einsetzte. Liberalisierung darf hier aber nur als Aufhebung von Einfuhrrestriktionen verstanden werden.

Der Herter/Clayton-Plan beabsichtigt, „die Außenhandelspolitik (der USA) im Licht des Kalten Krieges und der Ausdehnung des Gemeinsamen Marktes" (Times) zu überprüfen. Macht einem schon dieser Gedanke das Ganze nicht sehr sympathisch — man denke an die Konsequenzen für die Neutralen, insbesondere Finnland —, so bietet der Schlußabsatz des Planes all jenen Kleineuropäern wenig Anlaß zur Begeisterung, die die Führungsrolle in diesem „Europa der Sechs" an sich reißen wollen. Der Schlußabsatz lautet:

> „Wir glauben, daß die Vereinigten Staaten irgendeine Art der Handelspartnerschaft mit dem europäischen Gemeinsamen Markt formen und die Führung übernehmen müssen in der weiteren Entwicklung einer Wirtschaftsgemeinschaft der freien Welt." (Gesperrt von G. L.)

Weder de Gaulle noch jene Kräfte in England, die vor der Amerikanisierung Europas warnen, werden für diese neue Idee zu gewinnen sein. Und der Grund für diese letzte „EWG-Freudigkeit" der Amerikaner ist wieder einmal die Angst vor dem Neutralismus. Kingsley Martin berichtet im „New Statesman":

> „Washington fürchtet, daß Europa seinen Widerstandswillen verlieren könnte, und glaubt deshalb, daß es vor allem durch die Integration der westlichen Welt unter seiner Führung keine Gefahr eines europäischen und, vor allem, westdeutschen Neutralismus gibt. Deshalb fördern die Amerikaner den Gemeinsamen Markt und sprechen von der nicht allzu weit entfernten Möglichkeit, daß die Vereinigten Staaten Mitglied würden."

Auch de Gaulle's Vorstellungen von einer politischen Union der Sechs werden in England weitgehend als Affront betrachtet, schon weil sie zu einem Zeitpunkt kommen, da die britische Regierung ihrem Volk die „bloße Wirtschaftsgemeinschaft" schmackhaft machen will. So schreibt denn „The Statist": (55)

> „Während der Parlamentsdebatten über Europa Ende Juli gab Mr. Sandys eine Zusicherung, daß das Parlament nicht ersucht werden würde, irgendwelchen weiteren britischen Souveränitätsverzichten zuzustimmen als jenen, die im Vertrag von Rom enthalten sind, die, wie er sagte, auf den Wirtschaftssektor beschränkt seien. Es muß der Regierung schwerfallen, Sir Derek Walker Smith (56) und seine Freunde zu überzeugen, daß der Anschluß an eine „Staaten-Union" keine Beeinträchtigungen der Souveränität auf dem Gebiet der Außen- und Verteidigungspolitik beinhaltet, was auch immer der neue Vertrag (inhaltlich, G. L.) sagen mag. So vergrößert der französische Schritt die Möglichkeit einer Spaltung der Konservativen Partei."

Die EWG sei das Musterbeispiel eines „äußerst hoffnungsvollen Vehikels zur Stärkung des Westens und zur Überwindung Chrustschows im Kalten Krieg", Krieg", heißt es im Herter/Clayton-Plan. Was für eine Empfehlung! Der Beitritt Englands, der, soviel ersichtlich, erst die Voraussetzung für einen engeren Anschluß der USA bildet, fördert deshalb den Kalten Krieg. Er gefährdet die bewährte Einrichtung des Commonwealth um des Mammon „kleineuropäische Wirtschaft" willen. Er vertieft die Spaltung der Welt in wohlhabende (Gott geb's) EWG-Länder und andere Staaten, vertieft die Spaltung Europas und erschwert die deutsche Wiedervereinigung. Englands Ausscheiden aus der EFTA wird deren Auflösung zur Folge haben. Damit wird den bereits neutralen Staaten vom Westen der Stuhl vor die Tür gesetzt.

Die führende britische Wirtschaftszeitung „Economist" warnte am 9. Dezember in einem längeren Artikel vor der erkennbaren Ungeduld einiger Berater des amerikanischen Präsidenten mit den Neutralen und vor einer Einteilung der westlichen Welt in antikommunistische weiße und neutrale schwarze Schafe. „Es wäre schade", schreibt der „Economist", „wenn die Strömung für einen freieren Handel mit einem Trieb für eine Art antikommunistischer Internationale vermengt würde."

Scheitern aber die jetzigen Verhandlungen zwischen London und Brüssel, dann, so sagte Premierminister McMillan, „werden eine Menge Dinge passieren, und ziemlich bedeutsame Veränderungen könnten in der Außenpolitik und den bestehenden Verpflichtungen Großbritanniens zu treffen sein." (58)

Anmerkungen:

36a) s. hierzu insbesondere die „Geheimrede" von Lordsiegelbewahrer Heath vom 10. Okt. 1961, abgedruckt in der „Times" vom 28. 11. 61.

37) Die Zeit, 1. 9. 61.

38) „Sunday Expreß", 20. 8. 61.
39) „Observer", 16. 7. 61.
40) Hansard, aaO., Sp. 251.
41) s. hierzu Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. 8. 61.
42) „Economist", 19. 8. 61.
43) Basler Nachrichten, 13. 10. 61.
44) Neue Zürcher Zeitung, 12. 10. 61.
45) George Brown, Hansard, House of Commons, aaO., Sp. 1764.
46) Neue Zürcher Zeitung, 6. 9. 61.
47) s. „Times", 23. 8. 61.
48) Neue Zürcher Zeitung, 14. 9. 61.
49) so berichtet die Deutsche Zeitung am 7. 10. 61.
50) „Times", 23. 8. 61.
51) „Weekend", 23. 8. 61.
52) „Times", 26. 8. 61.
53) „Times", 19. 6. 61.
54) s. Labour-M. P. Bowles, Hansard, aaO., Sp. 936; Jennie Lee, aaO., Sp. 1546/47;
55) „The Statist", 10. 11. 61.
56) s. „Blätter", Heft 11, S. 1019.
57) Hansard. aaO., Sp. 937.

Dr. Gustavo Davidson San Juan

Die Erziehungsreform in Kuba

Aus Kasernen werden Schulen

„Seamos cultos, para ser libres" [1])
José Marti

Mit der Agrarreform ist die ökonomische Befreiung der Landbevölkerung Kubas und die wirtschaftliche Befreiung des Landes eingeleitet worden; weitere Maßnahmen, die die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung Kubas sichern, auf die man hier jedoch nicht einzugehen braucht, sollen diesen Prozeß beschleunigen und vollenden. Nachdem die Agrarreform im wesentlichen abgeschlossen und damit eine sichtbare Verbesserung des Lebensstandards der kubanischen Landbevölkerung eingetreten ist, widmet man sich in Kuba einer in vieler Beziehung noch viel wichtigeren Aufgabe: Der Erziehungsreform. Die Agrarreform wäre unvollkommen geblieben, wenn auf sie nicht die Beseitigung des Analphabetentums und die Erziehungsreform gefolgt wären. Aber das Ziel der Revolution mit ihren Reformen kann nicht nur das sein, die ökonomische Befreiung der Bevölkerung zu erreichen, es kann auch nicht einfach darin bestehen, das Analphabetentum zu beseitigen; diese Maßnahmen, so wichtig sie auch sind, und man kann ihre Bedeutung nicht genug hervorheben, sie sind nur ein Anfang und auf das Ziel gerichtet, die humanistischen Gedanken, die der Revolution innewohnen, zu realisieren. Der Präsident der Republik Kuba, Dr. Dorticos, hat dies auf einem Kongreß von Pädagogen in Havanna am 9. November, auf dem

[1]) „Laßt uns unsere Bildung fördern, damit wir frei werden."

die Richtlinien für die Erziehungsreform eingehend besprochen wurden, klar zum Ausdruck gebracht:

„Wir haben das Recht gewonnen, frei zu sein, aber wir werden nicht endgültig und vollkommen frei sein in unserem Land, bevor wir nicht die absolute Freiheit erreicht haben und die totale ökonomische Unabhängigkeit, und es wird keine Freiheit geben — sie ist grundsätzlich Gewißheit von Notwendigkeit und Zukunft —, es wird keine Freiheit in unserem Land geben, so lange es ein Kind oder einen Erwachsenen, der nicht lesen und schreiben kann, gibt."

In diesen Sätzen stecken Sinn und Ziel der Aufgabe, die sich die Kubaner mit der Erziehungsreform und besonders im Jahr 1961, dem „Año de la Educacion', gestellt haben, „denn das beste und einstimmige Streben aller soll auf die Erlösung des kubanischen Menschen durch Erziehung und Kultur gerichtet sein."

Das Ziel der Revolution ist, die Voraussetzungen zu schaffen, auf die allein man eine Demokratie aufbauen kann. Das Analphabetentum war eine sichtbare, wenn auch schuldlose Stütze der herrschenden Verhältnisse. Die Beseitigung des Analphabetentums ist nicht nur ein Anfang — unter anderem —, sie ist zugleich Ausdruck des Willens eines Volkes, mit seinen Problemen fertig zu werden.

Um von der ungeheuren Aufgabe, die die kubanische Erziehungsreform darstellt, zu sprechen und sie begreiflich zu machen, muß man zuerst von den Voraussetzungen sprechen, unter denen sie stattfand, man muß jene Verhältnisse darlegen, die vorher herrschten und die aufgehoben werden mußten, sollte eine neue Entwicklung möglich werden. Die früheren Regierungen hatten die pädagogischen Probleme vollkommen unbeachtet gelassen; anstatt sie zu beachten, hatten sie sich an den Geldern, die für das Schulwesen bestimmt waren, persönlich bereichert. Hier liegen die Gründe dafür, daß die Analphabetenziffern seit 1907 prozentual stetig geblieben waren, und nicht im Fehlen von finanziellen Mitteln; und ebenso sind auch die chaotischen Zustände, die im Erziehungswesen herrschten, hierauf zurückzuführen. Von einer Beschreibung dieser Umstände müssen wir trotzdem absehen, sie wären ein Kapitel für sich, man kann sie nicht mit ein paar Worten abtun; wir verzichten deswegen darauf und beschränken uns hier auf eine Schilderung der Lage Anfang 1959:

2 Mill. Kubaner — Kuba hatte Anfang 1960 ungefähr 6,7 Mill. Einwohner, bei einem Bevölkerungszuwachs von ungefähr 110 000 pro Jahr — ab 14 Jahre konnten weder lesen noch schreiben.

Von ca. 1,6 Mill. Kindern unter 14 Jahren waren etwas mehr als die Hälfte nicht nur des Lesens und Schreibens unkundig, sie waren auch dazu verurteilt, es zu bleiben, denn es fehlte an Schulen, um sie aufzunehmen.

Von den immatrikulierten Volksschülern besuchten nur 65% die Schulen; verantwortlich für diese Situation war das fehlende Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Schulen. (Bezeichnend für diesen Zustand war die im Volk weit verbreitete Redensart „In Kuba kann es unmöglich ehrliche Beamte geben".)

Von 600 000 Jungen und Mädchen, die in dem Alter waren, um die Oberschule besuchen zu können, gab es nur 90 000, d. h., 15%, die sie tatsächlich besuchten.

Der Übergang zwischen den verschiedenen Stufen der Erziehung, d. h., von der Volksschule zur Oberschule und von dieser zur Universität, war allzu brüsk.

Die Erziehungsmethoden waren zu formell, fast vollkommen auf das Auswendiglernen und auf Theorie aufgebaut; es fehlte in den Schulen an praktischer Erziehung und an den Möglichkeiten dazu.

Technische Schulen, wenn man die bestehenden als solche bezeichnen konnte, gab es kaum.

Die pädagogischen Kräfte und die Schulen, in denen sie lehrten, waren nicht

nur nicht organisch, sondern auf eine unmögliche Weise eingesetzt; es gab in Kuba 1515 Schulinspekteure (Frankreich z. B. hat nur 500 und ungefähr siebenmal soviel Einwohner wie Kuba). Wie man an diesem in Kuba an sich nicht ungewöhnlichen Beispiel leicht sehen kann (man könnte Hunderte mehr davon anführen!), war die Erziehung nicht auf die Notwendigkeiten und Interessen des Volkes gerichtet, sondern auf das Machtstreben der einzelnen Politiker und die persönliche Bereicherung der Minister. So konnte es dazu kommen, daß, während in manchen Gebieten der Mangel an Schulraum sehr groß war — auf dem Lande fehlten viermal soviel Schulen, wie es überhaupt gab —, in anderen Teilen des Landes oder in einzelnen Erziehungszweigen ein Überfluß herrschte. Man weiß nicht, wie der Kommentar dazu lauten soll: leider oder glücklicherweise.

Zu betonen wäre auch die schlechte Bezahlung der Lehrkräfte, besonders an den Privatschulen, die sich die ganze mißliche Lage zunutze machten; denn da es im allgemeinen nur mit Beziehungen möglich war, an den staatlichen Schulen angestellt zu werden, mußten sich die Lehrer mit den Bedingungen, die ihnen von den Schulleitern gestellt wurden, einverstanden erklären. Meistens mußten die Lehrer ein oder zwei Jahre ohne Bezahlung arbeiten, um die Einstellung zu bekommen. Dabei war dieser „Zweig der Wirtschaft" ein gutes Geschäft; laut Statistiken betrugen die Gesamteinkünfte aller Privatschulen in Kuba im Jahre 1958 35 Mill. Pesos — nicht miteingerechnet sind hier die „Sonderzugaben des Staates", die sie aus allen möglichen Anlässen erhielten —, die Gesamtkosten des Jahres betrugen aber nur etwa 19. Mill. Pesos.

Alle diese Tatsachen sprechen für sich, es ist unnötig, wieder die Enttäuschung der Bevölkerung zu erwähnen. Man muß aber auf die Enttäuschung der Lehrkräfte hinweisen. Diese führte zum Skeptizismus und zur Depression, verbunden mit dem Verlust aller Hoffnung auf eine Besserung der herrschenden Verhältnisse im „Bildungswesen".

Nach der Beschreibung dieser Verhältnisse ist es nicht schwer, sich die Aufgaben vorzustellen, vor denen die revolutionäre Regierung stand. Es galt, das Analphabetentum und den großen Mangel an Schulen, besonders im Innern des Landes, zu beseitigen. Gleichzeitig mußten die Grundlagen für eine wirkliche Erziehungsreform geschaffen werden.

Die Beseitigung des Schulraummangels wurde bereits in den ersten Jahren nach dem Sieg der Revolution begonnen, es sind auch beträchtliche Erfolge erzielt worden; wie man aus Tabelle I ersehen kann, waren am 6. Juli 1961 bereits 10 190 neue Schulklassen in Betrieb genommen, 4/5 davon in ländlichen Gebieten. Im selben Zeitraum sind 9124 neue Planstellen für Lehrer fast ausschließlich in ländlichen Gebieten geschaffen worden; siehe Tabelle II. Damit ist die Zahl der Schüler, die Schulen besuchen können, mehr als verdoppelt worden. Sie ist von 439 551 immatrikulierten Schülern im Kursus 1958—59 auf 1 086 534 angestiegen; siehe Tabelle III. Nicht mit einbezogen sind hier die Zahlen der Privatschulen. Eine genaue Analyse dieser Statistiken wird den Leser mit einigen wichtigen Korrekturen, die die Revolutionsregierung unternommen hat, vertraut machen. Sie erscheinen uns wesentlich, da aus ihnen die Verlegung von Schulen und die Versetzung von Lehrern, besonders von der Hauptstadt in Landgebiete, leicht abzulesen ist.

Im Jahr 1961 hat man sich die Beseitigung des Analphabetentums zur Aufgabe gemacht. Es bedarf kaum eines Kommentars, was es bedeutet, diese Aufgabe in einem bzw. in zwei Jahren durchzuführen. Man darf nicht vergessen, daß die UNESCO 10 Jahre für einen als zu ideal bezeichneten Plan zur Beseitigung des Analphabetentums in Südamerika vorgesehen hat. Auch der Plan Präsident K e n n e d y s , die „Allianz für den Fortschritt", sieht, wenigstens in der Theo-

rie, ein zehnjähriges Programm zur Beseitigung des Analphabetentums in Südamerika vor, mit dem „Ziel", am Ende dieser 10 Jahre eine vierjährige Grundschule für alle südamerikanischen Kinder zu schaffen. (Uns scheinen allerdings diese vier Jahre Grundschulausbildung für alle südamerikanischen Kinder, von denen im allgemeinen die Hälfte bereits den Abschluß einer sechsjährigen Grundschule erreicht, Grund zu ernsten Bedenken zu geben.)

Zu diesen Plänen wäre noch zu sagen: als die entscheidenden Kräfte haben der revolutionäre Geist, der heute in Kuba herrscht, und die Bereitschaft jedes einzelnen, am Aufbau mitzuwirken, die Erreichung dieser Ziele, die Lösung dieser Probleme möglich gemacht. Dafür sind ungefähr 310 000 Personen eingesetzt, die diese Aufgabe freiwillig übernommen haben. 100 000 Oberschüler, 178 000 Lehrkräfte und 30 000 Arbeiter. Mit diesen Kräften hatte man bereits bis zum 1. September 1961 179 209 Analphabeten das Leser und Schreiben beigebracht. Weitere 775 753 sind dabei, dasselbe Ziel zu erreichen; das bedeutet, daß man bis Ende 1961 das abgesteckte Ziel der „Alphabetisation" zum großen Teil verwirklicht haben wird.

Zu der in verschiedenen kubanischen und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften angegebenen Zahl von 1 045 329 Analphabeten muß man hier erklären, daß diese Summe nur die tatsächlichen Zahlen der erfaßten Analphabeten einschließt, die bei einer 1953 durchgeführten Volkszählung festgestellt wurden. Diese Zahlen konnten schon im Jahre 1953 als nicht exakt gelten, da ein Teil der Analphabeten aus den verschiedensten Gründen nicht erfaßt wurde.

In diesem Zusammenhang erscheint es uns auch berechtigt, zu den Kritiken Stellung zu nehmen (an den angeblichen Unstimmigkeiten in den Zahlen der Statistiken und der Unmöglichkeit, sich in diesen zurechtzufinden), die gegen die Revolutionsregierung erhoben worden sind. Von Unstimmigkeiten kann keine Rede sein, wenn es manchmal auch so erscheint. Gewisse Unklarheiten beruhen besonders darauf, daß im allgemeinen wesentliche Fragenkomplexe innerhalb dieser Statistiken nicht berücksichtigt worden sind. Es genügt an dieser Stelle, auf die oben erwähnte angebliche Unstimmigkeit bei den Zahlen der Analphabeten hinzuweisen. Man hätte vielleicht vor der Bekämpfung des Analphabetentums eine Volkszählung unter besonderer Berücksichtigung dieser Frage unternehmen sollen. Das war den Kubanern, die es vorzogen, dieses Geld für andere Zwecke zu investieren — siehe Bekämpfung des Analphabetentums —, zu kostspielig und obendrein zu zeitraubend. Es muß in diesem Zusammenhang auch daran erinnert werden, daß in Südamerika solche oder andere Statistiken kaum existieren, und außerdem, daß man nicht von einer Regierung, die kaum drei Jahre im Amt ist und die ein Chaos vorfand, erwarten kann, daß sie Statistiken über Dinge, die sich noch im Aufbau befinden, herausgibt. Oder glauben diese Leute, daß man zu den gebauten Hochhäusern, Schulen usw., die dazu gehörigen Statistiken binnen zwei Jahren aus der Luft zaubern kann? Im übrigen darf man hier betonen, daß man in Kuba noch nie vorher Statistiken und vorbereitende Untersuchungen so ernst genommen hat, bevor man irgendeine Maßnahme ergreift.

Wie wir oben bereits angedeutet haben: diese Maßnahmen betreffen noch nicht die eigentliche Erziehungsreform; sie müssen als Grundlage angesehen werden, auf der man eine Erziehungsreform beginnen kann. Wo wesentliche Teile der reformbedürftigen Erziehung nicht existierten und wo es 2 Mill. Analphabeten gab, die mit einer Reform kaum mehr zu erfassen wären, war anstatt einer Reform ein neuer Anfang notwendig. Die eigentliche, die wirkliche Erziehungsreform kann eher mittelbar als unmittelbar charakterisiert werden, sie betrifft eine Reihe von Maßnahmen und Prinzipien, für die manchmal nur ein Rahmen geschaffen worden ist. Die Erziehungsreform betrifft den G e i s t des Bildungs-

wesens in Kuba. Dies kann besonders in der Umwandlung der Unterrichtsmethodik gezeigt werden. Man kann nicht Lehrer, die jahrelang nach veralteten Methoden unterrichtet haben, einfach mit einem Erlaß davon abhalten, diese Methoden weiter zu benutzen, und eine neue Methodik von einem Tag zu einem anderen einführen. Man wird in Schnellkursen diese Lehrkräfte mit der neuen Methodik vertraut machen. Was für ungeheure Schwierigkeiten man zu überwinden hat, sieht man schon an dieser speziellen Frage, in Anbetracht der Tatsache, daß es 24 355 Volksschullehrer gab und diese Zahl bis auf 33 479 in den letzten zwei Jahren angestiegen ist. Das sind aber nur die Zahlen, denn das wirkliche Problem liegt in der Erziehung der Erzieher. Deswegen möchten wir versuchen, an Hand von einigen Beispielen die allgemeinen Ideen, die der Reform zugrunde liegen, aufzuzeigen. Dazu gehört:

1. Die Durchführung der Methode, die die tatsächliche Mitarbeit der Schüler im Unterricht vorsieht; diese war in den Grundschulen gesetzlich geregelt, wurde aber kaum beachtet. Zu den Maßnahmen der Revolutionsregierung gehören nicht nur die besondere Beachtung dieser Regel, sie ist auch in der Oberschule, wo sie früher nicht existierte, eingeführt worden.
2. Als ein erstes Ziel wird angestrebt, daß alle Kubaner mindestens eine sechsjährige Grundschulausbildung erreichen. Dieses Ziel stellt aber nur einen Übergang dar, man strebt als wirkliches Ziel eine neunjährige Schulbildung für alle Kubaner an. Dafür ist die „Secundaria Basica" an die Seite der alten Gymnasien getreten.
3. Die Schulen werden so gebaut und die Schulräume so ausgestattet, daß eine Atmosphäre entsteht, in der eine moderne pädagogische Arbeit möglich ist. Dieses wird besonders berücksichtigt in den neuen Schulen, die seit 1959 gebaut wurden; von den alten Schulen sind einige, die in Mietshäusern untergebracht und deshalb für den Schulunterrricht ungeeignet waren, in andere, besser geeignete Gebäude verlegt worden. Man macht den Versuch, einen Schultyp von optimaler Größe, d. h. weder zu groß noch zu klein, zu schaffen. Man muß den früheren Regierungen, besonders der Regierung Batista, danken, daß sie eine so große Anzahl vorbildlicher Kasernen gebaut haben: letzten Endes sind diese Kasernen durch die Umwandlung in Schulen doch zu etwas nützlich geworden ...
4. Die Ganztagsschule ist eingeführt worden, nicht nur, um endgültig die für Kinder und Familie lästigen Hausaufgaben abzuschaffen, sondern auch, um einen besseren pädagogischen Unterricht zu ermöglichen.
5. Die Studienprogramme sind nicht nur auf den verschiedenen Stufen vereinheitlicht, sie sind auch etwas gelockert worden, und es gilt als Grundsatz, daß sie nicht starr sein dürfen; es wird besonderer Wert darauf gelegt, daß sie an die neuen Erkenntnisse der Wissenschaft angepaßt werden müssen; gemeint sind sowohl wissenschaftliche Theorien als auch neue pädagogische Erkenntnisse.
6. Man hat neue Fachschulen gegründet. Außer der schon erwähnten „Escuela Secundaria Basica" wurden zu den alten Pädagogischen Hochschulen die „Centros Vocacionales para Maestros Primarios" eingerichtet. Mit diesen letzteren Schulen will man besonders den Schwierigkeiten begegnen, die dadurch entstanden sind, daß man in Kuba in einer Reihe von Fächern in der Volksschule keine richtigen Lehrer hatte, sondern lediglich Spezialisten, die keinerlei pädagogische Eignung besaßen, z. B. Musiker, die in der Woche nur fünf bis zehn Stunden Unterricht gaben. Nur 25 % der Volksschullehrer waren Fachkräfte, das war nicht nur finanziell unrentabel, sondern auch für die Schüler ein großer Nachteil. In den „Centros Vocacionales para Maestros Prima-

rios" werden Volksschullehrer mit besonderer Berücksichtigung der sogenannten musischen Fächer sowie in anderen Spezialgebieten ausgebildet. Dazu kommen die „Escuela Tecnica Industrial" und die „Escuela Tecnica Agricola" [1]). In allen diesen Schulen, sie stellen eine Stufe zwischen Grundschule und Universität oder Hochschule dar, wird versucht, den Gymnasial- und Oberschulunterricht mit Fachkenntnissen zu vereinigen, um die Schüler auf ihr späteres Berufsleben vorzubereiten. Die Abschlußprüfungen dieser Schulen geben den Schülern gleichzeitig die Möglichkeit, die jeweiligen Hochschulen zu besuchen.

7. Es sind Schulkooperative besonders in ländlichen Gebieten geschaffen worden; diese dienen nicht nur dazu, die Schwierigkeiten eines langen Schulweges zu überwinden, hier unternimmt man auch den Versuch, Land- und Stadtkinder im gemeinsamen Unterricht und auf gemeinsame Aufgaben vorzubereiten. Ein besserer Kontakt der Lehrer zu den Schülern und zu ihrer Arbeit wird dabei angestrebt.

Mit der Nationalisierung der Privatschulen (sie betrifft nur die großen Schulen), wird dem Artikel 26 der Erklärung der Menschenrechte Rechnung getragen; dieser besagt:

„Jeder Mensch hat Anrecht auf eine Erziehung, die Erziehung muß kostenlos sein, wenigstens in Hinsicht auf die primäre und fundamentale Bildung. Die Elementar-Bildung ist Pflicht. Die technische und berufliche Erziehung muß für alle da sein; der Zugang zum höheren Studium muß für alle, in Anbetracht der eigenen Leistung, gleich sein."

Die Nationalisierung der Privatschulen war aber vor allem wegen der Rassen- und Klassendiskriminierung, die an diesen ganz bewußt betrieben wurde, notwendig. Die Nicht-Nationalisierung der kleineren Schulen bedeutet nicht, daß sie weiter nach den veralteten Methoden unterrichten dürfen. Sie sind nicht von den Maßnahmen der Nationalisierung betroffen, müssen sich aber nach den allgemeinen gültigen Grundsätzen der Erziehung in Kuba richten.

Die Reformen, die innerhalb des Universitätsstudiums unternommen worden sind, entsprechen ihrer Tendenz nach dem bisher Erwähnten. Sie betreffen besonders die Pflicht, dem theoretischen Unterricht wenigstens bis zu 80% der Stunden beizuwohnen; zu dem praktischen Unterricht gehört ein Mindestmaß von Aufgaben, die erfüllt werden müssen. Wie es für ein Universitätsstudium erforderlich ist, hat man heute in Kuba dem jeweiligen Fachgebiet eine fundamentale Bibliographie, wie sie an fast allen Universitäten der Welt üblich ist, zugrunde gelegt. Denn die Unsitte des Auswendiglernens herrschte auch weitgehend an der Universität, wo für den Unterricht nur ein Text oder die Minuta bzw. das Protokoll der Vorlesungen benutzt wurde. Die Einstellung der Professoren, über die früher durch eine angebliche Konkurrenz entschieden wurde, wird heute nicht mehr den einzelnen Fachprofessoren überlassen, sondern durch die Gremien der Fakultäten entschieden und durch Vertrag geregelt. Dadurch sind die früheren Möglichkeiten der Begünstigungen weitgehend ausgeschlossen. Die Professoren müssen heute ihre Eignung durch jährliche Berichte nachweisen.

Am wichtigsten scheint uns aber die Verwirklichung der vollen Mitbestimmung der Studenten an den Universitäten. Als oberster Rat der Universität ist eine Körperschaft, bestehend aus vier Professoren und vier Studenten, in der der Rektor den Vorsitz hat, gebildet worden. Sie stellt eine Art Aufsichtsbehörde dar, wodurch die Studenten einen maßgebenden Einfluß bei den einzelnen Entschei-

[1]) Mit ihnen hat man endlich die bestehende Lücke bei den technischen Schulen geschlossen.

dungen gewinnen. Dieser Einfluß wird etwas abgeschwächt durch die Tatsache, daß die eigentliche Leitung in den Händen der „Consejo Docente" liegt, einer Körperschaft, die sich aus dem Rektor, vier Professoren und einem Studenten zusammensetzt. Diese Körperschaft waltet über den Erziehungsfragen, der Einstellung der Professoren, der Koordinierung der Arbeit usw.; dazu kommen zwei weitere Körperschaften, die mit der Orientierung der Forschung und dem Austausch betraut sind.

Wir hoffen, hiermit einen Einblick in den Komplex von Fragen, die die kubanische Erziehungsreform betreffen, gegeben zu haben. Es ist an anderer Stelle dieses Artikels schon gesagt worden, daß die Erziehungsreform eine Reihe von Maßnahmen und Ideen einschließt, Prinzipien, die sich nur in einer kontinuierlichen Entwicklung verwirklichen lassen. In Kuba war die Erziehung im Enzyklopädismus steckengeblieben oder, besser gesagt, darauf zurückgeworfen. Wobei der Genuß dieser, unseren Notwendigkeiten nicht mehr entsprechenden Erziehung der wohlhabenden Klasse vorbehalten war. Deshalb ist diese Erziehungsreform von dem Erziehungsminister als integral bezeichnet worden. Aber:

Die Bezeichnung integral darf nicht mit der einfachen Idee identifiziert werden, die versuchte, unsere veralteten und desintegrierten Erziehungsstrukturen sofort und auf Anhieb zu ändern; darunter ist im Gegenteil zu verstehen, daß dieses Projekt darin besteht, eine Aktion zu unternehmen, die sich in zwei große und grundsätzliche Richtungen orientiert; einmal ein sicheres und langsames Aufbauen auf lange Sicht, geplant bis ins kleinste Detail; zum anderen von großer unmittelbarer Dringlichkeit, darauf gerichtet, die unfaßbaren Ungerechtigkeiten, denen immer wieder die Zurückgestellten der Nation zum Opfer fielen und deren Aufhebung daher unaufschiebbar war, zu berichtigen; jene, die in der revolutionären Geste eine außerordentliche Würde, Hingabe, unendliches Heldentum bewiesen".

Anhang:

Tabelle I

Vergleichende Zahlen der Schulen und Schulklassen 1958 und 1961

		PROVINZEN						
	Jahr	Pinar del Rio	Habana	Matanzas	Las Villas	Camagüey	Oriente	Total
Zahl der Stadtschulen	1958	228	1300	287	735	272	661	3483
	1961	196	841	201	672	291	799	3000
Zahl der Landschulen	1958	738	580	593	1191	543	1308	4953
	1961	1076	811	691	2014	1182	3944	9718
Gesamtzahl der Stadt- und Landschulen	1958	966	1880	880	1926	815	1969	8436
	1961	1272	1652	892	2686	1473	4743	12718
Zahl der Schulräume in der Stadt	1958	856	6183	1247	2284	823	2146	13539
	1961	899	6459	1178	2609	1146	3407	15698
Zahl der Schulräume auf dem Land	1958	986	788	661	1308	590	1373	5706
	1961	1978	902	833	2723	1453	5848	13737
Gesamtzahl der Stadt- und Landschulräume	1958	1842	6971	1908	3592	1413	3519	19245
	1961	2877	7361	2011	5332	2599	9255	29435

Tabelle II

Vergleichende Zahlen der Lehrerplanstellen in Stadt und Land 1958, 1961

PROVINZEN

	Jahr	Pinar del Rio	Habana	Matanzas	Las Villas	Camagüey	Oriente	Total
Zahl der Lehrer	1958	1060	8802	1646	2865	1082	3052	18507
an Stadtschulen	1961	1068	8129	1506	2869	1205	3579	18356
Zahl der Lehrer	1958	1011	820	662	1332	601	1422	5848
an Stadtschulen	1961	1958	974	833	2842	1853	6663	15123
Gesamtzahl d. Lehrer	1958	2071	9622	2308	4197	1683	4474	24355
an Stadt- und Landschulen	1961	3026	9103	2339	5711	3058	10242	33479

Tabelle III

Vergleichende Zahlen über den Besuch der Grundschule 1958 und 1961

	Jahr	Vorschuljahr	1. Schuljahr	2. Schuljahr	3. Schuljahr	4. Schuljahr	5. Schuljahr	6. Schuljahr	Total
Immatrik. an den									
städt. nation.	1958	37190	51810	37433	31272	26162	18978	14860	217705
Grundschulen	1961	80264	171216	96100	76876	64937	47674	35921	572988
Immatrik. an den									
ländl. nation.	1958	4550	96905	46650	32915	22372	12223	6231	221846
Grundschulen	1961	14095	288031	97317	53794	33787	17449	9037	513546
Summe d. Imm.									
an nation. ländl.									
und städtischen	1958	41740	148715	84083	64187	48534	31201	21091	439551
Grundschulen	1961	94359	459247(!)	193417	130670	98724	65123	44994	1086534

Heinrich Steege

Rettet den Menschen!

Ein Grußwort für Martin Niemöller, den Siebzigjährigen

Es gab einen evangelischen Kirchentag, der unter dieser Losung stand: Rettet den Menschen! Wir meinen, das sei auch die treffendste Überschrift für das, was hier zu sagen ist. Denn so kurvenreich der Weg verlaufen sein mag, den der Mann, der an der Schwelle seines achten Lebensjahrzehnts angelangt ist, zurückgelegt, — etwas von dieser verantwortlichen Verbundenheit mit den Mitmenschen wird auf allen Stufen und in allen Situationen deutlich. Also auch schon in einem Lebensstadium, das von seinem gegenwärtigen Lebensstand weitab zu liegen scheint.

Martin Niemöller wurzelt als Sproß eines alten westfälischen Bauerngeschlechts und als Pfarrerssohn in der christlich-konservativen Überlieferung der deutschen Geschichte vor 1914. Er erwählt den Offiziersberuf, kommt zur kaiserlichen Marine und kämpft als U-Boot-Kommandant tapfer und erfolgreich im Ersten Weltkrieg. Freilich, wer sein Buch „Vom U-Boot zur Kanzel" gelesen hat, weiß, daß ihm damals schon mindestens in einer bestimmten Situation die Frage nach der Vereinbarkeit von geforderter soldatischer Pflichterfüllung und christlicher Gewissensbindung brennend geworden ist.

Nach der deutschen Kapitulation von 1918 wird es ihm schwer, von einer zu Ende gehenden völkischen Tradition Abschied zu nehmen. Er steht denen sehr nahe, die bemüht sind, das Versinkende zu halten und wieder aufzurichten. Als sein Bruder bereits 1922 der NSDAP beitritt, ist er geneigt, ihm auf diesem Wege zu folgen. Nur die Erwägung, daß die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei nicht mit dem Pfarrerberuf, den er anstrebte, zu vereinbaren sei, läßt ihn von dem Schritt absehen. Noch im Jahre 1933 begrüßt er die „Machtergreifung" und vertraut auf das Parteiprogramm, das die Verwirklichung eines „positiven Christentums" versprach. Wie anders das gemeint war, wurde bald deutlich und braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden. Niemöller steht schon bald in entschlossenem Gegensatz zu den „Deutschen Christen" und gründet den Pfarrer-Notbund, dem in besonders starkem Maße Amtsbrüder aus der Frontgeneration beitreten. Es ist beachtenswert, daß in den Statuten der neuen Bruderschaft, die von der Verpflichtung auf das Ordinationsgelübde ausgehen, die Ablehnung des Arierparagraphen im kirchlichen Bereich eine entscheidende Rolle spielt. Das ist gewiß eine Frage des christlichen Bekenntnisses, aber vor allem auch ein menschliches Problem. Niemöller führt als der entschlossenste Streiter in ganz klarer Erkenntnis den Kampf für die im Evangelium bezeugte Freiheit des Menschen gegen den menschenfeindlichen Totalitarismus des Hitlerregims. Er ist dafür bald der persönliche Gefangene des „Führers" in Sachsenhausen und Dachau.

Als er 1945 nach gnädiger Befreiung wieder auf den Kampfplatz tritt, kommt er mit einer Botschaft, die viele verwirrt. Die Kirchenführer beraten im August in Treysa über den weiteren Weg. Niemöller kommt ungeladen, als der Abgesandte des Reichsbruderrates der Bekennenden Kirche, der in Frankfurt versammelt war. Er trifft die verantwortlichen Männer in einer an sich begreiflichen Siegesstimmung. „Sie hätten", so schreibt er, „diese selbstzufriedene Kirche in Treysa sehen sollen: Wir haben das Volk richtig geführt. Die Kirche hat nicht versagt!" Demgegenüber erinnert er eindringlich an die schuldhafte Vergangenheit und warnt vor Unbußfertigkeit und voreiliger Restauration. Aber er klagt nicht die andern an. Nein — „die eigentliche Schuld liegt auf der Kirche; denn sie

allein wußte, daß der eingeschlagene Weg ins Verderben führte, und sie hat unser Volk nicht gewarnt". Er nimmt auch die Bekennende Kirche nicht von dieser Anklage aus, ja, er nimmt sich selbst nicht aus. Es steht ihm fest, daß niemand sich freisprechen kann, am allerwenigsten die christliche Gemeinde. „Nein, die Kirche hat nicht gesiegt. Sie hat versagt, weil sie das Gericht um sich her auf andere bezieht, nur nicht auf sich selbst".

Dieser Bußruf hätte unabsehbare Folgen haben können, wenn er wirklich gehört worden wäre. Zunächst kommt es bei der ersten Begegnung mit Vertretern ausländischer Kirchen zu der bekannt gewordenen Stuttgarter Schulderklärung. Es ist ein bewegender Augenblick. Die Männer der Bekennenden Kirche, Wurm und Niesel, Asmussen und Dibelius, Held und Heinemann, Meiser und Smend, Lilje und Niemöller, bekennen vor den Brüdern aus der Ökumene: „Wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben". Das hat eine zweifache Folge. Auf der einen Seite geschieht das Wunder: Eine Brücke des Vertrauens wird gebaut. Türen gehen auf. Die deutsche Christenheit findet überraschend schnell den Weg zurück in die ökumenische Gemeinschaft. Aber auch das geschlagene und verfemte deutsche Volk findet zurück in die Gemeinschaft der Völker.

Trotzdem erhebt sich gegen die Verfasser des Schuldbekenntnisses, das Niemöller als eine „Freiheits-Charta der Evangelischen Kirche Deutschlands" bezeichnet, ein ganz unberechtigter Vorwurf. Weil man unbußfertig ist und von eigener Schuld nichts wissen will, darum empfindet man das Wort von Stuttgart als eine Beschuldigung, gegen die man sich glaubt zur Wehr setzen zu müssen. Die Gemüter erhitzen sich in der Debatte um den Begriff der Kollektivschuld, mit der die Erklärung angeblich das deutsche Volk belastet habe. Martin Niemöller hat zum ersten Mal eine entschlossene Front gegen sich. Das läßt ihn aber nicht irre werden. Die nächsten Jahre unermüdlichen Reisens sind gekennzeichnet durch das doppelte Bemühen, im deutschen Volk und in der deutschen Christenheit Verständnis zu wecken für das, was in der Schulderklärung steht, in der Ökumene und in der weiten Welt aber ein Anwalt und Fürsprecher der Deutschen zu sein. „Ich habe zwei Jahre nichts getan, als den Menschen diese Schulderklärung zu predigen, — leider umsonst!" So zieht er die Bilanz. Während er aber in Deutschland wie gegen eine Wand spricht, findet er draußen Gehör. Als erste Deutsche reisen Martin Niemöller und seine Frau im Dezember 1946 nach den Vereinigten Staaten und werben in vielen Orten für das am Boden liegende hungernde deutsche Volk. Ein Strom tätiger Liebe setzt ein.

Vielleicht kommt die Hilfe zu schnell. Vielleicht verhindert der in Westdeutschland bald einsetzende Aufbau die innere Erneuerung, um die Niemöller leidenschaftlich ringt. Was in Kirche und Staat geschieht, ist in seinen Augen der Sieg der Restauration, den er immer gefürchtet. Man könnte auch sagen: Der Sieg der Unbußfertigkeit. Der hessische Kirchenpräsident, der seit dem 1. Oktober 1947 selbst ein kirchenleitendes Amt bekleidet, steht der Entwicklung in den Landeskirchen sehr kritisch gegenüber. Konfessionalistische und hierarchische Strömungen setzen sich durch und führen mehr und mehr wieder zu einer Entmündigung der Gemeinde, so sehr man auch die Laien zum Einsatz ruft. Auf staatlicher Ebene zeichnet sich eine entsprechende Entwicklung ab. Die Gründung der westdeutschen Bundesrepublik besiegelt nach Niemöllers klarer Voraussicht die Teilung Deutschlands, weshalb er diesen Schritt entschlossen ablehnt. An das berühmt gewordene Higgins-Interview vom 11. Dezember 1949, das mit seiner Behauptung, die Bundesrepublik sei in Rom gezeugt und in Washington geboren, soviel Staub aufwirbelt, mag nur im Vorbeigehen erinnert werden.

Es ist unverkennbar, daß der Kirchenmann, der immer betont hat, daß er kein Politiker sei, mit solchen Äußerungen nun doch in die politische Arena eingetreten ist. Muß er es nicht? „Es ist schon eine jammervolle Welt und eine noch jammervollere Kirche", so sagt er. Darf aber einer, und sei er auch Priester oder Levit, vorbeigehen, wenn der Mensch ausgeraubt und blutig geschlagen an seinem Wege liegt? Niemöller macht sich auf, dem hilfsbedürftigen Mitmenschen zu helfen. Andere machen sich auch auf. Es ist — wie sollte es nicht so sein? — die Zeit der großen Hilfsaktionen auf religiöser und humanitärer, auf nationaler und internationaler Grundlage. Die Zeit fordert eine Diakonie im Weltmaßstab. Niemöller geht seinen besonderen Weg. Er verlangt, daß auch für das politische Handeln die christliche Liebesregel als maßgeblich anerkannt werde. Das bedeutet nicht, daß die Politik nicht ihrem Gesetz zu folgen habe. Es bedeutet aber, daß es zuerst und zuletzt um den Menschen gehen muß, nicht um irgendwelche „höheren Zwecke". Niemöller denkt vom Evangelium her restlos anti-ideologisch. Das Wissen darum, daß Gott sich des Menschen angenommen hat, macht es unmöglich, irgendeinen Wert diesem von Gott geliebten Menschen vorzuordnen. „Als Christen, denen die Botschaft gesagt ist, sollen wir es wissen, daß Jesus Christus nun eben nicht für irgendeinen dieser höheren Zwecke gesandt wurde, daß er nicht für die Kultur oder für das Vaterland oder für die Freiheit gestorben ist, sondern für den Menschen, für den sündigen, unmenschlichen Menschen, den Gott über alles liebt, für den Gott selbst seinen einzigen Sohn, den wahren Menschen, hingegeben und geopfert hat! — Wer darf als Christ noch behaupten, daß es dennoch höhere Zwecke gebe, denen wiederum dieser Mensch geopfert werden dürfe oder müsse?!"

Von daher kreisen die Gedanken Niemöllers um das Schicksal seines Volkes und um das Schicksal der Welt. Die brennende Sorge treibt ihn um, daß wir im Genuß der westdeutschen Bundesherrlichkeit doch jene 17 Millionen jenseits des Eisernen Vorhangs abschreiben und eben „höheren Zwecken" opfern möchten. Niemöller ringt leidenschaftlich um die deutsche Wiedervereinigung, — nicht um eines nationalen Prestiges willen. Er ist der Überzeugung, daß die Frage der nationalen Grenzen keine Frage sei, die uns besondere Not machen müsse. Aber es geht ihm um die Menschen. Die amerikanische Reporterin schreibt nach dem schon erwähnten Interview einen Aufsatz unter der Überschrift: „Niemöller für ein vereinigtes Reich, auch wenn es rot ist." Das ist sicher nicht seine Meinung. Niemöller hat sich stets einmütig zur westlichen Welt bekannt, aber ebenso entschlossen den Kreuzzugsgedanken abgelehnt. Es geht nicht an, den Glauben mit Gewalt verteidigen und ausbreiten zu wollen. Damit ginge es wieder nicht um den Menschen, sondern um die „Religion". Es ist aber fragwürdig, wenn man meint, die „Seele" des Menschen retten zu müssen, während man ihn selbst preisgibt. Für seinen Glauben hat der Christ nach Niemöllers Meinung nichts zu fürchten. „Wer kann uns denn zu Kommunisten machen?" Im äußersten Fall wird er für seinen Glauben leiden und sterben.

Es ist beachtenswert, wie hier vom Evangelium her die gegenwärtige Situation gesehen wird. Ohne Zweifel ist die Menschheit im höchsten Grade bedroht. Aber Niemöller steht den Welteroberungsplänen der östlichen Ideologie mit Gelassenheit gegenüber. Dazu glaubt er als Christ ein Recht zu haben. Er hat dem Osten gegenüber immer eine offensive, verständigungsbereite, opferwillige Koexistenz-Politik empfohlen, im Gegensatz zu der von Bonn hartnäckig betriebenen einseitigen antikommunistischen Westorientierung, die den Gegensatz immer mehr vertieft und die Mauer immer höher wachsen läßt.

Eine viel größere Bedrohung der Menschheit sieht Niemöller in der seit

1950 wieder dauernd akuten Kriegsgefahr, in der ständig fortschreitenden verderbenbringenden Waffentechnik und in dem weite Teile der Erdbevölkerung bedrängenden Lebensmittelmangel. Der Ost-West-Gegensatz scheint keinem Volk eine andere Wahl zu lassen, als sich für eine der beiden Seiten zu entscheiden. Auch die Bundesrepublik, die bis 1950 den Entschluß bekundete, neutral und abgerüstet zu bleiben und das damit verbundene Risiko zu tragen, vollzieht eine scharfe Wendung. Mit dem Angebot an die Westmächte, einen deutschen Rüstungsbeitrag zu leisten, leitet der Bundeskanzler das heiße Ringen um Wiederbewaffnung und Eingliederung in das westliche Verteidigungsbündnis ein. Die Warnungen derer, die diese Entwicklung als verhängnisvoll ansehen und sich mit ganzer Kraft entgegenstemmen, bleiben ungehört. Martin Niemöller hat erst kürzlich diese Jahre zwischen 1950 und 1954 als die schwersten seines Lebens bezeichnet. Er sah zum zweitenmal eine große Hoffnung dahinschwinden. Hatte das Volk seine Predigt von der Buße und dem Angebot der befreienden Gnade nicht gehört, so schlug es jetzt, in falscher Sorge um seine Sicherheit, auch jede sich bietende echte Friedensmöglichkeit aus und wählte die gefährliche Politik der Stärke, die in die Ausweglosigkeit der gegenwärtigen Situation führen mußte. Uns ist es, als wiederhole sich hier, was uns beim Propheten Israels begegnet: Glaubt ihr nicht, so bleibt ihr nicht!

Das Jahr 1954 hat Niemöller wiederholt als schicksalhaft für die Menschheit bezeichnet. Die Erfindung der Wasserstoffbombe macht die Bedrohung der Menschheit vollständig. Das ist für den unerbittlichen Warner ein Alarmsignal von höchster Dringlichkeit. Seine Mahnungen und Warnungen werden noch dringender. Wenn er bisher den Krieg aus praktischen Erwägungen ablehnte und immer betonte, er sei kein grundsätzlicher Pazifist, so wird er jetzt Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft. Dabei wird ihm immer wichtiger, auf „die eigentliche Gefahr für den Frieden" hinzuweisen. Mit dem Kommunismus kann man sich verständigen und braucht dabei nichts zu verlieren. Die Tatsache, „daß mehr als die Hälfte der Menschheit Hunger leidet", müßte nicht nur unser Gewissen aufrütteln, sondern die westliche Welt zu einer entschlossenen Kursänderung veranlassen. Die Frage der Rüstungsbegrenzung, ja, der totalen Abrüstung wird gerade auch von daher zur gebieterischen Notwendigkeit. Wer will es verantworten, daß wir Unsummen für die Aufrüstung anlegen, während täglich 200 000 Menschen am Hunger sterben! Wer sich das vor Augen stellt, wird begreifen, daß gelegentlich einmal harte, vielleicht zu harte Worte fallen, wie in der bekannten Kasseler Rede vor drei Jahren.

Man kann Martin Niemöller, äußerlich betrachtet, nicht zu einem erfolgreichen Lebenswerk beglückwünschen. Er teilt das Los vieler, die immer wieder nicht gehört wurden, die sich dadurch aber nicht entmutigen lassen. Es ist bedrückend, daß unser Volk seinen Weg weiter geht, obwohl von Tag zu Tag deutlicher wird, daß der Mahner recht behielt. Soll das bis ans bittere Ende gehen? Oder dürfen wir Hoffnung daraus schöpfen, daß das Lebenswerk des im Unfall gnädig Bewahrten noch fortgehen darf, ja, daß ihm seine Berufung in das Präsidium des Weltkirchenrates noch einmal eine große Möglichkeit schenkt?

Anhang

Als wertvolle Hilfen wurden benutzt und seien empfohlen:

Martin Niemöller, Reden 1945—1954, Stimme-Verlag 1958.
Martin Niemöller, Reden 1955—1957, Stimme-Verlag 1957.
Martin Niemöller, Reden 1958—1961, Stimme-Verlag 1961.
Martin Niemöller, Herr, wohin sollen wir gehen? Predigten, Kaiser-Verlag 1956.
Bekennende Kirche, Martin Niemöller zum 60. Geburtstag, Kaiser-Verlag 1952.
Dietmar Schmidt, Martin Niemöller, Rowohlt-Verlag 1959.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Die österreichische Lösung

Vor mehr als sechs Jahren ging in der Bundesrepublik eine politische Formel um, die man in den verschiedenen „Lagern" verschieden interpretierte. „Frieden durch Neutralität?" hieß das Schlagwort. Die einen meinten, hier ein brauchbares Rezept für die deutsche Wiedervereinigung gefunden zu haben, die anderen sprachen dagegen von „gefährlichem Wunschdenken". Am 15. Mai 1955 hatten die Außenminister Dulles, Molotow, MacMillan und Pinay ihre Unterschrift unter den „Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs" gesetzt und dem südöstlichen Nachbarn Deutschlands „seinen Frieden" gewährt.

Von einem der wichtigsten Dokumente der Nichkriegszeit zu sprechen, mag heute übertrieben erscheinen. Immerhin war es das erste Mal nach langen Krisenjahren, daß die vier Großmächte sich auf einen gemeinsamen Vertrag einigen konnten, der einen Spannungsherd in Europa beseitigte. Weiterhin wurde der „Geist von Wien" als ein möglicher Ausgangspunkt für weitere Entwicklungen in Europa angesehen und natürlich seine Präzedenz für Deutschland diskutiert.

Diese Diskussionen, deren Kernsatz die Frage war, ob die Neutralität auch für Deutschland ein möglicher Weg sein könne, der es seiner Wiedervereinigung näher bringen werde, ist eigentlich nie ganz verstummt. Wahrscheinlich schon 1962 dürften die Verhandlungen über unseren Friedensvertrag wieder auf der Tagesordnung internationaler Konferenzen stehen; und so scheint es nützlich (trotz der damals „verpaßten Gelegenheiten"), die „österreichischen Erfahrungen" noch einmal zu prüfen.

Das Material liegt handlich und wohlgeordnet vor. Der Österreichische Bundesverlag in Wien hat auf knapp 450 Seiten in einer dreiteiligen Sammlung die einschlägigen Dokumente veröffentlicht[1]). Teil I beginnt mit der Atlantik-Charta des Jahres 1941 und umfaßt die Zeit bis zur Berliner Außenministerkonferenz 1954. Band II schließt dort an und enthält vor allem den Text des Staatsvertrages, seiner Annexe, das wichtige Moskauer Memorandum vom 15. April 1955 und die Neutralitätserklärung vom Oktober des gleichen Jahres. Der III. Teil, eine spätere Auflage, hat die wichtigsten Unterlagen noch einmal zusammengefaßt und interessante historische und statistische Details beigefügt. Hier finden sich u. a. Wahlgesetze aus den Jahren 1873, 1896 und 1907, das Gesetz über die „Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich" vom 12. November 1918 und Tabellen über die Stellung der Parteien in den letzten 50 Jahren mit allen Ergebnissen der Nationalratswahlen seit 1945.

Die „österreichische Frage" beschäftigte die Alliierten in ihren Kriegsplanungen für die Nachkriegszeit schon im Jahr 1943. In der „Moskauer Deklaration über Österreich" vom 1. November 1943 sicherten sie dem Land die Wiederherstellung seiner Staatlichkeit und die Unabhängigkeit von Deutschland zu. Aber gleichzeitig hieß es:

„Österreich wird aber auch daran erinnert, daß es für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entrinnen kann, und daß anläßlich der endgültigen Abrechnung Bedachtnahme darauf, wieviel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird." (Dokumente I, S. 8)

Aus dieser Verquickung — einesteils galt Österreich als „befreit", auf der anderen Seite war es „besiegt" — entstand später der Terminus „Staatsvertrag", den die Großmächte zur deutlichen Abhebung von den „Friedensverträgen" mit den Achsenmächten wählten. Auch sonst verlief die Entwicklung anders als in Deutschland. Zwar teilten die Alliierten Österreich ebenfalls in vier Besatzungszonen und die Hauptstadt Wien in vier Sektoren, sowie — unterschiedlich zu Berlin — in ein internationales Gebiet, das unter wirklich gemeinsamer (der „Vier in einem Jeep") Kontrolle stand. Aber schon das erste „Staatsgesetzblatt der Republik Österreich", ausgegeben am 1. Mai 1945, enthielt eine von

den Sozialisten, der Österreichischen Volkspartei und den Kommunisten gemeinsam verfaßte „Unabhängigkeitserklärung" (Dokumente I, S. 11 ff), und Ende 1945 verfügte das Land über eigene Regierungsorgane. Der Staatsvertrag jedoch geriet zwischen die Mühlsteine des Kalten Krieges. Wiener Regierungsmitglieder gaben dazu später ausführliche Resumees (Dokumente I, S. 29; II, S. 43). In mehr als 260 Sitzungen befaßten sich die Beauftragten der vier Regierungen in der Zeit von 1947 bis Anfang 1954 mit der Materie. Im November 1949 hatten zwar von den 53 Artikeln des ausgearbeiteten Entwurfs 48 die Zustimmung von Ost und West (Dokumente I, S. 38), Streitpunkte aber blieben vor allem der künftige militär-politische Status Österreichs, die Zukunft des dort verbliebenen deutschen Eigentums und die Reparationsfrage.

Auch Österreich drohte eine Zeitlang die staatliche Teilung. Als die Verhandlungen über den Vertragsentwurf in eine Sackgasse gerieten, präsentierten Washington, London und Paris im März 1952 den sogenannten Kurzvertrag. Er enthielt nur acht Artikel und — was ihn nach Ansicht des Ostens unannehmbar machte — keinerlei Bestimmungen über Rüstungsbeschränkungen. Moskau verlangte die Zurücknahme vor weiteren Verhandlungen.

Die österreichische Regierung erkannte bald, daß ein Vertrag auf dieser Grundlage nicht zu erreichen war. Im Jahre 1953, als sich bald nach Stalins Tod die ersten Zeichen einer beginnenden Entspannung bemerkbar machten (und die deutsche Bundesregierung mit Hinweis auf das von ihr eifrig betriebene EVG-Projekt alle Forderungen nach „neuen Gedanken" zurückwies), unternahm Wien eine neue Initiative. Außenminister Dr. Gruber suchte am 25. Juni 1953 in Luzern den indischen Ministerpräsidenten Nehru auf und bat um dessen „gute Dienste". Nehrus Botschafter in Moskau, Menon, hatte bald darauf eine Unterredung im Kreml, bei der zum ersten Male die Verpflichtung Österreichs zur Debatte stand, „fremden Mächten keine militärischen Stützpunkte zur Verfügung zu stellen" und militärische Bündnisse außerhalb der Vereinten Nationen nicht einzugehen. Dieser Vorstoß muß von den Westmächten, besonders in Washington, zunächst skeptisch aufgenommen worden sein, denn als die vorbereitenden Gespräche auf der Berliner Außenministerkonferenz im Januar/Februar 1954 begannen, äußerte Dulles einige Vorbehalte. Dr. Bruno Kreisky, prominenter SPÖ-Politiker und seit einigen Jahren Vertreter seiner Partei im Kabinett, hat darüber in einem vor der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft gehaltenen Vortrag berichtet, der als Vorlage für eine sehr lesenswerte kleine Schrift diente[2]). Kreisky schreibt:

„Während der Berliner Konferenz hatten Bundesminister Figl und ich ein Gespräch mit Außenminister Dulles. Er gab damals zu bedenken, ob die vorher erwähnte Erklärung der Bundesregierung nicht doch große Risiken beinhalte, und schilderte uns die Bedeutung, die die Zugehörigkeit zu einem großen Bündnissystem für kleine Staaten habe. Ich erlaubte mir, ihm zu erwidern, daß ich sehr wohl verstehe, daß sich kleine Staaten in einem Bündnis mit großen mächtigen Nationen sicher fühlen könnten, daß aber für Österreich bei seiner geographischen und politischen Lage (!) eine solche Lösung deshalb nicht denkbar wäre, weil es seit 1945 nur ein Axiom der österreichischen Politik gebe, nämlich: die Einheit des Landes aufrechtzuerhalten. Den Anschluß an eines der bestehenden Bündnissysteme ins Auge zu fassen, würde unweigerlich die Teilung Österreichs bringen." (S. 7)

Auf der gleichen Konferenz übrigens empfing der Leiter der westdeutschen Beobachterdelegation, Botschafter Blankenhorn, einen Bundestagsabgeordneten mit den Worten: „Herr Dehler, Sie brauchen keine Angst zu haben; es kommt nichts zustande." Adenauer — so schilderte Dehler während einer außenpolitischen Parlamentsdebatte sein Erlebnis — habe dem hinzugefügt:

„Es ist nichts auszuhandeln und nichts einzuhandeln. Die europäische Integration ist notwendiger denn je."

Obwohl die österreichische Regierung den vier Ministern ihre grundsätzliche Bereitschaft versicherte, sich „nicht ... irgendwelchen Militärbündnissen anzuschließen" (Dokumente I, S. 42), kam auf der Konferenz in Berlin im Februar 1954 noch keine Einigung über den Staatsvertrag zustande. Chrustschow hat Bundeskanzler Raab später erzählt, daß auch der sowjetische Außenminister Molotow damals gegen einen Abzug der Roten Armee gewesen sei, „um einen neuerlichen Anschluß Österreichs an Deutschland" zu verhindern. (Kreisky, S. 5)

Vierzehn Monate später, im April 1955, kam dann jene Urkunde zustande, die die Österreicher heute als die Geburtsstunde ihrer Freiheit betrachten. Eine Regierungsdelegation verhandelte auf sowjetische Einladung im Kreml und kehrte mit der Zusage zurück, Moskau werde eine künftige „immerwährende Neutralität der Art..., wie sie von der Schweiz gehandhabt wird" (Dokumente II, S. 7 ff; III, S. 24 ff) achten. Der Weg zur Ausfertigung des Vertragswerkes war frei.

Inhalt und Grenzen der gewählten Neutralität umschrieb der österreichische Nationalrat in einem am 26. Oktober 1955 beschlossenen und mit den Unterschriften aller amtierenden Kabinettsmitglieder verkündeten „Bundesverfassungsgesetz" (Dokumente II, S. 109, III, S. 84). Die Formel, die auf das „Moskauer Memorandum" zurückgeht, lautete:

„1. Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht erhalten und verteidigen.

2. Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen."

Bundeskanzler Raab begründete auch, weshalb das Gesetz erst fünf Monate nach Abschluß des Staatsvertrages erlassen werde: „Der vorliegende Gesetzentwurf gelangt erst heute zur Abstimmung, da der letzte fremde Soldat österreichischen Boden verlassen hat, um eindeutig darzutun, daß die Beschlußfassung der legitimen, frei gewählten österreichischen Volksvertretung in voller Unabhängigkeit und in voller Freiheit erfolgt."

Gleichzeitig gab Raab eine Auslegung der oben zitierten zwei Punkte, die von besonderem Interesse ist: „Ich habe schon betont, daß das vorliegende Bundesverfassungsgesetz die Möglichkeit eröffnet, die Gesetzgebung des Bundes und der Länder sowie die Vollziehung in der Richtung der Führung einer neutralen Außenpolitik zu binden. Damit ist eine weitere wichtige Feststellung gemacht, die sich wie folgt zusammenfassen läßt: Durch den Gesetzgebungsakt werden in keiner Weise die Grund- und Freiheitsrechte der Staatsbürger beschränkt... Die geistige und politische Freiheit des einzelnen, insbesondere die Freiheit der Presse und der Meinungsäußerung wird durch die dauernde Neutralität eines Staates nicht berührt. Damit ist auch keine Verpflichtung zur ideologischen Neutralität verbunden." (Dokumente II, S. 114 f, III, S. 88 f)

Über die Besonderheiten der österreichischen Neutralität, ihre Möglichkeiten für andere Länder, ihre Unterschiede und Gemeinsamkeiten, verglichen mit der Schweiz und Schweden, ist in den letzten Jahren viel geschrieben worden. Eine kürzlich erschienene und keineswegs vollständige Bibliographie verzeichnet schon mehr als 170 Aufsatz- und Buchtitel. Dem wohl bekanntesten Völkerrechtler des heutigen Österreich, dem Wiener Professor Verdross, verdanken wir einen ausgezeichneten Führer durch die wichtigsten Meinungen[3]). Auf nur 30 Druckseiten hat Verdross Thesen und Antithesen festgehalten und ein instruktives Kapitel über die „permanente Neutralität" der Schweiz eingefügt. Verdross behandelt „Neutralitätsrecht" und „Neutralitätspolitik" und definiert letztere als „jene Maßnahmen, die ein Staat in eigenem Interesse ergreift, um seine Neutralität gegen innere und äußere Gefahren zu sichern". Hier seien viele Varianten denkbar. So sei die Schweiz den Vereinten Nationen ferngeblieben, Österreich dagegen Mitglied der Weltorganisation geworden. Der Autor befaßt sich auch mit den „Pflichten des Staatsbürgers eines immerwährend neutralen Staates" und meint dazu: „Wenngleich der einzelne Bürger ... keine völkerrechtlichen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland hat, hat er doch Pflichten gegenüber seinem Heimatstaat." Zu diesen Pflichten gehört nach Verdross, „in der Kritik ausländischer Verhältnisse sachlich und maßvoll zu sein", was aber keineswegs eine „Gesinnungsneutralität" bedeute.

Hans W. Goldschmidt

Anmerkungen:

1) „Freiheit für Österreich", Dokumente I, 80 S., 3,85 DM — „Österreich frei", Dokumente II, 160 S., 3,20 DM — „Österreich, freies Land, freies Volk", Dokumente III, 208 S., 4,50 DM. (Erschienen im Österreichischen Bundesverlag, Wien.)

2) Bruno Kreisky, „Die österreichische Neutralität", Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Wien, 23 Seiten.

3) Prof. Dr. Alfred Verdross, „Die immerwährende Neutralität der Republik Österreich", Österreichischer Bundesverlag, Wien, 30 S., 1,— DM.

Henry Moore als Politikum

In letzter Zeit sind, z. B. in Hamburg, verschiedentlich öffentlich aufgestellte Werke der modernen Kunst einer besonderen Art „Kritik" unterzogen worden. Dies gibt uns Veranlassung, auf einen weiteren solchen Vorfall im Zusammenhang mit der vorjährigen „Bundesgartenschau" in Stuttgart zurückzukommen. Ein Gegenstand dort paßte nicht zu dem perfektioniert ausgebreiteten ästhetischen keep-smiling des bundesrepublikanischen Mustergartens. Ein ästhetischer Gegenstand von hohem Range zwar, aber von sehr spezifischer Art, zugehörig jenem Phänomen, das — mit sehr verschiedenem Zungenschlag freilich — als „moderne Kunst" bezeichnet wird. Aber nicht, daß es sich um ein Werk der modernen Kunst handelt, macht denselben zu einem Politikum, sondern daß sich Spießer's Entrüstung über ihn in Leserbriefen ganz bestimmter Art entlud.

Es kann hier nicht darum gehen, diesen Gegenstand — die Plastik „Die Liegende" von dem englischen Bildhauer Henry Moore, dessen Arbeiten heute in der ganzen Welt als einzigartig und beispielhaft anerkannt sind — künstlerisch zu beurteilen oder zu analysieren; aufgezeigt werden soll, was noch immer in des deutschen Spießers Vorstellungsrepertoire rumort und was sich noch immer aus ihm äußert, wenn ihm, wie hier, ein Ventil geschaffen ist.

Ich zitiere aus den in der Presse veröffentlichten Leserzuschriften (zum Teil sinngemäß) die einprägsamsten, „markigsten" Sätze: ‚Beleidigung der natürlichen Gefühle!' ‚Der soll sich sein Schulgeld wieder rauszahlen lassen!' ‚Verunglimpfung der heiligsten Güter und Werte!' ‚Der kleine Kopf ist eine Schamlosigkeit! Wo gibt es sowas in der Natur?' ‚So ein Dreck! Heil Hitler!' ‚Sowas durfte unter Adolf keiner wagen!' ‚Geistloser Klumpen!' ‚Der Kerl ist pathologisch!' Undsoweiter, undsofort. Das allgemeine Niveau der Briefe war nicht besser als die zitierten Sätze.

Ein Erguß deutschen Banausentums wieder einmal. Respektlosigkeit, Unkenntnis, Intoleranz, dazu die sattsam bekannten Schablonen reaktionärer Inhalte (‚die heiligsten Güter und Werte', etc.). Alarmierender aber noch ist die Tatsache, daß da nichts, aber auch gar nichts dazugelernt worden ist. Man argumentiert womöglich noch primitiver, als die „Erneuerer des Reiches" es damals mit ihrer „künstlerischen Gesundungsnorm" taten; das heißt, man argumentiert überhaupt nicht — man hat Redewendungen.

Zwar nimmt man selbstverständlich jede materielle Annehmlichkeit für sich in Anspruch, die das wirtschaftlich allzu perfekt wiedererstandene Teildeutschland bietet. Ansonsten hat man Ressentiments und ergeht sich in Trotzhaltung: Politik? Nein! „Die da oben" sollen machen, was sie wollen. Partei? Nicht mehr. Man war einmal dabei. Und außerdem, die Russen kommen sowieso . . .

Die unterste Grenze der Primitivität. Aber — das sind die üblichen Redewendungen. Und so denkt man auch; das heißt, so kaschiert man sein permanentes Nichtdenken-wollen.

Kunst? Klar, Goethe war der größte deutsche Dichter; Dürer war der größte deutsche Maler, Michelangelo war leider Italiener. Und die moderne Kunst? Klar, die stammt von den Juden und den Bolschewisten. Das müßte verboten werden. Oder: Das ist ja alles verrücktes Zeug. Die führen einen ja nur an der Nase herum. Unter Adolf gabs sowas nicht. Und dergleichen mehr.

Die unterste Grenze der Primitivität. Aber — das sind die üblichen Redewendungen. An jedem Stammtisch kann man sie hören, zu jedem beliebigen Thema. In der Öffentlichkeit erfährt man davon nur, wenn — wie gesagt — ein Ventil geschaffen ist.

Und dann erfährt man auch, wie viel, beziehungsweise wie wenig vom „geistlosen Klumpen" nazistischer Terminologie bewältigt ist. Wenn es auch durchaus richtig ist, daß der faschistisch eingestellte deutsche Spießbürger nicht umdenken will und es selbst bei einer beispielhaft praktizierten Demokratie (die wir nicht haben) nicht tun würde, so ist es doch notwendig, anläßlich eines erneuten Offenkundigwerdens faschistischer Unterströmungen einmal mehr die schon bekannten Schlußfolgerungen zu ziehen:

Es entspricht nicht der Wahrheit, wenn „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" immer wieder, insbesondere dem Ausland gegenüber, die Zweckbehauptung aufstellen, der Nazismus habe in Deutschland, außer bei einer verschwindenden Minderheit, keine Anhängerschaft mehr. Jenen Persönlichkeiten sei mit Martin Luther empfohlen, den Leuten „aufs Maul zu schauen".

Hinzuhören, wie gemeinhin in Straßenbahnen und anderen öffentlichen Verkehrs-

mitteln geredet wird, wenn sich Arbeiter etwa aus Italien oder Griechenland miteinander lauter unterhalten, als es bei uns üblich ist; welcher Jargon auf bundesrepublikanischen Sport- und insbesondere Fußballplätzen herrscht; welche Lieder und Märsche auf sogenannten Volks- und Musikfesten gegröhlt und geblasen werden; was vor bundesdeutschen Fernsehschirmen (z. B. über den Eichmann-Prozeß) geredet wird, und ähnliches mehr. Nein, die faschistische Unterströmung ist latent, und die Minderheit ist auf der anderen Seite; daran ändern auch die nach wie vor bestehenden antifaschistisch eingestellten Teile der Arbeiterschaft nicht viel.

Daß rechtsradikale Parteien keine Wahlerfolge haben, daß öffentliche Äußerungen von dieser Seite selten sind, zeigt nur, daß die Unopportunität faschistischer Aktivität (noch) respektiert wird, — was vielen Spießern um so leichter fällt, als sie ihr reaktionäres „Gedankengut", wenn auch in einer den Gepflogenheiten der atlantischen Bündnispartner angepaßten Terminologie, bei der CDU gut aufgehoben wähnen. Und die viel zitierte „Gedankenlosigkeit", mit der manches „dahergesagt" werde — sie ist weder eine Entschuldigung noch eine Entlastung; denn gerade sie würde es einem eventuell antretenden „Führer" leicht machen, so leicht, daß ein politischer Handstreich schon zuviel Aktion wäre: diverse Grundgesetzänderungen würden ausreichen.

Die oft beschworene „demokratische Erziehung" dürfte nicht nur — wie bisher meistens — eine Angelegenheit für mehr oder minder platonische Erklärungen vor höheren Schulklassen, Thema von Hochschulseminaren oder bürgerkundlichen Fortbildungskursen und dergleichen sein. A l l e s, was zu diesem politisch-pädagogischen Riesenkomplex gehört, erfordert eine zähe, ständige, mit politisch-analytischer Darlegung ebenso wie mit psychologischem Einfühlungsvermögen zu leistende erzieherische K l e i n a r b e i t, Tag für Tag, — und nicht nur im politischen Bereich, sondern in allen Bereichen, in denen es möglich ist, an die Menschen heranzukommen. Denn der Faschismus begann in den beliebtesten deutschen Zusammenkunftsmöglichkeiten: im Verein und am Stammtisch.

Das eben Skizzierte kann mit einiger Aussicht auf Erfolg nur geleistet werden, wenn es in der allgemeinen gesellschaftlichen Struktur verankert ist; wenn genügend geeignete Personen, ausreichende finanzielle Mittel und — in Deutschland leider nicht anders möglich — die entsprechenden e i n d e u t i g e n und u m f a s s e n d e n Verordnungen vorhanden sind, und wenn nicht nur am Vergangenen, sondern auch am Bestehenden ständig politische Kritik und Analyse geübt, eingeübt wird.

Die große politische und nationale Chance einer demokratischen Erziehung, gleichbedeutend mit einer politischen, gesellschaftlichen und kulturellen „Grundlagenforschung", ist evident. Allerdings, wie bisher gehandhabt, wäre schon die Behauptung, ein politisches Alibi schaffen zu wollen, beinahe eine Schmeichelei.

Wenn dem so ist, daß der faschistisch veranlagte deutsche Spießbürger politisch nicht erziehbar ist (und bei der sich häufenden autoritären Handhabung demokratischer Gepflogenheiten besteht für ihn auch gar keine Veranlassung dazu), so bleibt vor allem die J u g e n d — schon immer die Hoffnung eines jeden Landes, im Falle der Bundesrepublik jedoch eine ganz spezifische Hoffnung. Bei ihr ist faschistisches und neofaschistisches „Gedankengut", soweit vorhanden, lediglich von Erwachsenen abgehört; es hat sich noch nicht zu nebulös-politischem Weltbild, zu Trotzhaltung und Komplexen verkrampft. Hier ist demokratische Erziehung, und was alles damit zusammenhängen mag, nicht nur am sinnvollsten und wichtigsten, sondern auch am fruchtbarsten. Es gilt, sich im weitesten Sinne für eine politische, gesellschaftliche und kulturelle Aufklärung der heranwachsenden Jugend zu verwenden. Die Tatsache aber, daß die Versäumnisse auf diesem Gebiet bereits System haben, zeigt, daß politisches Bewußtsein nicht gefragt ist. Die Strategen des Kalten Krieges haben keine andere Einstellung zum Menschen als die des heißen: sie brauchen (ideologisches) Kanonenfutter.

Ich bitte um Verständnis dafür, daß hier nicht auf Fragen der modernen Kunst und speziell auf die Arbeiten Henry Moores eingegangen werden konnte, sondern daß auf Grund einer unqualifizierten, nur in der Bundesrepublik nicht skandalösen Entrüstung über eine Arbeit des Künstlers eine stichwortartige ideologische Analyse versucht wurde. Aber es ist eben so: Selbst eine an der deutschen Situation völlig unschuldige, in jeder Hinsicht integere Persönlichkeit wird unversehens in etwas hineingezogen, das nie integer gewesen ist.

Und selbst an einem scheinbar abseitigen Tatbestand wird die ganze Misere reaktionären, längst überfälligen Ballastes offenkundig. Auch im kulturellen Bereich hat sich das Vertuschen reaktionärer Einstellungen noch immer bitter gerächt. Daran hat sich nichts geändert, denn die Verunglimpfung des Fortschritts auch in der Kunst, gleichbedeutend mit einer Verunglimpfung der Bewußtseinsentwicklung des Menschen überhaupt, ist noch immer permanent.

Kaspar Bendig

Prof. von Ardenne contra „Quick"

Unter dem Titel „Zwei deutsche Forscher und die Teufelsbombe" hat die Zeitschrift „Quick", München, vor einigen Wochen Mitteilungen veröffentlicht, die in bezug auf meine Person unwahr und solcher Art sind, daß sie nicht mit Schweigen übergangen werden können. Zu diesem Vorgang erkläre ich:

1. Ich habe in den „Blättern für deutsche und internationale Politik", Köln, nicht einen „Plan entwickelt, um die Bundesrepublik Deutschland samt ihren Bewohnern in 20 Sekunden vom Erdboden zu tilgen", sondern ich habe mit genau entgegengesetzter Zielsetzung meine Studie „Niemals ein dritter Weltkrieg!" abgefaßt, um zu helfen, daß die furchtbaren Realitäten jüngster Entwicklungen der Kernwaffentechnik rechtzeitig allgemein erkannt und bekannt werden. Ich habe so gehandelt, weil ich kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erlebt habe, wie der deutsche Marine-Attaché in Moskau mir mit Sorge berichtete, daß seine Studien über das Potential der Sowjetunion von unteren Dienststellen der Reichskanzlei abgefangen wurden, „weil ihr Inhalt nicht den Auffassungen des Führers entsprach". Die Folgen der Nichtinformiertheit der damaligen Reichsregierung über das reale Potential der späteren Gegner für unsere Nation brauchen hier nicht erläutert zu werden. Heute würde die Folge einer ähnlichen Fehleinschätzung durch die maßgebenden Politiker der Untergang auch weiter, dicht bevölkerter Teile Deutschlands sein können. Deshalb glaube ich, mit der Veröffentlichung meiner Studie in Köln eine nationale Pflicht im gesamtdeutschen Interesse erfüllt zu haben.

2. Ich habe nicht an der Entwicklung russischer Atombomben mitgearbeitet, sondern meine Aufgabe in der Sowjetunion war die Fortsetzung meiner Lichterfelder Arbeit am magnetischen Isotopentrenner. Das aber war eine Arbeit, die vorzugsweise der Herstellung von Reinisotopen für die Markierungsmethode mit stabilen Isotopen zugute kommt, also in dem Bereich der friedlichen Anwendung der Atomenergie liegt!

3. Den Stalinpreis habe ich nicht für Mitarbeit an der Entwicklung russischer Atombomben erhalten, sondern für die Erfindung und Entwicklung der Duoplasmatron-Ionenquelle, die heute bei Versuchsanlagen für Kernfusion und bei den großen Beschleunigeranlagen (Synchrotrons in Dubna, Brookhaven, Berkeley, Genf usw.) zur Anwendung kommt. Meine durch den Stalinpreis ausgezeichnete Arbeit diente somit ebenfalls nur der friedlichen Anwendung der Atomenergie (in Ost und West!).

Prof. Dr. h. c. Manfred von Ardenne, Dresden

Dokumente zum Zeitgeschehen

Strauß fordert Mitspracherecht über Atomwaffen in der NATO

Bundesverteidigungsminister Strauß hat am Montag in einem Vortrag in Washington nachdrücklich ein Mitspracherecht der europäischen NATO-Partner über den Einsatz von Atomwaffen gefordert. Der Besitz von Atomwaffen und die Kontrolle über sie werde zum „entscheidenden Kriterium der Souveränität" eines Staates, sagte der Minister. Zugleich befürwortete Strauß den Aufbau einer „Atlantischen Union" aus allen NATO-Staaten. Diese Union solle politische Behörden mit übernationalen Machtbefugnissen besitzen und wirtschaftlich auf einen Atlantischen Gemeinsamen Markt gegründet sein.

Strauß, der nach dem Besuch Bundeskanzler Adenauers noch in Washington geblieben war und weitere Besprechungen mit seinem amerikanischen Kollegen McNamara geführt hatte, sprach in der Georgetown-Universität. Er sagte: „Der Weg, den die Geschichte und unser Schicksal uns aufzwingen, führt über die Zusammenarbeit und Koordinierung zu einem Staatenbund und von dort zu einem teilweisen Bundesstaat". Die NATO müsse zu einer „wirklich politischen Institution" gemacht werden, in der die Mitglieder auf einige Souveränitätsrechte verzichten und dadurch die technischen Vorteile des zentralistisch gelenkten kommunistischen Blocks nicht nur aufwiegen sondern überwiegen.

Politische Behörden, die parlamentarisch kontrolliert werden müßten, sollten darum in der NATO Verantwortlichkeiten übernehmen, die von nationalen Regierungen allein nicht mehr ausgefüllt werden können. Er vertrat die Auffassung, daß der Besitz von Atomwaffen und die Kontrolle über sie zum „Symbol und sogar zu dem charakteristischen Aspekt oder dem entscheidenden Kriterium der Souveränität" würden. Strauß versicherte, daß die Forderung nach einem Mitspracherecht nichts mit irgendeinem Mißtrauen gegen die USA zu tun habe. Er sagte: „Da die Länder, die nicht zum Atom-Klub gehören, praktisch verteidigungslos sind, solange die abschreckende Wirkung von Atomwaffen ihnen nicht zu Verfügung steht, und da es auf der anderen Seite gute Gründe dafür gibt, warum jede Erhöhung der Zahl von Ländern mit Kontrolle über Atomwaffen erheblicher politischer Zurückhaltung begegnet, muß ein System von Garantien und Formeln gefunden werden, das den mittelgroßen und kleinen NATO-Ländern ein Gefühl der Partnerschaft gibt und es ihnen erlaubt, wirklich die Rolle eines aktiven Partners zu spielen."

Deutsche Zeitung v. 28. XI. 61.

Strauß drängt ...

Die Bundesregierung wird in den beiden kommenden Jahren wahrscheinlich Waffen für jährlich 2,8 Milliarden DM in den USA einkaufen. Das Schwergewicht dieser Waffeneinkäufe soll auf der Ausrüstung der konventionellen Verbände liegen. Dazu gehören Kampfpanzer, Schützenpanzerwagen, Bergungspanzer, Radareinrichtungen aller Art sowie Ausrüstungen zur Ergänzung und Modernisierung der Artillerie. Raketen werden 1962 nicht gekauft werden, da die bereits früher abgeschlossenen Verträge über die Lieferung von Kurz- und Mittelstreckenraketen wie Honest John, Sergeant und Pershing noch laufen.

Die nächstliegende Aufgabe des Bundesverteidigungsministers ist die Vorbereitung der Verlängerung der Wehrdienstzeit um sechs Monate. Strauß soll dem Vernehmen nach vorgeschlagen haben, die Novelle zum Wehrpflichtgesetz aus der Mitte des Parlaments, also von den Regierungsfraktionen, einbringen zu lassen. Dies würde den Durchgang durch die Gesetzgebungsmaschine gegenüber einer Regierungsvorlage wesentlich verkürzen. Bei seiner Rückkehr meinte der Verteidigungsminister auf dem Frankfurter Flughafen, daß die Novelle in den ersten zwei Monaten des neuen Jahres verabschiedet werden könnte. Strauß scheint auch vorzuhaben, innerhalb des Bundeskabinetts auf die baldige Vorlage der Gesetzentwürfe für den inneren Krisenfall (Notstandsgesetz und die verschiedenen Gesetze für den zivilen Bevölkerungsschutz) zu dringen. Er vertritt die Ansicht, daß die Verabschiedung dieser Gesetze in den Vereinigten Staaten eine große Rolle

bei der Beurteilung der wirklichen Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik spielt.
Deutsche Zeitung v. 1. XII. 61.

Bonn — der größte Waffenkäufer Europas

Die Bundesrepublik war im Jahre 1960 in Europa der bedeutendste Waffenkäufer. Sie erhielt Waffen aus zehn europäischen Staaten, wie aus einer Statistik hervorgeht, die soeben von den Vereinten Nationen veröffentlicht wurde.

Diese bemerkenswerte Position ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Waffenproduktion in der Bundesrepublik selbst äußerst gering ist. Insgesamt hat im vergangenen Jahr der Bund Waffen im Wert von 356,5 Millionen DM eingeführt.

Hauptlieferant waren Belgien und Luxemburg (137,4 Millionen) und Großbritannien (103,2 Millionen).

Aus Schweden kamen Waffen für 35,3 Millionen, aus Italien für 24,3 Millionen, aus der Schweiz für 16,2 Millionen, aus Norwegen für 12,4 Millionen, aus der Türkei für 2,3 Millionen, aus Frankreich für 1,6 Millionen und aus Dänemark für 1,2 Millionen.

Für alle diese Ausfuhrländer, mit Ausnahme Dänemarks, war die Bundesrepublik der größte Waffen-Abnehmer. Die Türkei lieferte Waffen überhaupt nur nach Westdeutschland.

Nürnberger Nachrichten v. 5. XII. 61.

Nur noch wenige Jahre Zeit zu rüsten, meint Höcherl

Nur noch eine Frist von zwei bis drei Jahren steht nach Ansicht von Bundesinnenminister Höcherl zur Verfügung, um durch militärische Aufrüstung dem Osten das „selbstmörderische Risiko eines Kriegs" glaubhaft zu machen. Wenn diese Frist nicht genützt werde, so sagte Höcherl vor der Industrie- und Handelskammer Regensburg, bestehe keine Aussicht, den Frieden und die Freiheit zu erhalten. Steuersenkungen seien daher nicht möglich, sondern es müßten im Gegenteil erhebliche finanzielle Opfer im Interesse der westlichen Verteidigungsbereitschaft gefordert werden. Der jungen Generation müsse durch eine verlängerte militärische Dienstpflicht auch ein Opfer an Zeit abverlangt werden.

Süddeutsche Zeitung v. 4. XII. 61.

Times: Regierungserklärung Dr. Adenauers zu negativ

Am auffallendsten ist der Unterschied im Ton. Kennedy blieb in spezifischen Punkten fest. Er betonte seine Entschlossenheit, westliche Rechte in Berlin zu verteidigen, und seinen Glauben an die Notwendigkeit, Deutschland wiederzuvereinigen. Aber er suchte, soweit er konnte, nach Gebieten eines gemeinsamen amerikanischen und sowjetischen Interesses.

Dieser Geist scheint in der deutschen Regierungserklärung zu fehlen, die maximale Forderungen und minimale Konzessionen betonte. Dies wäre als Verhandlungsposition verständlich. Aber als Regierungserklärung enthält sie zuviel Negatives.

The Times v. 30. XI. 61.

Guardian: Dr. Adenauers gefährliche Politik

Die Erklärung gibt denen wenig Ermutigung, die für eine Entspannung in Mitteleuropa arbeiten. Dr. Adenauer hat die Notwendigkeit zu Berlin-Verhandlungen anerkannt, aber wenn die Verhandlungen aus einer so restriktiven Haltung heraus erfolgen sollen, wie ihm dies vorschwebt, so werden sie kaum zu irgendeinem Ziel führen ...

Großbritannien und die USA sollten Dr. Adenauer sagen, daß die in seiner Erklärung umrissene Politik gefährlich und nicht anwendbar ist. Wenn der Westen die internationale Kontrolle über die Autobahn zwischen Berlin und Westdeutschland (für die Kennedy in seinem Adschubej-Interview eintrat) erreichen will, dann muß er bereit sein, eine begrenzte Form der Anerkennung für Ostdeutschland zu konzedieren.

Der gefährlichste Teil der Erklärung Dr. Adenauers war seine Forderung nach einer NATO-Atommacht. Dies würde von der Sowjetunion zweifellos als eine Tarnung für die atomare Bewaffnung Westdeutschlands ausgelegt werden.

The Guardian v. 30. XI. 61.

Observer: Bonn gegen Entspannung

Die Bundesregierung hat zwar auf die Anwendung von Gewalt (zur Lösung der deutschen Frage) verzichtet. Sie tritt aber entschlossen dafür ein, daß Europa nicht eher zur Ruhe kommen darf, bis Deutschland wiedervereinigt worden ist. Aus diesem Grunde möchte Bonn seine eigenen Streitkräfte und die der NATO noch weiter stärken. Dr. Adenauer selbst hat nicht um Atomwaffen gebeten. Sein Verteidigungsminister Strauß jedoch kauft Raketen wie „Mace" und „Pershing", die mit einem atomaren Sprengkopf ausgerüstet werden können, und Flugzeuge wie die Lockheed F 104, die als Atombomben-Träger dienen.

Auf lange Sicht ist dieser Zwiespalt der Ansichten im westlichen Lager ernster als die Obstruktionspolitik de Gaulles. Man kann von den Deutschen nicht erwarten, daß sie jede Hoffnung auf Wiedervereinigung aufgeben oder die Teilung Deutschlands als endgültig anerkennen. Sie müssen jedoch dahin gelangen, einzusehen, daß ihre einzige Hoffnung darin liegt, die militärischen Spannungen in Mitteleuropa zu vermindern, was dann politische Veränderungen in Ostdeutschland zulassen würde. Dies bedeutete ein Ende des Wettrüstens und eine strengere Kontrolle der Atomwaffen.

Die Wahl liegt zwischen einer Politik, die absichtlich die Spannungen erhält, und einer *Politik der Entspannung, zwischen mehr Waffen und Rüstungskontrolle, kurzum zwischen* Strauß oder Rapacki. Dieses Dilemma jetzt aus Furcht zu verwischen, wäre außerordentlich gefährlich.

Observer (London) v. 3. XII. 61.

Bald Notstandsgesetze?

Bundesinnenminister Hoecherl hat die baldige Vorlage mehrerer Notstandsgesetze angekündigt. Es müsse rechtzeitig alles getan werden, um auch im Ernstfalle das Staatswesen zu erhalten und die Bevölkerung zu schützen. Als bedeutendstes Vorhaben bezeichnet Hoecherl die Verankerung des Notstandsrechts im Grundgesetz.

Rheinische Post v. 5. I. 62.

Frauen-Notdienst von 18 bis 50 Jahren

Es bleibt dabei: Auch Frauen sollen im zivilen Notdienst eingesetzt werden! Was der frühere Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder dem Bundestag als Gesetzentwurf vorgelegt hatte, will auch sein Nachfolger Hermann Höcherl erneut einbringen. Sein Gesetzentwurf wird sich in den wesentlichen Bestimmungen nicht von dem Entwurf seines Vorgängers unterscheiden. Das bestätigte gestern ein Sprecher des Bundesinnenministeriums der Abendpost. Die zivile Notdienstpflicht soll also für alle Männer im Alter von 18 bis 65 Jahren gelten, die für den Dienst in der Bundeswehr nicht in Frage kommen. Frauen im Alter von 18 bis 50 Jahren können im Ernstfall ebenfalls „herangezogen" werden.

Abendpost v. 6. XII. 61.

Bonn entwirft schon Lebensmittelkarten

Im Bundesernährungsministerium werden zur Zeit Vorbereitungen getroffen, um im Ernstfall Lebensmittelkarten einführen zu können. Schon in Kürze wird dem Parlament ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, durch den die Belieferung und der Bezug von Lebensmitteln auch im Krisenfall sichergestellt werden soll.

Da davon ausgegangen wird, daß sich die Bundesrepublik im Ernstfall in einem Verteidigungszustand befindet, werden die Lebensmittelkarten nicht, wie zu Beginn des zweiten Weltkrieges, mit bestimmten Mengenangaben versehen. Die Marken werden vielmehr Nummern tragen, die entsprechend den Vorräten an Lebensmitteln aufgerufen werden sollen. Durch eine bundeseinheitliche Regelung soll ein bestimmter Nährwert, wahrscheinlich umgerechnet in Kalorien, festgesetzt werden, den die einzelnen Länder nicht überschreiten dürfen.

Ähnlich wie im Ernährungsministerium laufen auch im Wirtschaftsministerium die Vorarbeiten für eine Bewirtschaftung in der gewerblichen Wirtschaft. Dabei ist vor allem an die Rationierung von Treibstoff und Arzneimitteln gedacht.

Der Mittag v. 7. XII. 61

Arzneimittellager im Bundesgebiet für zivilen Bevölkerungsschutz

In der Bundesrepublik bestehen gegenwärtig 70 Lager mit Arzneimitteln, medizinischen Geräten und Verbandsmaterial für den zivilen Bevölkerungsschutz. Die „Wehrpolitischen Informationen" teilten am Montag mit, daß sich weitere sechs solcher Lager, die von den Landesregierungen eingerichtet werden, im Aufbau befinden. Bisher seien Arzneimittel im Werte von 121 Millionen Mark eingelagert oder in Auftrag gegeben worden. Weitere 30 Millionen sollen für diesen Zweck noch aufgewandt werden. Für Verbandsmittel sind bisher 28 Millionen Mark ausgegeben worden.

Frankfurter Rundschau v. 5. XII. 61

Aufrüstung: 15—16 Milliarden DM

Der Haushalt für die Verteidigung wird sich von 11,2 Milliarden DM im Jahre 1961 auf 15,5 bis 15,6 Milliarden DM im Jahre 1962 erhöhen, kündigte Bundesverteidigungsminister Strauß am Wochenende in München an.

Kölnische Rundschau v. 11. XII. 61

Gerüchte an der Börse: Wehrbeitrag der Wirtschaft

Die westdeutsche Wirtschaft befürchtet, daß ein Wehrbeitrag auf sie zukommt. An der Frankfurter Börse vom Donnerstag wird in dieser Befürchtung einer der Hauptgründe für den starken Rückgang der Aktienkurse gesehen.

Daneben wurde auch auf Abgaben, besonders für schweizerische Rechnung, hingewiesen. In Börsenkreisen wird als Hauptargument für die Wahrscheinlichkeit eines Wehrbeitrages die letzte Rede von Verteidigungsminister Strauß angeführt, in der von bevorstehenden „Opfern" gesprochen worden war. Es liegt auf der Hand, daß eine offizielle Stellungnahme zu diesem „heißen Eisen" noch nicht zu beschaffen ist. In Gesprächen mit unterrichteten Kreisen gewinnt man jedoch den Eindruck, daß an den Befürchtungen der Wirtschaft „etwas dran" ist. Es sollte also mit der Möglichkeit eines Wehrbeitrages gerechnet werden.

Rheinische Post v. 5. I. 62.

Pläne für den „Ernstfall"

Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem zivilen und militärischen Sektor im Gesundheitswesen „im Ernstfall" standen am Montag auf der Tagesordnung des Landesgesundheitsbeirats. Vorsitzender Dr. Rudolf Sönning befürwortete ein intensiveres Zusammenwirken. Es wurde bekannt, daß Bundesinnenministerium und Bundesverteidigungsministerium Überlegungen anstellen, wie die Ärzte am Fall eines Krieges zwischen dem zivilen und militärischen Sektor aufgeteilt werden könnten, nachdem die aktiven Militärärzte dann nicht ausreichen. Bei der Besichtigung der Bundeswehrsanitätsschule in München unterstrich Kommandeur Generalarzt Dr. Herbert Hoggemeyer vor den Ausschußmitgliedern, daß „wir Aktiven keine eigene Clique mehr bilden". Er sagte dies unter Hinweis auf die Verhältnisse an der früheren militärischen Akademie in Berlin. Es sei ein Fehler gewesen, dort nur aktive Sanitätsoffiziere auszubilden. Die Sanitätsschule in München soll eine Heimat für aktive und Militärärzte der Reserve sein.

Süddeutsche Zeitung v. 12. XII. 61

Bonn erwägt Polizei-Dienstpflicht

In verschiedenen Bundes- und Länderministerien sowie in den Berufsorganisationen der Polizeibeamten wird gegenwärtig die Frage geprüft, ob in der Bundesrepublik eine Polizeidienstpflicht parallel zu der bereits bestehenden Wehrpflicht und der vorgesehenen Notdienstpflicht eingeführt werden soll. Mit dieser Polizeidienstpflicht sollen der Bundesgrenzschutz und die Bereitschaftspolizei der Länder auf die Sollstärke gebracht oder erweitert werden.

Die Frage der Polizeidienstpflicht wurde akut durch die Verabschiedung der Wehrpflichtnovelle im Bundeskabinett, welche die Dauer des Grundwehrdienstes von 12 auf 18 Monate verlängert. Seitdem stellt man sich in Bonn in verstärktem Maße die Frage, wie in Zukunft das Reservoir der tauglichen Wehrpflichtigen eines Geburtsjahrganges aus-

geschöpft werden könnte. Bis jetzt wurde nur etwa jeder zweite Wehrpflichtige der Jahrgänge 1937 bis 1941 zur Bundeswehr einberufen. Bereits seit längerer Zeit sind Bestrebungen im Gange, aus dem Reservoir der Wehrpflichtigen, aber nicht von der Bundeswehr gebrauchten jungen Männer den zivilen Bevölkerungsschutz aufzubauen. Dies wird voraussichtlich demnächst mit Hilfe des Notdienstpflichtgesetzes geschehen.

Deutsche Zeitung v. 14. XII. 61

Regierung läßt sich Atombunker bauen

Die Vorbereitungen der Bundesregierung für den Kriegsfall sollen sich nicht auf die Ausgabe von Lebensmittelkarten, Benzinscheinen etc. beschränken, sondern neben der Anlage von Atombunkern im Bonner Regierungsviertel und der Anschaffung von Geräten, wie z. B. Feldküchen für Bundesdienststellen, den Bau eines Ausweich-Quartiers für die Bundesregierung außerhalb Bonns beinhalten. Offiziell werden solche Pläne nicht bestätigt. Hartnäckig halten sich in Bonn aber Behauptungen, daß für diese Zwecke im Ahrtal, in der Nähe von Mariental, zwischen Ahrweiler und Dernau, unter Ausnutzung bestehender unterirdischer Anlagen, in denen während des letzten Krieges ein V-Waffen-Werk untergebracht war, mit dem Bau einer weiträumigen unterirdischen Bunkeranlage bereits begonnen worden sei. Im Bundeshaushalt sind Mittel dafür nicht ausgewiesen. Indessen bietet der Bundeshaushalt genügend Möglichkeiten, solche Ausgaben zu decken, ohne daß es nach außen hin deklariert wird.

Oberfränkische Volkszeitung v. 12. XII. 61

Noch mehr Land für alliierte Truppen

Die alliierten Stationierungsstreitkräfte in der Bundesrepublik brauchen für ihre Übungen, Stellungen und Unterkünfte noch etwa 65 000 Hektar Land. Wie von zuständiger Seite am Montag bekannt wurde, sind für die Verbündeten der Bundesrepublik vom 1. Juli 1960 bis zum 30. Juni dieses Jahres schon 901 Liegenschaften gepachtet oder gemietet worden. Rund 3000 Hektar konnten für 54,7 Millionen DM gekauft werden.

Kölnische Rundschau v. 28. XI. 61

Weltkirchenrat ruft zur Einstellung des Wettrüstens auf

Der Weltkirchenrat hat an alle Nationen appelliert, das Wettrüsten sofort einzustellen. In einer von der Generalversammlung des Rates angenommenen Resolution werden die Regierungen aufgefordert, den gegenwärtigen Rüstungsstand nicht mehr zu erhöhen. Ein solcher Rüstungsstop sei unerläßlich, „um dem Nervenkrieg ein Ende zu bereiten". Der Appell, den der Präsident der Harvard-Universität, Nathan Pusey, verlas, wurde bei nur 12 Gegenstimmen angenommen. In ihm heißt es, der Krieg widerspreche der menschlichen Natur.

Die Nationen werden aufgefordert, keinen Druck auf kleine Staaten auszuüben und jegliches „Bombenrasseln" zu vermeiden.

Die Vereinigten Nationen sollten in ihren Bemühungen um den Weltfrieden unterstützt werden.

Basler Nachrichten v. 6. XII. 61

Die Angst vor dem „großen Frieden"

Gesetzt den Fall — hat unlängst ein amerikanischer Journalist den Wirtschaftsexperten der Columbia-Universität Professor Carey gefragt — es bräche ganz plötzlich der Frieden aus und die von Chrustschow propagierte totale Abrüstung würde Wirklichkeit, was geschähe dann? Der Professor sah den Fragesteller ernst an. „Ich glaube nicht, daß eine Chance für den Ausbruch des totalen Friedens besteht", antwortete er. „Sollte dieser Fall aber doch eintreten, so wäre die amerikanische Wirtschaft, seit Jahren auf Stärkung der westlichen Verteidigung eingestellt, über Nacht am Rande des Ruins."

Es würde, so fährt der Professor fort, unserer Wirtschaft der Boden entzogen, und nur zu einem kleinen Teil könnte sie in andere Kanäle, etwa in öffentliche Arbeitsaufträge umgeleitet werden. Die Verbrauchsgüter-Industrie werde keine vermehrten Absatzmöglichkeiten mehr finden, eine chronische Massen-Arbeitslosigkeit sei im Zeichen fortschreitender Automation nicht zu vermeiden. „Aber beruhigen Sie sich", schloß der Professor,

„der Fall wird nicht eintreten. Wir müssen aus ökonomischen Gründen versuchen, den großen Krieg und — den großen Frieden zu umgehen."
Abendzeitung (München) v. 2./3. XII. 61

Polen weist erneut auf Rapacki-Plan hin

Polen hat erneut den Rapacki-Plan für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa wieder als Weg zur Abrüstung und Entspannung dargestellt. Der staatliche Rundfunk verbreitete einen Überblick über jüngste Stellungsnahmen zum Rapacki-Plan in westlichen Ländern. Die offizielle Nachrichtenagentur PAP meinte, der Vorschlag des polnischen Außenministers Adam Rapacki aus dem Jahre 1957 sei noch zeitgemäß. Radio Polski ging sogar so weit, zu mutmaßen, die Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone hätte die Berlinkrise vermieden. Westliche Diplomaten in der polnischen Hauptstadt vertraten die Ansicht, daß Polen auf eigene Initiative und nicht auf Geheiß Moskaus das Gespräch über den Plan wiederbeleben wolle.
Süddeutsche Zeitung v. 7. XII. 61

Schweden für die Aufnahme Rotchinas in die UNO

Als erster Sprecher eines neutralen Landes in der China-Debatte der UNO-Generalversammlung hat sich die Botschafterin Schwedens, Agda Rossell, für eine Zulassung Rotchinas in die Vereinigten Nationen ausgesprochen. „Die Zeit ist reif für eine Überprüfung der Frage, wer China in den Vereinigten Nationen repräsentieren kann", erklärte sie in der wieder aufgenommenen Debatte. Die Volksrepublik China sei berechtigt, einen Sitz in den Vereinigten Nationen zu erhalten, jedoch müsse der Streit über Formosa gelöst werden. Frau Rossell sprach sich gegen die amerikanische Forderung aus, die Entscheidung über die Zulassung einer rotchinesischen Delegation zur „wichtigen Frage" zu erklären und sie damit dem Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit zu unterwerfen. Wenn für die Zulassung Rotchinas eine Zweidrittelmehrheit gefordert werde, dann müsse auch mit Zweidrittelmehrheit darüber entschieden werden, ob Nationalchina den Sitz in den Vereinigten Nationen behalten dürfe. „Wir sehen keinen Grund für eine Änderung des Verfahrens", erklärte die schwedische Botschafterin. „Falls die Abstimmung auf eine Zweidrittelmehrheit geändert würde, könnte dies als die erneute Verzögerung einer Entscheidung ausgelegt werden, die nach Ansicht meiner Delegation sofort gefällt werden sollte."
Basler Nachrichten v. 5. XII. 61

Anti-EWG-Bewegung in Dänemark

18 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Dänemark, unter ihnen Professoren, Ärzte, Ingenieure, Landwirte und Lehrer, beabsichtigen am 7. Januar in Aaarhus eine Bewegung gegen den Eintritt Dänemarks in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zu organisieren. Sie haben die Öffentlichkeit bereits aufgefordert, sie in ihrem Vorhaben zu unterstützen. In dem Aufruf zur Gründung des Ausschusses heißt es, ein Beitritt zur EWG biete Dänemark zwar begrenzte und vorübergehende wirtschaftliche Vorteile, aber er lege das Schicksal des dänischen Volkes in die Hände wirtschaftlicher und politischer Kräfte, die keine Rücksicht auf die Interessen des kleinen Landes nähmen und denen Dänemark wehrlos ausgeliefert sein werde.
Süddeutsche Zeitung v. 12. XII. 61

China kauft in Kanada Gerste für 71 Mill. Dollar

Kanada wird in den ersten fünf Monaten des nächsten Jahres für 71 Millionen Dollar (rund 284 Millionen DM) Gerste an China liefern. Wie der kanadische Landwirtschaftsminister Hamilton in Ottawa mitteilte, erfolgt die Lieferung unter denselben Kreditbedingungen wie frühere Verkäufe im Rahmen des Dreijahresabkommens mit Peking. Die Zahlungen sollen in konvertierbaren Pfunden, nicht in Dollars erfolgen.
Die Welt v. 23. XII. 61.

O'Brien über die britisch-französischen Machenschaften im Katanga-Konflikt

Der ehemalige Hauptvertreter der Vereinigten Nationen in Katanga, Dr. Conor O'Brien, führte in einer Presseerklärung aus, er habe seinen Rücktritt gegeben, „um meine Rede- und Handlungsfreiheit wieder zu erlangen". „Als ich daran ging, die Resolution des Sicherheitsrates vom vergangenen Februar über die Heimschaffung ausländischer Söldner in Katanga anzuwenden, wurde ich in und außerhalb der Organisation Ziel einer immer schärferen Kritik." Diese sei nicht von belgischer, vielmehr aber von britischer und französischer Seite her gekommen. „Hätte sich irgendeine dieser Mächte offen gegen die betreffende Resolution ausgesprochen, so wäre es nie zu ihrer Anwendung gekommen. Die daran interessierten Mächte widersetzten sich jedoch nicht ihrer Annahme, sondern ihrer Anwendung. Nachdem ich im vergangenen August eine Anzahl Söldner fortgeschafft hatte, begann die Opposition meinen Rücktritt zu wünschen. Als der Zeitpunkt gekommen war, Gegenmaßnahmen gegen die vom katangischen Präsidenten Tshombé lancierte und von den bereits erwähnten Mächten mehr oder weniger offen unterstützte Haßkampagne zu ergreifen, wurde meine Amtsentsetzung zur dringenden Notwendigkeit. Besonders die britische UNO-Delegation hat sich in dieser Hinsicht hervorgetan, wobei sie in der Wahl ihrer Mittel nicht allzu kleinlich war."

In der Erklärung O'Briens wird weiter ausgeführt: „Die gegen mich gerichtete britische und französische Kampagne hatte zum Ziel, meine weitere Anwesenheit in der UNO zu einer sowohl dem Generalsekretariat als auch mir selber zur Last fallenden Angelegenheit zu machen." O'Brien führte sodann aus, daß dieser Zustand im engen Zusammenhang mit dem Prinzip des Veto-Rechts im Sicherheitsrat stehe. „Der allzu häufige Gebrauch des Veto-Rechts wurde als gefährlich kritisiert.

Eine nicht weniger große, dafür um so weniger bekannte Gefahr ist jedoch die Möglichkeit, daß ein Mitglied des Sicherheitsrates, obschon es im Prinzip gegen einen von dieser Institution gefaßten Beschluß ist, sich des Veto-Rechts enthält, die Anwendung des Beschlusses jedoch später gefährdet.

Ich bin nicht das erste und schon gar nicht das ausgezeichnetste Opfer dieses Prozesses. Meine Vorgänger haben meistens geschwiegen, wohl deshalb, weil sie der Ansicht waren, durch ihr Schweigen der UNO am meisten zu nützen. Ich kann diese Auffassung nicht teilen, sondern ich bin im Gegenteil davon überzeugt, daß es wichtig ist, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf verschiedene Punkte zu lenken, die die Quellen für viele Schwierigkeiten sind, die die UNO im Kongo zu überwinden hat."

Basler Nachrichten v. 4. XII. 61.

Zustimmung des norwegischen UN-Kommandanten

Der frühere Sicherheitschef der UN-Streitkräfte im Katanga, der norwegische Oberstleutnant Egge, unterstützte die Kritik des bisherigen UN-Zivilbevollmächtigten O'Brien an einigen Staaten, die durch ihr Verhalten die Arbeit der Vereinigten Staaten erschwerten. Egge leitete zuletzt die Kommission, die den Tod des Generalsekretärs Hammarskjöld im afrikanischen Busch untersuchte. In einem Interview erklärte er, daß einige Staaten eine Politik der Doppelzüngigkeit führten. Für die Schwierigkeiten im Katanga machte er eine kleine, faschistisch eingestellte Gruppe von im Katanga ansässigen Weißen verantwortlich.

Neue Zürcher Zeitung v. 8. XII. 61.

Aus der Rede von Karl Graf von Westphalen auf dem Friedenskongreß in Essen am 17. XII. 61

Am 17. Dezember fand in Essen in Anwesenheit von 5700 Teilnehmern der „Friedenskongreß 1961" statt, auf dem Karl Graf von Westphalen u. a. erklärte:

. . . Wir wären hier nicht versammelt, wenn wir nicht um den Ernst der Stunde wüßten. Wir wären hier nicht versammelt, wenn wir nicht ein drittes Mal in diesem Jahrhundert Kräfte in unserem Lande am Werk wüßten, die nicht bereit sind, Lehren aus der Geschichte zu ziehen und die nicht willens sind, den einzig möglichen Weg einer deutschen Friedenspolitik einzuschlagen, weil sie wiederum aus tiefem Haß heraus die weltpolitischen Realitäten lieber ignorieren, als zur Kenntnis nehmen. Wir wären hier nicht versammelt, wenn wir nicht die fieberhafte Eile verspürten, mit der Zug um Zug das zivile

und private Leben in ein militärisches verwandelt werden soll. Wir wären hier nicht versammelt, wenn wir nicht mit Grimm, mit Bitterkeit, ja mit Empörung verfolgen müßten, wie mit jeder Stunde die demokratischen und persönlichen Freiheiten durch Notstands- und Dienstleistungsgesetze, durch Verlängerung der Wehrpflicht und zahlreiche andere Maßnahmen der militärischen und wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung immer weiter eingeengt werden. Die Älteren unter uns wissen zu gut, daß Maßnahmen dieser Art schon zweimal einem Krieg voraufgegangen sind . . .

Wenn die Bundesregierung nicht bereit ist, von ihren beiden Hauptpositionen, der Aufrüstung und der Nicht-Anerkennung von Realitäten, wenigstens eine aufzugeben, dann bleibt ihr nur der Weg der militärischen Auseinandersetzung. Da sie erklärtermaßen entschlossen ist, diese beiden Dogmen aufrechtzuerhalten, hält sie den militärischen Weg offenbar für vertretbarer, als die Einleitung einer Verhandlungs- und Abrüstungspolitik. Mit aller Deutlichkeit muß daher gesagt werden: für die Bundesregierung ist der Gedanke an ein neutrales Deutschland offenbar schreckenerregender als der Gedanke an ein atomverseuchtes Deutschland! . . .

Dem abenteuerlichen und lebensgefährlichen außenpolitischen Programm der neuen Bundesregierung entspricht das innenpolitische. Es ist ein Programm der totalen Mobilisierung von Mensch und Wirtschaft für den „Ernstfall", für die Ausrichtung auf das „letzte Risiko". Die Regierungsparteien und die SPD sind von nun an entschlossen, in die private Sphäre jedes einzelnen einzudringen und alle Kräfte und Potenzen für die Weiterführung ihrer gescheiterten Politik zu mobilisieren. Wir werden sozusagen zwangsverpflichtet, an unserem Untergang mitzuarbeiten! Schwerste Belastungen kommen auf alle Schichten der Bevölkerung und auf jeden einzelnen zu. Die Regierungserklärung spricht von Belastungen, die „tief in das Leben jedes einzelnen eingreifen". Das Regierungsprogramm ist also ein reines Mobilisierungsprogramm, das alle Gebiete des Lebens der gleichen militärischen Machtpolitik unterordnen soll, die Deutschland in zwei Weltkriege geführt hat. Dieses Programm, das den nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Erwartungen der deutschen Bevölkerung in keiner einzigen Frage entspricht, ist eine Schande für ein Kulturvolk. Dieses Programm soll unser Land in eine anti-kommunistische Notstandskaserne verwandeln — und es wird sehr großes Unheil über uns alle bringen, wenn wir, die Bürger der Bundesrepublik, stillhalten und nicht die Kraft und den Mut haben, selbst in den Gang der Dinge einzugreifen . . .

Wir meinen, daß für Illusionen und Spekulationen keine Zeit mehr ist. Wir meinen vielmehr: Es ist höchste Zeit, daß das deutsche Volk mit dem Problem des Friedens und der Sicherheit innerhalb Deutschlands selbst fertig werden muß . . .

Wir Deutschen sind nicht von außen bedroht. Wir sind bedroht durch die Politik der Bundesregierung. Sie bringt das Leben des deutschen Volkes und das der anderen Völker in Gefahr. Daher muß es Sache der ganzen deutschen Öffentlichkeit sein, der Militarisierungspolitik entgegenzutreten. Es muß Sache der ganzen Öffentlichkeit sein, von ihrem Widerstandsrecht und ihrer Widerstandspflicht im Rahmen der geltenden Gesetze vollen Gebrauch zu machen — ab heute!

Ab heute — liebe Freunde — lautet daher das Gebot der Stunde: Widerstand gegen die Militarisierung ist erste Bürgerpflicht!

Ab heute lautet das Gebot der Stunde: Entschiedener Kampf aller verantwortungsbewußter Deutscher für Frieden und Sicherheit, für Abrüstung zuerst in Deutschland, für Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten über Rüstungsverminderung und Entspannung der Lage in Deutschland, für eine friedensvertragliche Regelung, die unserem Volk einen gesicherten Frieden in einem atomwaffenfreien, militärisch-neutralen Deutschland verschafft . . .

Bemerkungen

Albert J. Luthuli (vgl. auch Heft 12/61) wurde 1898 geboren. Er entstammt einer Familie von Zulu-Chiefs. Auf einer christlichen Missionsschule erzogen, wurde er zunächst Lehrer. Er studierte dann am Adams College in Natal, in dessen Lehrkörper er später berufen wurde. 1935 wurde er zum Chief des Zulu-Stammes gewählt, 1952 von der Regierung abgesetzt. Seit 1944 Mitglied des afrikanischen Nationalkongresses wurde er im Dezember 1952 dessen Präsident. Die Regierung löste April 1960 den Kongreß auf. Seither ist Luthuli in sein Heimatdorf verbannt. Ende 1961 wurde ihm der Friedens-Nobelpreis für 1960 verliehen.

Dr. Ernst Schwarz, 1889 geboren, studierte Philosophie und Chemie. Er war selbständiger Chemiker, später Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes für die Pfalz. Veröffentlichungen: Weltbild und Weltgeschichte, 1946; Am Wendepunkt, 1960.

Nach Redaktionsschluß:

Am 9. Januar wurde in Bonn die im Lage-Artikel erwähnte neue sowjetische Denkschrift zur Deutschland-Frage veröffentlicht. Die „Blätter" werden im Februar-Heft ausführlich auf dieses Dokument eingehen. D. Red.

Dr. Hermann 35

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB
Dr. Wilhelm R. Beyer
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Dr. Gerhard Caemmerer †
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
RA Erwin Fischer
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt)
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i.R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Esther Sophia Hayiron
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Dr. Walther Herbst
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Dr. Viktor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Wilhelm von Kleist
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Dr. Bodo Manstein
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher
Peter Nellen, MdB
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Adolf Schmidt
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Philipp Wehr, MdB †
Johannes Weidenheim
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari

Bemerkungen

Albert J. Luthuli (vgl. auch Heft 12/61) wurde 1898 geboren. Er entstammt einer Familie von Zulu-Chiefs. Auf einer christlichen Missionsschule erzogen, wurde er zunächst Lehrer. Er studierte dann am Adams College in Natal, in dessen Lehrkörper er später berufen wurde. 1935 wurde er zum Chief des Zulu-Stammes gewählt, 1952 von der Regierung abgesetzt. Seit 1944 Mitglied des afrikanischen Nationalkongresses wurde er im Dezember 1952 dessen Präsident. Die Regierung löste April 1960 den Kongreß auf. Seither ist Luthuli in sein Heimatdorf verbannt. Ende 1961 wurde ihm der Friedens-Nobelpreis für 1960 verliehen.

Dr. Ernst Schwarz, 1889 geboren, studierte Philosophie und Chemie. Er war selbständiger Chemiker, später Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes für die Pfalz. Veröffentlichungen: Weltbild und Weltgeschichte, 1946; Am Wendepunkt, 1960.

Nach Redaktionsschluß:

Am 9. Januar wurde in Bonn die im Lage-Artikel erwähnte neue sowjetische Denkschrift zur Deutschland-Frage veröffentlicht. Die „Blätter" werden im Februar-Heft ausführlich auf dieses Dokument eingehen. D. Red.